



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der wissenschaftlichen Arbeit

„Die euroskeptische Politik der tschechischen
Parteien – 20 Jahre Demokratische Bürgerpartei“

Verfasserin

Alena Havlová

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, im September 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert

Zusammenfassung

Thema: Die euroskeptische Politik der tschechischen Parteien – 20 Jahre Demokratische Bürgerpartei

Stichwörter: Euroskeptizismus, europäische Integration, Europäisierung, politisches System der Tschechischen Republik, politische Parteien, Demokratische Bürgerpartei, öffentliche Meinung.

Nach dem Fall des alten Regimes herrscht im ganzen Mittel- und Osteuropa eine positive Einstellung gegenüber der Europäischen Union. Unter der Elite und der Bevölkerung besteht einen Konsens über die Eingliederung des eigenen Staates in die Europäische Union unter dem Motto „Rückkehr nach Europa“. Die europäischen Themen werden in der national-politischen Debatte immer wichtiger und die Euphorie, man könnte sogar die Naivität sagen, des Anfangs der 1990er wird am Ende dieses Jahrzehnt durch eine Ernüchterung, durch eine Skepsis ausgetauscht. Mit dem sich nähernden Beitritt zur Europäischen Union und mit der Verstärkung des Prozesses der Beitrittsverhandlungen kristallisieren sich zunehmende euroskeptische Strömungen in der Tschechischen Republik heraus.

Aufgrund der bestehenden Literatur wird in der ersten Phase dieser Studie der Begriff Euroskeptizismus konzeptualisiert. Am Fallbeispiel der Tschechischen Republik werden dann relevante politische Parteien, vor allem die Demokratische Bürgerpartei, im Kontext des Euroskeptizismus abgebildet. Im Weiteren werden auch die Einstellungen zum Prozess der europäischen Integration in der Bevölkerung dargestellt und es wird untersucht, ob es Beziehungen zwischen den WählerInnen und den politischen Parteien in Bezug auf die Europäische Union gibt.

Abstract

Subject: The Eurosceptic Politics of the Czech political Parties – 20 years of the Civic Democratic Party

Key words: Euroscepticism, European integration, Europeanization, political system of the Czech Republic, political parties, Civic Democratic Party, public opinion.

After the fall of the communist regime, a positive attitude towards the European Union prevailed in the entire Central and Eastern Europe. Among the political elite and the population in these countries there was a consensus on the inclusion of their own state in the European Union under the slogan of "return to Europe". European issues became increasingly important in national political debate, and the euphoria – one might even say the naivety – of the early 1990s had been replaced by disillusionment and scepticism by the end of the decade. With the approaching accession to the European Union and the strengthening of the accession negotiation process, growing Eurosceptic movements emerged in the Czech Republic.

In the first phase of this study the term Euroscepticism will be conceptualized by reviewing existing literature. On the basis of a case example of Czech Republic, the relevant political parties – especially the Civic Democratic Party – will be mapped in the context of Euroscepticism. In addition, the settings in the population to the process of European integration will be presented. Furthermore, it will be examined, whether there exists a relationship between the voters and the political parties in the Czech Republic in the context of the European Union.

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfasst habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

30. September 2011

Unterschrift

Danksagung

Diese Arbeit entstand im Rahmen meines Studiums der Politikwissenschaft auf der Universität Wien. Dieses Werk galt als Abschlussarbeit des Diplomstudiums, welche von Univ. Prof. Dr. Dieter Segert geleitet wurde. An dieser Stelle möchte ich mich besonders bei ihm bedanken, da er mich während meiner Diplomarbeit betreut hat und während meines Studiums umfangreich unterstützt hat.

Ein großer Dank für die Hilfe und Unterstützung gebührt darüber hinaus auch allen restlichen MitarbeiterInnen und StudentInnen des Instituts für Politikwissenschaft, die ebenfalls mit ihren wertvollen Lehrveranstaltungen, Diskussionsbeiträgen und Anregungen zum Thema der Transformation und Demokratisierung im Mittel- und Osteuropa eine hilfreiche Unterstützung waren.

Meiner Familie bin ich sehr dankbar, da sie mich während der Studienzeit in jeder Hinsicht unterstützt hat. Ohne euch hätte ich das nie geschafft.

Inhaltsverzeichnis:

<i>Zusammenfassung</i>	I
<i>Abstract</i>	II
<i>Persönliche Erklärung</i>	III
<i>Danksagung</i>	IV
<u>1 Einleitung</u>	1
1.1 Forschungsrelevanz	1
1.2 Politische Parteien und Bevölkerung als Forschungsgegenstand	1
1.3 Forschungsfragen	2
1.4 Gang der Argumentation	4
1.5 Methodischer Zugang	5
<u>2 Theoretisch-methodischer Teil</u>	7
2.1 Phänomen des Euroskeptizismus	7
2.2 Wie wird der Euroskeptizismus definiert?	10
2.2.1 Typologie von Paul Taggart	10
2.2.2 Typologie von Aleks Szczerbiak und Paul Taggart	12
2.2.3 Typologie von Petr Kopecký und Cas Mudde	14
2.2.4 Typologie von Nicolo Conti	15
2.2.5 Typologie von Chris Flood	17
2.2.6 Re-Definition der Typologie von Szczerbiak und Taggart	18
2.2.7 Gibt es eine ideale Typologie des Euroskeptizismus?	19
2.3 Gründe für den Euroskeptizismus	19
2.3.1 Anhand der Parteienposition im politischen System	20
2.3.2 Konkrete Kritikpunkte der Europäischen Union in der Bevölkerung	24
	V

2.4	Wie wird der Euroskeptizismus gemessen?	27
2.4.1	Behavioral Measures	28
2.4.2	Textual Approaches	29
2.4.3	Self-reported positions	31
2.4.4	Reputational measures	31
2.4.5	Welche Methode ist die beste?	32
3	<u>Die Tschechische Republik auf dem Weg zurück nach Europa</u>	35
3.1	Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und der Europäischen Union	38
3.1.1	Unter der Kontrolle der Sowjetunion	38
3.1.2	Samtene Revolution und ihre Folgen	39
3.1.3	ODS an der Spitze der Regierung – unter der Führung von Václav Klaus (1992-1997)	40
3.1.4	Technokratische Übergangsregierung (1998)	41
3.1.5	ČSSD an der Spitze der Regierung – unter der Führung von Miloš Zeman (1998-2002)	42
3.1.6	Euroenthusiastische Regierung der ČSSD (2002-2006)	44
3.1.7	Wahlerfolg der ODS nach 10 Jahren (2006-2009)	46
3.1.8	Jan Fischer und seine technokratische Übergangsregierung (2009-2010)	48
3.1.9	ODS, TOP09, VV (2010-)	48
3.2	Die „eurorealistische“ ODS – Die Frage der Selbstbezeichnung	49
3.2.1	Geschichte der ODS	49
3.2.2	Analyse der Wahlprogramme	51
3.2.3	Fazit	59
3.2.4	Die ODS im Vergleich zu anderen politischen Parteien	62

3.3	Die Volksabstimmung über den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union	63
3.3.1	Rechtliches Rahmen der Volksabstimmung in der ČR	64
3.3.2	Die Kampagne zur Volksabstimmung	66
4	<u>Öffentliche Meinung zur europäischen Integration</u>	70
4.1	Der lange Weg ins Unbekannte	72
4.1.1	Unterstützung eines EU-Beitritts	72
4.1.2	Befürchtungen und Erwartungen	78
4.2	13.-14. Juni 2003 – die BürgerInnen in der Rolle der EntscheidungsträgerInnen	80
4.3	Der Beitritt der ČR zur EU und was kommt danach?	83
4.3.1	Die EU-Mitgliedschaft im Allgemeinen	83
4.3.2	Tschechische versus europäische Nationalität	85
4.3.3	Wie wird Europa wahrgenommen?	87
4.4	Teilaspekte der europäischen Integration	90
4.4.1	Euro – das ewig aufgeschobene Thema	90
4.4.2	Vertrag von Lissabon	94
4.5	Fazit	97
5	<u>Zusammenfassung</u>	99
	<i>Literaturverzeichnis</i>	104
	<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	VIII
	<i>Abbildungsverzeichnis</i>	X
	<i>Tabellenverzeichnis</i>	XI
	<i>Lebenslauf</i>	XII

1 Einleitung

1.1 Forschungsrelevanz

Im Zentrum der Arbeit soll eine spezifische Darstellung des Phänomens Euroskeptizismus in der Tschechischen Republik, eine Darstellung über die Einstellung der tschechischen Parteien gegenüber der Europäischen Gemeinschaft/Union in dem Zeitraum unmittelbar nach der Wende 1989 bis heute mit Berücksichtigung der Einstellungen in der Öffentlichkeit stehen. Dabei sollen sowohl Spezifika als auch Gemeinsamkeiten der politischen Elite in komparativer Art und Weise dargestellt werden. Anhand von verschiedenen Veränderungsprozessen (z.B. Transformation, Regierungswechsel, verschiedene Phasen der Beitrittsverhandlungen der Tschechischen Republik mit der Europäischen Union, Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union usw.) wird versucht festzustellen, ob die negativen aber auch die positiven Standpunkte der politischen Akteure und in der Öffentlichkeit zu dem Prozess der europäischen Integration in einem Zusammenhang mit diesen Veränderungen stehen. Die Forschungsrelevanz dieser Arbeit ist, eine umfassende Analyse zu verfassen, die die politische Ebene mit der öffentlichen in Verbindung setzt und die neue und interessante Erkenntnisse liefern kann.

Das Thema des Euroskeptizismus ist dadurch sehr interessant, weil man sich mit mehreren Aspekten auseinandersetzen muss. Er sagt uns viel über die Parteienpolitik, den Parteienwettbewerb, den Protest und den Prozess der europäischen Integration auf der nationalen Ebene.

1.2 Politische Parteien und Bevölkerung als Forschungsgegenstand

Gegenstand der Forschung wird primär das Wirken und Handeln der relevanten politischen Akteure auf der innenpolitischen Ebene in Bezug auf die Europäische Union (EU) sein. Neben einer Darstellung der Rolle der politischen Akteure im Prozess der europäischen Integration, dem Weg der Tschechischen Republik (ČR) in die Europäische Union, sollen auch die Veränderungen in den Einstellungen der politischen Elite gegenüber der Europäischen Union in dem Betrachtungszeitraum skizziert werden. Das Hauptaugenmerk der Arbeit liegt dabei auf den Darstellungen der Aktivitäten der politischen Akteure und ihrer Handlungsmöglichkeiten im Staat im

Kontext der europäischen Integration. Darüber hinaus sollen Aspekte wie die Beziehungen der politischen Akteure und der Öffentlichkeit zueinander, oder auch das Wirken der Veränderungen in der politischen Szene und der politischen Akteure auf die Öffentlichkeit behandelt werden.

Wieso interessieren uns gerade die politischen Parteien und die Bevölkerung im Kontext des Euroskeptizismus? Der Grund dafür ist ganz einfach. Durch den zunehmenden Integrationsprozess der Europäischen Union gewinnen die politischen Parteien immer mehr Kompetenz auf der europäischen Ebene. Die politischen Parteien als Vertreter der BürgerInnen spielen eine Schlüsselrolle in der Europäischen Union, da sie als politische Repräsentanten die nationalen Interessen auf der europäischen Ebene vertreten, und somit bestimmen können, welche politischen Themen auf dieser Ebene (nicht) umgesetzt werden. Die europäischen BürgerInnen zeigen seit den 1990er Jahren, dass sie auch eine wichtige Rolle in der Entwicklung der Europäischen Union spielen können, in dem sie bei den Volksabstimmungen, die in den letzten Jahren immer öfters stattfinden, z.B. einen wichtigen Vertrag ablehnen können.

Für die Zukunft der Europäischen Union ist ein Dialog zwischen den politischen Parteien und der Bevölkerung von Bedeutung. Die politischen Parteien spielen eine zentrale Funktion in der Mobilisierung der WählerInnen (z.B. im Fall einer Volksabstimmung zu einem europäischen Thema) und in der Gestaltung der öffentlichen Meinung. Diesbezüglich sollten die politischen Parteien als eine Brücke zwischen den europäischen BürgerInnen und der Europäischen Union dienen, in dem die politischen Parteien die Meinungen ihrer WählerInnen auf der europäischen Ebene übermitteln und die Rolle der Europäischen Union den WählerInnen erklären (vgl. Ray 1997: 1).

Euroskeptizismus sagt uns viel über den Protest aber auch über die Art und Weise, wie die (Nicht-)Unterstützung der europäischen Integration und das europäische Thema im Parteiensystem dargestellt werden.

1.3 Forschungsfragen

In dieser Untersuchung wird die Verfasserin der folgenden Forschungsfrage nachgehen:

Inwieweit haben sich die Einstellungen der politischen Elite in der Tschechischen Republik gegenüber der Europäischen Union in dem Betrachtungszeitraum geändert, und welche Rolle spielen dabei die

euroskeptischen Strömungen dieser politischen Elite innerhalb der tschechischen Bevölkerung?

Hypothese 1: Mit dem sich nähernden Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union wird das Thema der europäischen Integration nicht nur in den politischen Parteien sondern auch in der Bevölkerung an Bedeutung gewinnen. Die politischen Parteien werden sich zu diesem Thema zunehmend äußern und die Europäische Union wird zu einem Bestandteil des politischen Kampfes der politischen Parteien und zu einem Bestandteil des Alltagslebens der BürgerInnen. In der Zeit unmittelbar vor dem Beitritt zur Europäischen Union sollte der Höhepunkt erreicht werden, in dem diesem Thema von den politischen Parteien und der Bevölkerung viel Aufmerksamkeit gewidmet wird. Nach dem Beitritt zur Europäischen Union wird dieses Thema weniger häufig erwähnt, jedoch immer noch präsent sein.

Hypothese 2: Die Tschechische Republik ist eine repräsentative Demokratie, in der die BürgerInnen die Möglichkeit haben eigene RepräsentantInnen zu wählen. Bei solchen Wahlen sollten sich die WählerInnen meistens für eine politische Partei entscheiden, die die politische Richtung, die sie für richtig halten, am intensivsten vertritt. Diesbezüglich wird vermutet, dass die WählerInnen in der Tschechischen Republik die Stellungnahme der politischen Parteien, die sie wählen, auch vertreten. In der Zuneigung der WählerInnen zu einer politischen Partei kann vermutet werden, dass der Prozess der europäischen Integration auch eine Rolle spielt.

Um diese Hypothesen zu widerlegen oder zu bestätigen, muss man sich zuerst im Allgemeinen Gedanken darüber machen, wie der Euroskeptizismus definiert und gemessen wird, was ihn verursacht, wieso die politischen Parteien eine bestimmte Position zu der europäischen Integration nehmen, und wie intensiv dieses Thema als Teil des zwischen-parteilichen Wettkampfs benutzt wird.

Im Konkreten werden dann Antworten auf folgende Fragen gesucht, die uns helfen, das Thema im Kontext der Tschechischen Republik näher zu verstehen. Welche Stellungen nimmt die politische Elite in der Tschechischen Republik gegenüber der Europäischen Union ein? Lässt sich eine Zu-/Abnahme des Euroskeptizismus innerhalb der politischen Elite aber auch innerhalb der Bevölkerung mit den Ereignissen der europäischen Integration in Verbindung bringen? Was sind die Ursachen für den Euroskeptizismus in der Tschechischen Republik? Welche Parteien positionieren sich in den Wahlkämpfen euroskeptisch/-enthusiastisch? Wie äußert sich das? Wieso haben diese Parteien solche Stellungnahmen? Und wie, mit welcher Strategie bringen sie

diese den WählerInnen zum Ausdruck? Wie verändert sich die öffentliche Haltung zur Europäischen Union? Und in wie weit werden die Einstellungen der politischen Parteien innerhalb der eigenen WählerInnenschaft vertreten?

1.4 Gang der Argumentation

Diese Arbeit wird in drei Hauptsektionen unterteilt. Erstens werden der Begriff Euroskeptizismus und der methodische Zugang dieser Arbeit vorgestellt. Zweitens wird der Euroskeptizismus konkret am Fallbeispiel der Tschechischen Republik mit dem Fokus auf eine der größten politischen Parteien – die Demokratische Bürgerpartei – reflektiert. Und drittens werden die Einstellungen zur europäischen Integration in der Bevölkerung dargestellt.

Nach dem ersten Kapitel „Einleitung“ soll das zweite Kapitel eine einführende Darstellung über das Phänomen Euroskeptizismus im Allgemeinen liefern. Ziel dieses Kapitels ist es, Klarheit über die im weiteren Verlauf der Arbeit verwendeten Begrifflichkeiten zu schaffen bzw. Vertrautheit mit diesen herzustellen. Dieses Kapitel soll als eine Einführung ins Thema dienen und daher im Umfang eher knapp bemessen sein. Der Hauptteil der Arbeit wird sich in den folgenden Kapiteln befinden.

Im dritten Kapitel soll der Weg der Tschechischen Republik in die Europäische Union dargestellt werden. Gemeinsam mit einem historischen Überblick der Beziehungen der Tschechischen Republik mit der Europäischen Union und der Darstellung ihrer wichtigsten Ereignisse werden die tschechischen Regierungen und ihre Tätigkeiten im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses dargestellt. In diesem Kapitel wird vor allem die stärkste Partei, Demokratische Bürgerpartei (ODS), analysiert. Im Allgemeinen wird aber auch die Positionierung der weiteren relevanten politischen Akteure – die Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD), die Christlich-Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei (KDU-ČSL), die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM), die Freiheitsunion (US) – gegenüber der europäischen Integration vorgestellt. In Bezug auf die Demokratische Bürgerpartei werden die Wahlprogramme bewertet, die für die Wahlkämpfe ins Abgeordnetenhaus des Parlaments der Tschechischen Republik (PS PČR; im Weiteren als „Abgeordnetenhaus“ bezeichnet) vorgelegt worden sind. Außerdem soll hier ein direkter Vergleich, inklusive der Differenzen und Parallelen, der politischen Akteure in ihren Herangehensweisen zur europäischen Integration angestellt werden. Die Relevanz dieses Kapitels besteht darin, die Veränderungen der Haltungen der politischen Parteien gegenüber der Europäischen Union zu thematisieren und die

Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf ihre politische Praxis darzustellen. Im Weiteren wird näher über die Volksabstimmung über den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union berichtet, die ein großes Ereignis in der Geschichte der europäischen Integration für die Tschechische Republik darstellt, und dazu die Wahlkampagne der politischen Parteien skizziert. Die Stellungnahme der tschechischen BürgerInnen zu diesem Ereignis wird anhand von Meinungsumfragen im nächsten Kapitel beschrieben.

Im vierten Kapitel soll die öffentliche Meinung als Untersuchungsgegenstand eingearbeitet werden. Vor allem wird sich dieses Kapitel mit den Veränderungen der Einstellungen der tschechischen BürgerInnen zur europäischen Integration auseinandersetzen. Ziel dieses Kapitels ist es, die Merkmale, wie Image der Europäischen Union, Zustimmung zu einem EU-Beitritt bzw. einer Mitgliedschaft, Vor-/Nachteile der europäischen Integration, nationale/europäische Zugehörigkeit, Euro und Vertrag von Lissabon, zu reflektieren. Im Weiteren wird versucht bei manchen Merkmalen festzustellen, inwieweit die WählerInnen die europäische Politik der Parteien vertreten und ob die Parteien einen Einfluss auf die WählerInnen bezüglich der europäischen Integration haben können.

Auf Basis der in der Arbeit gewonnenen Erkenntnisse werden abschließend im fünften Kapitel noch die gewonnen Daten rekapituliert, die Forschungsfrage beantwortet, die Hypothesen widerlegt oder bestätigt und die Rolle der euroskeptischen Strömungen innerhalb der politischen Elite und der tschechischen Bevölkerung beschrieben. Es werden auch wahrscheinliche Zukunftsszenarien der Einstellungen der Bevölkerung und der politischen Akteuren gegenüber der europäischen Integration konstruiert.

1.5 Methodischer Zugang

Grundsätzlich wird der methodische Zugang durch eine Analyse von Dokumenten der politischen Parteien in der ČR einerseits und von bereits existierenden Daten zum Thema Euroskeptizismus sowie Daten unterschiedlicher Forschungen der öffentlichen Meinung zum Thema der europäischen Integration andererseits gebildet.

Im zweiten Kapitel dieser Arbeit handelt es sich genauer um die deskriptive Darstellung des Begriffs Euroskeptizismus anhand relevanter wissenschaftlicher Literatur, die erklärt, was Euroskeptizismus heißt, wie er entsteht, was für Strömungen es gibt, was die Gründe dafür sind und wie man ihn messen kann.

Im dritten Kapitel geht es um einen historischen Überblick der Beziehungen der Tschechischen Republik mit der Europäischen Union und um eigenständige Analyse von Wahlprogrammen, die die Demokratische Bürgerpartei zu den Wahlen ins Abgeordnetenhaus herausgab. Das empirische Material (vor allem die Wahlprogramme) wird im Rahmen einer qualitativen Inhaltsanalyse vergleichend analysiert, ausgewertet und interpretiert (nähere Informationen dazu im Kapitel 2.4). Nur aufgrund von so gewonnen Daten kann man untersuchen, wie die Stellungnahme dieser politischen Akteure zur europäischen Integration ist und wie sie sich in diesem Betrachtungszeitraum veränderte.

Im vierten Kapitel werden vor allem die statistischen Daten des Zentrums für die Erforschung der öffentlichen Meinung (CVVM¹) und des Eurobarometers² zum Thema der Europäischen Union benutzt, da sie regelmäßige Forschungen der öffentlichen Meinung durchführen. Dadurch hat man die Möglichkeit verschiedene Merkmale der öffentlichen Meinung und deren Entwicklung (Schwankungen, Stagnation, Anstieg, Rückgang) sowie auch verschiedene Zusammenhänge dieser Merkmale zu beobachten. Als ein wichtiges Eckdatum wird die Volksabstimmung über den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union (und darauffolgend der EU-Beitritt) sein. So kann man z. B. die Befürchtungen der BürgerInnen, die in der Europäischen Union wurzeln, vor und nach dem EU-Beitritt beobachten, und ob es da zu einer Veränderung kam. Zusätzlich zu diesen zwei Quellen werden u. a. auch die Daten über die Wahlergebnisse aus dem Tschechischen Statistischen Amt, die Ergebnisse des Exit Polls, welche die SC&C exklusiv für das Tschechische Fernsehen vor der Volksabstimmung durchführte, benutzt.

¹ Den Ursprung des CVVM kann man bereits im Jahr 1946 finden, als das Tschechoslowakische Institut für die Erforschung der öffentlichen Meinung als Teil des Informationsministeriums seine Tätigkeit angefangen hat. Das gegenwärtige Zentrum wurde durch die Übertragung seines Vorgängers – Institut für die Erforschung der öffentlichen Meinung (IVVM) – vom Tschechischen statistischen Amt auf das Soziologische Institut der Akademie der Wissenschaften der ČR im Jahr 2001 gegründet. Die Haupttätigkeit des CVVM ist, regelmäßig die Forschung der öffentlichen Meinung aufgrund einer repräsentativen Stichprobe der tschechischen Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren zu führen, an der immer mindestens 1000 RespondentInnen teilnehmen. (Centrum pro výzkum veřejného mínění: Sociologický ústav AV ČR, v.v.i., URL: <http://www.cvvm.cas.cz/>).

² Eurobarometer ist eine Serie an Forschungen der öffentlichen Meinung, die in Auftrag der Europäischen Kommission in regelmäßigen Abständen in allen Mitgliedstaaten der EU aber auch in den Kandidatenstaaten seit 1973 durchgeführt werden. Dabei handelt es sich um Standardbarometer einerseits, bei dem immer wieder die gleichen Fragen zu sozialen und politischen Einstellungen zu den zentralen Themen der EU gestellt werden, und um Spezial- und Flashbarometer andererseits, bei dem Fragen zu spezifischen und aktuellen Themen gestellt werden. Bei den Umfragen nehmen durchschnittlich 1000 BürgerInnen des jeweiligen Staates im Alter von 15 und mehr Jahren teil. (European Commission: Public Opinion Analysis, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

2 Theoretisch-methodischer Teil

Im ersten Teil dieses Kapitels wird über das Phänomen Euroskeptizismus im Allgemeinen gesprochen, wie er entstand und wo. Im Weiteren wird versucht, den Euroskeptizismus zu definieren und die wichtigsten Typologien des Phänomens vorzustellen. Anschließend wird versucht die Gründe für den Euroskeptizismus zu erläutern, also was die politischen Parteien und die BürgerInnen dazu motiviert, sich kritisch zu der europäischen Integration zu äußern. Und letztens wird der methodische Zugang dieser Arbeit näher erklärt, mit deren Hilfe der Euroskeptizismus der politischen Parteien in der Tschechischen Republik gemessen wird.

2.1 Phänomen des Euroskeptizismus

Die Europäische Union unterliegt einer ständigen Entwicklung und Veränderung. Die Europäische Union der 1950er und 1960er Jahre veränderte sich bis in das 21. Jahrhundert. So wie sich die Europäische Union entwickelt, entwickeln sich auch die Einstellungen der politischen Parteien und der BürgerInnen selbst zu dem Integrationsprozess.

Der Euroskeptizismus war früher, so Harmsen und Spiering (2004: 13), ein ausschließlich englisches Phänomen, im Sinne eines „Andersseins“ des Staates in Bezug auf das politische und wirtschaftliche Projekt des kontinentalen Europas. Bereits drei Jahre nach dem Beitritt des Vereinigten Königreichs zur Europäischen Gemeinschaft (EG) gab es 1975 eine Volksabstimmung über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Gemeinschaft. Alle BefürworterInnen des Austritts der damaligen Zeit wurden als „anti-Marketeer“ bezeichnet, ein Begriff, welcher Mitte der 1980er Jahren in *The Times* und ein paar Jahre später bereits unter der Bezeichnung „Euro-sceptic“ auftaucht (vgl. ebd.: 127-129).

In Dänemark entsteht im Jahr 1972 die Volksbewegung gegen die EG (seit 1994 als Volksbewegung gegen die EU). Diese ausschließlich anti-europäische Partei wurde wegen der damaligen Volksabstimmung über einen Beitritt Dänemarks zur Europäischen Gemeinschaft gegründet, als die Mitglieder dieser Bewegung versuchten, die dänischen Wahlberechtigten zu motivieren, den EU-Beitritt in der Volksabstimmung abzulehnen.

Als ein wichtiges Ereignis in der Geschichte des Euroskeptizismus werden die ersten direkten Wahlen des Europäischen Parlamentes (EP) im Jahr 1979 betrachtet. Bis dahin

wurden die Abgeordneten des EP von den nationalen Parlamenten der jeweiligen Mitgliedstaaten delegiert und euroskeptische Gruppen, wenn es irgendwelche gab, hatten keine reale Chance eine Vertretung im EP zu bekommen. In der ersten Phase der europäischen Integration war aber der Euroskeptizismus parteilich eher unattraktiv und nicht gerade aktiv (vgl. Kaniok. In Havlík/Kaniok 2006: 9). Die dänische Volksbewegung gegen die EG war die einzige anti-europäische Partei, die in dem Europäischen Parlament mit 4 Mitgliedern schon im Jahr 1979 vertreten war.

In den 1990er Jahren kommt es zu einer Zunahme der euroskeptischen Strömungen nicht nur in den politischen Parteien sondern auch in der Bevölkerung in der ganzen Europäischen Union. Mit der Unterschrift des so genannten Vertrags von Maastricht im Jahr 1992 erhält, die bis dahin wirtschaftlich gerichtete EG, eine politische Dimension und wird somit ein wichtiges Thema des politischen Kampfes. Über Euroskeptizismus wird daher erst in Verbindung mit der Entstehung der Europäischen Union im Jahre 1992 gesprochen. Diese Entwicklung wird von Eichenberg und Dalen (2007) als „Post-Maastricht-Blues“ bezeichnet. Die starke Zunahme der politischen Kompetenzen der Europäischen Union und die im Alltagsleben spürbare Wirkung politischer Entscheidungen auf der EU-Ebene tragen dazu bei, dass die BürgerInnen nicht nur Chancen, sondern auch Risiken im Integrationsprozess sehen (Weßels 2009: 50). Die allgemeine Haltung gegenüber der Europäischen Union wird kritisch. Laut öffentlichen Meinungsumfragen, die die Europäische Union seit den 1970er regelmäßig durchführt, ist es evident, dass die allgemeine Haltung der BürgerInnen zu der Europäischen Union hauptsächlich rund um das Jahr des Vertrags von Maastricht sinkt. Im Juni 1991 sind noch 72 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Gemeinschaft „eine gute Sache“ ist. Nach dem Vertrag von Maastricht sinkt diese Zahl bis zum Jahr 1994 auf 54 Prozent (zum Vergleich: 1992 – 65 %, 1993 – 60 %) (Vgl. European Commission: Public Opinion Analysis).

Diese negativen Einstellungen in der Bevölkerung wurden dann durch mehrere Ablehnungen in den Volksabstimmungen über die EU-Verträge sichtbar. So wurde schon im Jahr 1992 der Vertrag von Maastricht in Dänemark abgelehnt, im Weiteren der Vertrag von Nizza in Irland im Jahr 2000, der Vertrag über eine Verfassung für Europa in Frankreich und den Niederlanden 2005 und zuletzt der Vertrag von Lissabon in Irland 2008.

Notabene zeigen die BürgerInnen auch sehr wenig Interesse für die Wahlen ins Europäische Parlament, was den euroskeptischen Parteien die Möglichkeit gibt, sich bei den Wahlen ins EP durchzusetzen. Im Europäischen Parlament entsteht 1994 eine

eigene euroskeptische Fraktion, die heutzutage unter der Name „Europa der Freiheit und Demokratie“ (EFD) bekannt ist. Die andere im EP vertretene und die im Jahr 2009 entstandene euroskeptische Fraktion ist die „Europäische Konservative und Reformisten“ (ECR). Die Fraktion „Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke“ (GUE/NGL) wurde nicht auf euroskeptischen Werten gegründet, jedoch gibt es in der Fraktion mehrere Mitglieder die als euroskeptisch bezeichnet werden können.

Die BürgerInnen haben durch die Volksabstimmungen die Möglichkeit, die Gestaltung der Europäischen Union direkt zu beeinflussen, da sie verschiedene wichtige Verträge ablehnen oder annehmen können. Durch die Wahlen ins Europäische Parlament, das immer mehr Kompetenz in der EU gewinnt, haben die BürgerInnen einen indirekten Input zu dem Integrationsprozess.

Und nicht zuletzt trug auch die so genannte Osterweiterung in den Jahren 2004 und 2007 dazu bei, dass es immer schwieriger ist, unter so vielen Staaten, einen Konsens über gleiche europäische Werte zu finden, was zu Missverständnissen und zu Misstrauen gegenüber den Institutionen der Europäischen Union und sogar zur Verhinderung der Entwicklung der europäischen Integration führen kann. Mit der Zunahme der Mitglieder heterogenisierte sich die ziemlich homogene Kommunität, was einerseits zu einer größeren Politisierung der Integration und andererseits zu einer erhöhten Anzahl der Reibungsflächen führte (Kaniok. In Havlík/Kaniok 2006: 9-10).

Liesbet Hooghe und Gary Marks (2008: 6) interpretieren diese Entwicklung als einen Wandel vom „permissiven Konsens“, der die Politik der Europäischen Union in den 1970er und 1980er charakterisierte, zu einem „beschränkenden Dissens“. Abschließend kann man sagen, dass ein starker Euroskeptizismus einerseits durch die Verbreitung der Europäischen Union (starke politische Integration, Vertrag von Maastricht, Vertrag von Lissabon) und andererseits durch die Erweiterung der Europäischen Union (Anzahl der EU-Mitgliedstaaten) entstand.

Das Thema ist so präsent wie nie zuvor. Jedoch unterscheidet sich Euroskeptizismus von Land zu Land und man kann Gemeinsamkeiten aber auch Unterschiede in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union finden. Im nächsten Kapitel wird die Frage gestellt, wie der Euroskeptizismus definiert werden kann und ob es verschiedene Arten von Euroskeptizismus gibt. Aus der Tatsache, dass bereits mehrere Typologien des Euroskeptizismus vorhanden sind, werden in dem nächsten Kapitel nur die wichtigsten von diesen dargestellt.

2.2 Wie wird der Euroskeptizismus definiert?

Skepsis³ kommt aus dem griechischen *sképsis* und heißt so viel wie (durch) kritische Zweifel, Bedenken. Zu ihren Synonymen gehören u. a. auch die Wörter wie Misstrauen, Reserve, Skrupel, Vorbehalt und Zurückhaltung.

Euroskeptizismus ist zwar ein mit der zunehmenden Kritik an und Unzufriedenheit mit den Institutionen, Akteuren und Prozessen der Europäischen Union seit Anfang der neunziger Jahre weithin gebrauchter Begriff, der seinen Ursprung nicht im wissenschaftlichen, sondern Mediendiskurs hat (Szczzerbiak/Taggart 2003. In Weßels 2009: 51-52).

Euroskeptizismus, wie schon erwähnt wurde, hat seinen Ursprung im Vereinigten Königreich. Die erste Referenz des Euroskeptizismus wird in einem Artikel in *The Times* im Juni 1986 gefunden, in dem als „*Euro-Sceptic a person who is not enthusiastic about increasing the powers of the European Union*“ verstanden wird. Im *Oxford English Dictionary* wird Euroskeptiker als „*a person, esp. a politician, who is skeptical about the supposed benefits to Britain of increasing co-operation with the fellow members of the European Union, esp. one who strongly opposes greater political or economic integration*“ (Flood zit. Usherwood. In Szczzerbiak/Taggart 2003: 6). Dieser Begriff war jedoch auf das Land Vereinigtes Königreich bezogen. Vereinigtes Königreich wurde von Stephan George (2000. In Harmsen/Spiering 2004: 16) als ein „euroskeptischer Staat“ bezeichnet, der auf eine komplexe Reihe von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Faktoren hinweist, welche möglicherweise Vereinigtes Königreich vom kontinentalen Nachbarn charakterisieren.

Mit dem Anstieg der politischen Debatten über den Euroskeptizismus in den 1990er Jahren gewinnt auch der Euroskeptizismus in der wissenschaftlichen Literatur an Bedeutung, die versucht, dieses Phänomen zu definieren.

2.2.1 Typologie von Paul Taggart

Die wohl erste allgemeine, sich auf die westeuropäischen Staaten gerichtete und einflussreiche Definition kommt aus dem Jahr 1998 von Paul Taggart. Seiner Meinung nach beinhaltet der Euroskeptizismus drei verschiedene Einstellungen zu der europäischen Integration. Erstens, es gibt die Anti-Integrationsposition derjenigen, die

³ Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion [Hrsg.]. *Duden: Deutsches Universalwörterbuch*. 6., überarbeitete und erweiterte Auflage. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich: Dudenverlag, 2007.

die gesamte Idee der europäischen Integration und als Konsequenz auch die Europäische Union ablehnen. Zweitens, es gibt diejenigen, die im Prinzip die europäische Integration nicht ablehnen, jedoch skeptisch sind, da die Europäische Union nicht die beste Art und Weise einer Integration ist, weil sie zu inklusiv ist. Und abschließend, gibt es diejenigen, die im Prinzip die europäische Integration nicht ablehnen, jedoch skeptisch sind, da die Europäische Union nicht die beste Art und Weise einer Integration ist, weil sie zu exklusiv ist. Zuallerletzt benutzt der Autor in seinem Artikel eine allumfassende Definition des Euroskeptizismus. "*Euroscepticism expresses the idea of contingent or qualified opposition as well as incorporating outright and unqualified opposition to the process of European integration*" (Taggart 1998: 365-366).

Laut Taggart (1998: 368-369) äußert sich der Euroskeptizismus in den politischen Parteien in vier verschiedenen Formen:

- *Single issue Eurosceptical parties.* Der Sinn und Zweck dieser politischen Parteien ist die Opposition gegen die Europäische Union. Sie wurden gegründet, um den Euroskeptizismus auszudrücken und um die WählerInnen aufgrund von europäischen Themen zu mobilisieren. Als so eine Partei wird die dänische Volksbewegung gegen die EU bezeichnet.
- *Protest based parties with Euroscepticism.* In diese Kategorie gehören solche Parteien, die als Protestparteien bezeichnet werden können und die sich für eine anti-europäische Position als eine Ergänzung für ihre generelle Opposition zum Funktionieren des politischen Systems entschieden. Beispiel für solche Parteien ist die schwedische Umweltpartei – Die Grünen.
- *Established party with Eurosceptical position.* Zu dieser Gruppe gehören die Parteien, die die Position des Euroskeptizismus annehmen und in dem politischen System etabliert sind, d.h. die Regierungsparteien oder Parteien, die sich durch ihre Unterstützungswürdigkeit den Regierungsparteien nähern. Als solche kann die tschechische Demokratische Bürgerpartei bezeichnet werden.
- *Eurosceptical factions.* In diesem Fall bringt eine signifikante Fraktion einer politischen Partei die Opposition zum Ausdruck, während die Partei im Großen und Ganzen eine Unterstützung für die europäische Integration ausdrückt. Das offensichtlichste Beispiel dafür ist der euroskeptische Flügel der britischen Konservativen Partei.

2.2.2 Typologie von Aleks Szczerbiak und Paul Taggart

Aufgrund der Definition von Taggart (1998) nahmen sich Szczerbiak und Taggart (2000; 2002) vor, eine Analyse des gesamten europäischen Parteienspektrums zu bilden und die Erklärung auch auf mittel- und osteuropäische Staaten zu erweitern. In deren Studie arbeiten sie mit zwei Typen von Euroskeptizismus aufgrund des Grades der Opposition der politischen Parteien gegenüber der europäischen Integration. Sie beschäftigen sich primär mit dem Begriff Euroskeptizismus und vernachlässigen die positiven Einstellungen der politischen Parteien zu der europäischen Integration. Wie unten näher erläutert wird, wird zwischen einem harten und einem weichen Euroskeptizismus unterschieden.

- *"Hard Euroscepticism is where there is a principled opposition to the EU and European integration and therefore can be seen in parties who think that their countries should withdraw from membership, or whose policies towards the EU are tantamount to being opposed to the whole project of European integration as it is currently conceived."*(Szczerbiak/Taggart 2002: 7).

Beim harten Euroskeptizismus stellt die Europäische Union einen Feind dar. Dabei handelt es sich in erster Linie um eindeutig anti-europäische Parteien. Die harten Euroskeptiker sind im Allgemeinen gegen die Prinzipien der Europäischen Union oder haben eine ganz andere ideologische Position (z.B. die EU ist zu kapitalistisch für Kommunisten, zu sozialistisch für Rechtsparteien, zu bürokratisch für Populisten, zu supranationalistisch für Nationalisten, oder zu neoliberalistisch für Sozialisten). Sie sind entweder gegen den Beitritt des Landes zur Europäischen Union oder für deren Ausstieg. Im anderen Fall müsste sich die EU in eine Union umwandeln, die der Ideologie der harten Euroskeptiker entsprechen würde.

- *"Soft Euroscepticism is where there is not a principled objection to European integration or EU membership but where concerns on one (or a number) of policy areas lead to the expression of qualified opposition to the EU, or where there is a sense that 'national interest' is currently at odds with the EU's trajectory."*(ebd.).

Die weichen Euroskeptiker sind skeptisch über die aktuelle Entwicklung der europäischen Integration. Beim weichen Euroskeptizismus ist die Europäische Union für die Euroskeptiker dann problematisch, wenn die Europäische Union eine ganz andere Richtung geht als die Interesse und Politik, die die weichen Euroskeptiker unterstützen.

Szczerbiak und Taggart (2001; 2002; 2004) schauten sich die euroskeptischen Strömungen der politischen Parteien in der Europäischen Union näher an und verglichen den Parteieneuroskeptizismus zwischen den alten (EU-15) und neuen Mitgliedstaaten. Aufgrund dessen versuchten sie, Gemeinsamkeiten und Unterschiede einzelner Länder zu finden. Aufgrund ihrer Studie stellten sie mehrere Schlussfolgerungen auf:

Man kann sagen, dass Euroskeptizismus ein Bestandteil der Parteiensysteme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist, da die euroskeptischen Parteien im europäischen Durchschnitt eine Unterstützung von knapp einem Fünftel der WählerInnen haben. Der Euroskeptizismus ist also ein universeller Merkmal der Parteiensysteme der EU-Mitglieder.

Der weiche Euroskeptizismus ist im Vergleich zu dem harten Euroskeptizismus viel häufiger und weich-euroskeptische Parteien haben größere Wahlunterstützung als Parteien, die sich dem harten Euroskeptizismus äußern. Die hart-euroskeptischen Parteien bilden dann nur sehr selten eine Regierung. Wo eine Regierungspartei Euroskeptizismus ausdrückt, ist sie nahezu ausnahmslos weich-euroskeptisch.

Der Euroskeptizismus der politischen Parteien und der in der Öffentlichkeit, stehen nicht in gegenseitiger Beziehung. In einem Staat, wo es eine große Unterstützung der europäischen Integration von der Seite der Bevölkerung gibt, muss es nicht große Unterstützung der europäischen Integration von der Seite der politischen Parteien geben und andersrum.

Im Allgemeinen ist der Euroskeptizismus quer durch das links-rechte ideologische Spektrum verbreitet und man kann ihn nicht als ein typisch rechtes oder linkes Phänomen bezeichnen. Das links-rechte ideologische Spektrum ist also keine verlässliche Orientierungshilfe beim Klassifizieren der Parteien. Die Tendenz in den mittel- und osteuropäischen Staaten ist im Vergleich zu den westeuropäischen Staaten unterschiedlich. Auch wenn man in diesen Staaten euroskeptische Parteien sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite des ideologischen Spektrums finden kann, ist die Mehrheit von diesen Parteien rechts platziert.⁴

⁴ Laut Szczerbiak und Taggart (vgl. 2002: 21) ist es aufgrund von zwei Faktoren verursacht. Erstens gibt es in den westeuropäischen Staaten die so genannten linksorientierten "*new politics*" Parteien (z. B. die Grünen), die eine euroskeptische Haltung vertreten und die es demgegenüber in den osteuropäischen Staaten eher nicht gibt. Zweitens werden die extrem-linken oder orthodox-kommunistischen Parteien in den MOE Staaten (mit ein paar Ausnahmen wie z. B. die tschechische KSČM) im Vergleich zu den westeuropäischen Staaten weniger unterstützt. Darüber hinaus sind die rechtsorientierten Parteien in den MOE Staaten im

In Mittel- und Osteuropa (MOE) werden die euroskeptischen Parteien im Vergleich zu Westeuropa durch einen größeren Teil der Bevölkerung unterstützt. Die weichen Euroskeptiker bekommen in den MOE Staaten größere Wahlunterstützung und sind wichtiger in ihren Parteiensystemen. Die hart-euroskeptischen Parteien im Vergleich zu den weich-euroskeptischen Parteien werden in den MOE wie in den westeuropäischen Staaten von kleinerem Anteil der Bevölkerung unterstützt.

Trotz dieser Unterschiede ist das Schema des Parteieneuroskeptizismus in den alten und den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union außergewöhnlich ähnlich.

2.2.3 Typologie von Petr Kopecký und Cas Mudde

Kopecký und Mudde (2002: 300-304) kritisieren die sehr breite Definition des Euroskeptizismus von Szczerbiak und Taggart. Erstens argumentieren sie, dass der weiche Euroskeptizismus von Szczerbiak und Taggart zu inklusiv und allumfassend ist, da man aufgrund dieser Unterscheidung jede Partei, die mit irgendeiner politischen Entscheidung der Europäischen Union nicht einverstanden ist, als weich-euroskeptisch bezeichnen kann. Zweitens sollte man als Schlüsselunterscheidung für den Euroskeptizismus nicht die Unterstützung oder Opposition der EU-Mitgliedschaft sondern die Kritik des europäischen Integrationsprozess nehmen. Sie führen dann eine eigene Typologie ein, wo sie zwischen vier verschiedenen Typen/Einstellungen gegenüber der europäischen Integration unterscheiden, und erweitern dann später den Begriff des Euroskeptizismus, da deren Meinung nach nicht alle euroskeptischen Parteien gegen die EU-Mitgliedschaft sein müssen. Genau im Gegenteil. Diese Parteien können die Mitgliedschaft unterstützen jedoch die derzeitige Europäische Union kritisieren, weil sie sich zu weit vom ursprünglichen Sinn des Integrationsprozess entfernt.

Sie entwickeln ein zweidimensionales Modell der Beziehungen zur Europäischen Union. Sie unterscheiden zwischen spezifischer Unterstützung der Europäischen Union einerseits und diffuser Unterstützung der europäischen Integration im Allgemeinen andererseits. Die erste Dimension der europäischen Integration unterscheidet zwischen Europhil (für eine liberale Marktwirtschaft und eine institutionalisierende Kooperation aufgrund geteilter Souveränität; Befürworter der Supranationalität und des freien Marktes) und Europhob (gegen die allgemeine Idee der europäischen Integration). Die zweite Dimension zwischen EU-Optimist (für den aktuellen Stand der EU; von der

Vergleich zu den westeuropäischen Staaten ideologisch vielseitiger und haben eher die Tendenz, nationalistischer zu sein.

zukünftigen Steuerung der EU überzeugt) und EU-Pessimist (keine Unterstützung der aktuellen Gestaltung der EU und gegen die zukünftige Entwicklung der EU). Danach lassen sich vier Positionen in der Beziehung zu der EU unterscheiden:

- Euroenthusiast (optimistische Europhilen = für die europäische Integration und derzeitige Trajektorie der EU);
- Euroskeptiker (pessimistische Europhilen = für die europäische Integration jedoch gegen derzeitige Trajektorie);
- Eurogegner (pessimistische Europhoben = gegen die europäische Integration und derzeitige Trajektorie der EU); und
- Europragmatiker (optimistische Europhoben = gegen die europäische Integration jedoch für derzeitige Trajektorie der EU).

Abb. 1: Typologie der Parteipositionen zu Europa.

		Unterstützung der europäischen Integration	
		<i>Europhil</i>	<i>Europhob</i>
Unterstützung der Europäischen Union	<i>EU-Optimist</i>	Euroenthusiast	Europragmatiker
	<i>EU-Pessimist</i>	Euroskeptiker	Eurogegner

Quelle: Kopecký/Mudde 2002: 303.

2.2.4 Typologie von Nicolo Conti

Nicolo Conti (2003) arbeitet in seiner Typologie mit den Begriffen von Szczerbiak und Taggart und verbreitet diese um neutrale und positive Einstellung zu der europäischen Integration.

Abb. 2: Kategorisierung der Parteieinstellungen zur europäischen Integration.

Harter Euroskeptizismus	Es geht um eine prinzipielle Opposition gegen die Europäische Union und die europäische Integration. Man kann ihn bei Parteien sehen, die denken, dass ihre Länder von der Mitgliedschaft zurücktreten sollten, oder dessen Politik in Richtung der Europäischen Union dem gesamten Projekt der europäischen Integration, wie sie gerade konzipiert ist, entgegensetzt. Es gibt keinen Einsatz zur Reform sondern zu einer radikalen Veränderung der gegenwärtigen Trajektorie der europäischen Integration.
Weicher Euroskeptizismus	Es gibt kein prinzipieller Widerspruch zur europäischen Integration oder der EU-Mitgliedschaft sondern Bedenken über ein (oder mehrere) Politikbereich(e), der(/die) zu einem Ausdruck der qualifizierten Opposition führt(/führen). Oder es besteht das Gefühl, dass das "nationale Interesse" gerade im Gegensatz der EU-Trajektorie ist. Die Partei hat den Willen, die Europa zu reformieren.
Neutrale Einstellung	Es besteht keine klare Einstellung zur europäischen Integration. Die politisch-spezifische Präferenzen können zwar formuliert sein, aber es ist im Allgemeinen nicht möglich, eine breitere Parteieinstellung zu definieren.
Funktioneller Europeanismus	Die Unterstützung der europäischen Integration kann zu einer Strategie führen, die dem nationalen Interesse oder einem anderen Parteienziel dient. Es gibt keinen Einsatz die Integration zu fördern, sofern es nicht bewiesen ist, dass sie zu solchen Interessen führen würde. Ansonsten, gibt es den Einsatz zur europäischen Integration hauptsächlich im Sinne einer Verteidigung des Status quo.
Identifizierender Europeanismus	Es geht um eine prinzipielle Unterstützung der Europäische Union und der europäischen Integration. Es besteht ein Anspruch für eine weitere Kompetenzübertragung von der nationalen auf die supranationale Ebene, für ein Föderales Europa und für eine europäische Bürgerschaft. Eine weitere Integration ist ein grundlegendes politisches Ziel.

Quelle: Conti/Verzichelli. In Conti 2003: 17.

Nicolo Conti (2003: 3-4) erklärt die Stellungnahme der politischen Parteien zu der europäischen Integration aufgrund ihrer Position im Parteiensystem, also ob die Parteien rechts oder links, in der Regierung oder in der Opposition oder in der Peripherie oder im Zentrum des Parteiensystems stehen. Ausgehend von der Kombination dieser Variablen arbeitet er mit 8 verschiedenen Typen der politischen Parteien:

- Zentrums-Linksparteien in der Regierung;
- Zentrums-Linksparteien in der Opposition;
- Zentrums-Rechtsparteien in der Regierung;
- Zentrums-Rechtsparteien in der Opposition;
- Weit-Linksparteien in der Regierung;

- Weit-Linksparteien in der Opposition;
- Weit-Rechtsparteien in der Regierung;
- Weit-Rechtsparteien in der Opposition,

die er dann zu den 5 oben angeführten Einstellungen der politischen Parteien zu der europäischen Integration zuteilt. Zu der am positivsten zu der europäischen Integration eingestellten Gruppe gehören die Zentrums-Linksparteien in der Regierung, danach folgen die Zentrums-Links-/Rechtsparteien in der Opposition. Zu den am negativsten zu der europäischen Integration eingestellten Gruppen gehören die Weit-Links/Rechtsparteien in der Opposition, und zu den um eine Spur weniger kritisch eingestellten Gruppen gehören die Weit-Links/Rechtsparteien in der Regierung. Allerdings die letzten zwei genannten Gruppen, kann man derzeit in keiner Regierung der EU-Mitgliedstaaten finden.

Da diese Typologie nicht nur die negativen sondern auch positiven Einstellungen der politischen Parteien betrachtet, wird sie am meistens dann eingesetzt, wenn man das gesamte Spektrum der politischen Parteien eines politischen Systems analysieren will.

2.2.5 Typologie von Chris Flood

Eine sehr ambitiöse, umfassende und sehr wichtige Typologie wird von Chris Flood (2002: 5) dargestellt. Dieser betrachtet nicht nur die negative Einstellung gegenüber der Europäischen Union sondern auch die positive. Er bildete sechs Kategorien, wo der Euroskeptiker (in seiner Typologie kommt diese Bezeichnung nicht vor; der Euroskeptiker wird in seiner Typologie als Gegner bezeichnet) an jeweils einem Polende steht, wobei am anderen Polende sich der positiv eingestellte Maximalist befindet.

- Maximalist (aktive Unterstützung einer schnellen und weiteren Integration entweder des gesamten Systems oder mancher Einzelpolitiken);
- Reformist (für die Europäische Union im allgemeinen, jedoch es besteht das Bedürfnis einen oder anderen einzelnen politischen Bereich und/oder Tätigkeiten zu verbessern);
- Gradualist (für eine weitere Integration entweder des gesamten Systems oder mancher einzelnen politischen Bereichen, solange dieses Prozess langsam und vorsichtig vorkommt);

- Minimalist (für das Beibehalten des Status quo jedoch gegen einer weiteren Vertiefung der Integration);
- Revisionist (für den Rückkehr in die Lage vor den großen Vertragsänderungen in Bezug zu der gesamten Gestaltung der Europäischen Union oder Revision wichtiger politischen Bereichen); und
- Gegner (gegen die EU-Mitgliedschaft und gegen die partielle Teilnahme an irgendwelcher Politik oder Institution).

Aufgrund dieser Typologie ist es schwierig die politischen Parteien einzugliedern. Es könnte sogar dazu kommen, dass man manche politische Parteien in mehrere Kategorien einschätzen könnte.

2.2.6 Re-Definition der Typologie von Szczerbiak und Taggart

Die Studie von Szczerbiak und Taggart kommt aus den Jahren 2000-2003 und seitdem veränderte sich viel. Die Beitrittsländer wurden Mitgliedstaaten der Europäischen Union, und auch die politischen Systeme von manchen europäischen Staaten änderten sich im Laufe der Zeit. Die Autoren sind sich selbst im Klaren darüber, dass diese Typologie nicht perfekt ist, und dass man diese nicht immer applizieren kann. Sie sind jedoch der Meinung, dass diese Klassifizierung in der weiteren Debatte über die Konzeptualisierung des Begriffs Euroskeptizismus hilfreich sein kann.

Szczerbiak und Taggart waren dann aufgrund der Kritik von Kopecký und Mudde damit einverstanden, dass deren Studie zu allumfassend ist und dass man als Schlüsselunterscheidungskriterien erstens eigentlich die Unterstützung für oder die Opposition gegen den europäischen Integrationsprozess, eher als die Unterstützung für oder die Opposition gegen die Mitgliedschaft des Staates zu einem festgelegten Zeitpunkt und zweitens die Einstellungen zu der weiteren aktuellen und geplanten Erweiterungen der EU-Kompetenzen nehmen sollte (Vgl. Szczerbiak/Taggart 2003: 7).

Daraufhin versuchten sie, den harten und weichen Euroskeptizismus wie folgt zu re-definieren:

- Harter Euroskeptizismus *„might be defined as a principled opposition to the project of European integration as embodied in the EU, in other words, based on ceding or transfer of powers to a supranational institution such as the EU.“*; und

- weicher Euroskeptizismus „*might be re-defined as when there is not a principled objection to the European integration project of transferring powers to a supranational body such as the EU, but there is opposition to the EU's current or future trajectory based on the further extension of competencies that the EU is planning to make*“ (Szczerbiak/Taggart 2003: 12).

Diese zwei Unterscheidungen sollte man laut Szczerbiak und Taggart (ebd.) nur als ersten Schritt in dem umfangreichen Projekt der Entwicklung einer umfassenden Typologie der Parteienposition zu Europa nehmen, die eine etwas differenziertere Herangehensweise sowohl der Pro- als auch der Anti-Integrationshaltungen anbieten würde.

2.2.7 Gibt es eine ideale Typologie des Euroskeptizismus?

Man könnte noch weitere Typologien des Euroskeptizismus (Abts/Krouwel 2007; Lubbers/Scheepers 2005; Riishøj 2004; Rovny 2004; Tiersky 2001; usw.) auswerten. Allerdings ist es für den Zweck dieser Arbeit nicht notwendig.

Wenn man diese Typologien betrachtet, ist es klar, dass es keine allgemein anerkannte Definition des Terminus Euroskeptizismus gibt. Man sollte jedoch bedenken, dass es sehr wenige Arbeiten gibt, die systematisch Euroskeptizismus in unterschiedlichem Kontext vergleichen. Deutlich ist aber, je detaillierter und komplexer die Typologien sind, desto schwieriger wird es, die Parteien zu operationalisieren und zu kategorisieren.

Die Frage lautet, ob man unter diesen Typologien eine ideale und die Beste für diese Studie wählen kann. Aus der Sicht der Methode, die in weiteren Kapiteln benutzt wird, musste man eine Wahl treffen. Als zu treffendste ist die Typologie von Szczerbiak und Taggart, die sehr klar und deutlich ist und die trotz Kritik am meisten in der wissenschaftlichen Literatur benutzt wird.

2.3 Gründe für den Euroskeptizismus

Ein Akteur, in Form einer politischen Partei oder eines Bürgers/einer Bürgerin, wird vor allem durch politische Resultate angetrieben und wird sich eine Meinung über die europäische Integration aufgrund dessen bilden, ob das Handeln auf dem europäischen Niveau solche Vorgehensweisen produziert, die zu seinen bevorzugten Grundsätzen näher sind, als die bestehenden politischen Resultate der Innenpolitik (Hix 2007: 136).

Allerdings besteht ein Unterschied zwischen Euroskeptizismus einer politischen Partei und Euroskeptizismus eines Bürgers/einer Bürgerin, da die Motivationen für die Unterstützung für oder die Opposition gegen die europäische Integration bei beiden Abweichungen aufweisen können. Wir schauen uns in erster Linie an, was die politischen Parteien zum Euroskeptizismus motiviert, je nach der Position, die sie im politischen System vertreten, und in zweiter Linie, welche konkreten Gründe in der Bevölkerung herrschen. Die Punkte dieser Klassifizierung können natürlich auch für die Parteien gelten, denn auch Parteien, unabhängig von der Position im politischen System, können sich aufgrund von konkreten Kritikpunkten zum Euroskeptizismus äußern.

2.3.1 Anhand der Parteienposition im politischen System

Ist es die Ideologie oder Strategie, die Links- oder Rechtsposition in dem ideologischen Spektrum, die Parteienposition in der Regierung oder der Opposition, in der Peripherie oder im Zentrum des politischen Geschehens, die die politischen Parteien dazu lenken, sich positiv oder negativ gegenüber dem europäischen Integrationsprozess zu äußern? Aufgrund der bestehenden Literatur könnte man die politischen Parteien unter verschiedenen Perspektiven betrachten. Conti (2007: 204) ist der Meinung, dass das europäische Thema von den anderen politischen Themen nicht so abweichen sollte, und dass dieses Thema durch die inländischen Parteien durch die organisatorische Logik der bestehenden Mustern des Parteienwettbewerbs geleitet wird und durch die inneren Strukturen unter einem unmittelbaren Einfluss der sozioökonomischen Interessen erzeugt wird. Ausgehend davon, wo die politischen Parteien in dem politischen Spektrum stehen und Unterschieden nach ihrer Beziehung zu den anderen Parteien, könnten die Einstellungen zu der europäischen Integration großteils erklärt werden.

Ideologie versus Strategie

Ein Teil der ForscherInnen behauptet, dass die Parteien zum Euroskeptizismus die ideologisch-programmatischen Gründe motivieren, und der andere Teil behauptet, dass eher die strategisch-taktische Parteienwettbewerbsfaktoren eine Rolle dabei spielen.

Hooghe et al. (2002) argumentieren, dass die Position der politischen Parteien zu der europäischen Integration stark von ihrer parteilichen Familie abhängig ist. Sie argumentieren, dass der Grund dafür, wieso die Parteien eine euroskeptische (oder

andere) Position zu Europa nehmen, von den historischen Cleavages⁵ ausgeht. Szczerbiak und Taggart (2003) bemerkten, dass es gewisse Parteienfamilien gibt, die eine ideologische Prädisposition haben, die euroskeptische Haltung einzunehmen, wie z.B. die „New Politics“, Nationalisten, oder nicht einzunehmen, wie z.B. Sozial- und Christdemokraten. Nichtsdestotrotz, nicht alle politischen Parteien der EU-Mitgliedstaaten entsprechen diesem Schema.

Taggart (1998) war der Meinung, dass unterschiedliche Parteien in unterschiedlichen Staaten euroskeptisch sind und dass sogar der gleiche Parteientyp nicht in allen Staaten euroskeptisch sein muss. Seiner Meinung nach gibt uns die ideologische Position einer Partei nicht genug Informationen, um ihre Position zu der Europäischen Union abzuleiten. Wie für Conti (2007) auch für Taggart ist die Ideologie so eher ein Ansatzpunkt, wenn sich die Parteien mit der europäischen Integration auseinandersetzen, und für beide spielen die strategisch-taktischen Faktoren eine Rolle.

Abschließend behauptet die Rational-Choice institutionalistische Theorie, dass die ideologischen und strategischen Betrachtungen der politischen Parteien miteinander interagieren sollten (Hix 2007: 146). Die politischen Parteien machen strategische, kurzfristige Entscheidungen im Rahmen ihrer ideologischen, langfristigen Bestimmungen. Dementsprechend muss man zwischen einer Parteienposition im Allgemeinen und einer Thematik, die die Parteien als ein Teil des zwischenparteilichen Wettbewerbs benutzen, im Besonderen unterscheiden. Denn bei dem zweiten Faktor geht es den politischen Parteien weiterhin um eine Wahlstrategie, um die WählerInnen für sich zu gewinnen, oder um eine koalitionstaktische Strategie, um zu versuchen, mit den anderen Parteien eine Regierungskoalition zu bilden (vgl. Szczerbiak/Taggart 2003: 19).

Rechts versus Links

Auch wenn die euroskeptischen und euroenthusiastischen Parteien quer durch das ideologische Spektrum verteilt sind, gibt es gewisse Politikbereiche, die nur von den Links- oder nur von den Rechtsparteien unterstützt oder kritisiert werden. Es gibt eine

⁵ Anhand von verschiedenen Konfliktlinien(=Cleavages; Kapital versus Arbeit; Kirche versus Staat; Stadt versus Land; Zentrum versus Peripherie), so Lipset und Rokkan (1967), kann man die politischen Parteien zu den allgemeinen ideologischen Parteienfamilien zuordnen (u. a. Christdemokraten, Liberalen, Sozialdemokraten und Konservativen). In den 1980er entstehen neue (Grün-Alternative) Parteien und diese Studie wird um die so genannten „New Politics-Cleavages“ erweitert.

klare Trennlinie zwischen Links- und Rechtsideologie und der Unterstützung für die europäische Integration bei den Themen, die mit reguliertem Kapitalismus, darunter Beschäftigung, Umweltpolitik und Kohäsionspolitik zusammenhängen. Die Linken setzten die Priorität auf wirtschaftliche Gleichheit; die Rechten auf die individuelle wirtschaftliche Freiheit. Bei Fragen, die die nationale Souveränität, wie z.B. die Macht des Europäischen Parlaments, Außenpolitik und Immigrationspolitik, betreffen, ist die Trennlinie schwach oder nicht vorhanden (Hooghe et al. 2002).

Zentrum versus Peripherie („Mainstream“ versus „Protest“ Parteien⁶)

Hooghe et al. (2002; 2004) bezeichnen die Relation der Rechts-/Linksposition und der Unterstützung für die europäische Integration als eine „verkehrte U-Kurve“. Diese Kurve zeigt, dass die „Mainstream“ Parteien, z.B. die Konservativen, die Sozial- und Christdemokraten und die Liberalen, im Allgemeinen den Integrationsprozess unterstützen, denn die Europäische Union ist ein zentristisches Projekt, das gerade von den „Mainstream“ Parteien geschaffen wurde. Sie sind diejenigen, die öfters in den nationalen Regierungen, den nationalen Parlamenten und im Europäischen Parlament dominieren und dadurch für die Richtung der europäischen Integration zuständig sind. Der Euroskeptizismus ist meistens den politischen Parteien in der politischen Mitte fremd. Es heißt aber nicht, dass es keine Parteien gibt, die man als „Mainstream“ und euroskeptisch bezeichnen kann. Es gibt genug euroskeptische Parteien hauptsächlich in den skandinavischen und osteuropäischen Ländern und Großbritannien, die man als euroskeptische „Mainstream“ Parteien bezeichnen kann. Diese Parteien sind besonders auf Grund der nationalen Interessen euroskeptisch.

Die rechts- oder linksextremistischen Parteien sind wiederum stark der europäischen Integration gegenübergestellt. Die Rechts- und Linksprotestparteien können ihre Position zu der europäischen Integration als ein Mittel ihrer Unterscheidung von den etablierten Parteien verwenden. Das EU-Thema kann dann als eine Art eines ideologischen Hebels benutzt werden, der es den Protestparteien erlaubt, eine Distanz

⁶ Die Unterscheidung zwischen „Protest“ und „Mainstream“ Parteien bezieht sich auf die Parteibeziehung zum etablierten Parteiensystem und ist vom Katz und Mair (1995) Kartell-Parteienmodell abgeleitet. Die „Protest“ Parteien lehnen die etablierte Gruppe der (normalerweise Regierungs-)Parteien ab und stehen außerhalb dieser Gruppe. Sie stehen somit außerhalb des bestehenden Kartells und setzten sich dafür ein, die derzeitige Dynamik des Parteiensystems zu ändern. Die „Mainstream“ Parteien, auf der anderen Seite, sind Regierungsparteien oder versuchen sich als unterstützungswürdig durch ihre Annäherung an die Regierung zu befördern. Sie sind „Insider“, die zum dominierenden Kartell angehören und setzten sich dafür ein, die derzeitige Dynamik des Parteiensystems beizubehalten (vgl. Szczerbiak/Taggart 2000: 7).

zwischen ihnen und den etablierten Parteien aufzubauen. Es ermöglicht den Protestparteien eine Identität zu bilden, sich als „reale“ Parteien zu bezeichnen und sich dennoch deutlich von den anderen Parteien zu unterscheiden. Es kann mit dem wechselseitigen Durchdringen der großen Parteien und des Staates zusammenhängen, was Katz und Mair (1995) als eine Herausbildung der „Kartellpartei“ bezeichneten. Unter diesem Konzept verschmelzen die großen Parteien mit dem Staat soweit wie möglich, um ihres organisatorischen Überleben in einer Ära der Wahl- und ideologischen Strömungen zu sichern, die ihre Zukunft voraussagen. Das heißt, dass sich die Anti-Kartellparteien außerhalb des Konsensus der dominanten Parteien entwickeln können und dass sie danach streben, sich auch so zu definieren. Die Europäische Union ist genau so ein Thema, das die Parteien höchstwahrscheinlich in dieser Identitätskonstruktion benutzen, weil es sich um ein Thema handelt, das die dominanten Parteien eher nicht benutzen, um sich innerhalb des Kartells zu differenzieren. Im Allgemeinen bietet diese Peripherienatur der „New Politics“, neuen Populisten und extremen Linksparteien in ihren Parteiensystemen eine Erklärung dazu, wieso gerade sie euroskeptisch sind (Taggart 1998: 382). Die extremen Linksparteien sehen die europäische Integration als ein elitäres kapitalistisches Projekt, das die Entscheidungsfindung von den BürgerInnen in die Interessen der mächtigsten Konzerne isoliert. Die populistischen Rechtsparteien sehen die europäische Integration als ein elitäres supranationales Projekt, das die nationale Autonomie und die traditionellen Werte schwächt (Hooghe et al. 2004: 5).

Regierung versus Opposition

Laut empirischen Untersuchungen gibt es keine großen Regierungsparteien in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die eindeutig anti-europäisch wären (Taggart 1998: 381). Es ist sehr interessant zu beobachten, dass die politischen Parteien die euroskeptischen Äußerungen degradieren/„enthärten“, wenn sie von der Opposition in die Regierung gelangen (Szczurbiak/Taggart 2002: 17). Die politischen Parteien in der Regierung kontrollieren nicht nur die innenpolitische Agenda sondern sie sind die zentralen Akteure auf dem europäischen Niveau. Infolgedessen ist es wahrscheinlicher, dass die Regierungsparteien im Vergleich zu der Opposition der europäischen Integration zugeneigt sind, um die politischen Maßnahmen auf dem europäischen Niveau in ihre bevorzugte Richtung zu gestalten (Hix 2007: 137). Andererseits kann es zu einer euroskeptischeren Einstellung der Parteien kommen, wenn sie von den

Regierungsparteien in die Opposition gelangen, als eine Art Differenzierung von den Regierungsparteien (vgl. Szczerbiak/Taggart 2002: 26).

Aus den verschiedenen Untersuchungen der Gründe der politischen Parteien sich euroskeptisch auszudrücken, ergeben sich mehrere Erkenntnisse. Auch wenn es irgendwelche Prädispositionen gibt, sich im Rahmen einer ideologischen Gruppe (nicht) euroskeptisch auszudrücken, kann man sagen, dass politische Parteien aller politischen Richtungen sich euroskeptisch profilieren und entsprechende Strategie entwickeln. Man kann nicht sagen, dass Euroskeptizismus eindeutig auf der rechten oder linken Seite des politischen Spektrums steht, jedoch die politischen Parteien auf einer oder anderen Seite die europäische Integration in manchen Politikbereichen aus unterschiedlichen Gründen unterstützen oder opponieren. Die Parteien, die meistens Euroskeptizismus ausdrücken, sind in der Peripherie rechts oder links im politischen System und in der Opposition, d.h. Extremisten, die nicht in der Regierung sind und denen es auch wahrscheinlich nicht gelingt, in die Regierung zu gelangen. Die „Mainstream“ und Regierungsparteien, als zentrale Akteure auf dem europäischen Niveau, drücken meistens keinen oder nur weichen Euroskeptizismus aus.

Die Parteieneinstellung zu der europäischen Integration kann sich jedoch auf Grund der Entwicklungen in der Europäischen Union ändern.

2.3.2 Konkrete Kritikpunkte der Europäischen Union in der Bevölkerung

Bis zu dem Jahr 1993 war die Europäische Union überwiegend eine wirtschaftliche Institution. Dieses änderte sich aber mit dem Vertrag von Maastricht, als sich die „market-making“ Gemeinschaft in eine „policy-building“ Union änderte (Hooghe/Marks 2007: 121-122). Die beiden Autoren (ebd.) sind also der Meinung, wenn sich jemand bis zu dieser Veränderung euroskeptisch äußerte, war es aufgrund von makroökonomischen Aspekten. Bei einer wachsenden Inflation und Arbeitslosigkeit, stieg auch die kritische Einstellung in der Bevölkerung, bei einem wirtschaftlichen Wachstum war die Einstellung zu der Europäischen Union eher positiv.

Es gibt drei Hauptmodelle – das wirtschaftliche, kulturelle und institutionelle –, die erklären, was die BürgerInnen (aber auch die politischen Parteien) dazu motiviert, die europäische Integration zu unterstützen oder abzulehnen. Mit diesem Thema beschäftigt sich hauptsächlich Gabel (1998. In Hix 2007).

Wirtschaftliches/utilitaristisches Modell

Die meisten AutorInnen beschäftigen sich mit dem Thema der Handelstheorie, um die Kostennutzenrechnung zu konzeptualisieren. Die PolitikwissenschaftlerInnen stellen die positiven wirtschaftlichen Ergebnisse als einen wichtigen Faktor bei der Bestimmung der Unterstützung eines Individuums für ein politisches System fest (Ray 2003: 265). Gabel (1998. In Hix 2007: 134-135) weist darauf hin, dass die europäische Integration die Mitgliedstaaten zu einer Liberalisierung ihrer Märkte und zu einer Öffnung der Kapitalmobilität zwingt, was zu einer Erhöhung der Vermögenswerten im Besitz derjenigen mit höherem Einkommen und höherem Ausbildungsniveau führt. Infolgedessen werden die BürgerInnen mit hohem Niveau des „Humankapitals“ (im Sinne der wirtschaftlichen Vermögenswerten und Ausbildung) weniger euroskeptisch als die BürgerInnen mit einem niedrigen Niveau des „Humankapitals“ sein. Die allgemeinen wirtschaftlichen Profite, die aus der europäischen Integration folgen, werden zu einer breiten Zunahme der Unterstützung führen (Ray 1997: 3). Andererseits verstärken die Marktliberalisierung und die Kapitalmobilität die wirtschaftliche Unsicherheit. Sie erhöhen die Ersetzbarkeit der Arbeit und als Ergebnis werden die Arbeitsplätze unsicherer und die Lohnunterschiede werden steigen (Rodrik 1997. In: Hooghe 2003: 290). Dies wird wiederum zu einer breiten Kritik der europäischen Integration führen.

Die wirtschaftlichen Gewinner der europäischen Integration werden also die, die Europäische Union unterstützen, wiederum die wirtschaftlichen Verlierer werden die, die EU kritisieren. Die BürgerInnen kritisieren die europäische Integration hauptsächlich, wenn sie Angst vor dem Arbeitsverlust und/oder Inflation haben.

Kulturelles Modell

Die andere Gruppe der ForscherInnen beschäftigt sich mit dem Thema der sozialen Identität, besonders mit der nationalen Identität, und wie dieses Thema die Unterstützung für die europäische Integration beschränkt. Die Europäische Union bekommt durch die Supranationalität immer mehr Kompetenzen auf Kosten der Souveränität der Mitgliedstaaten. Die europäische Integration wird also als eine kulturelle Gefahr für die nationale Identität gesehen. In dieser Gruppe gehört auch die Angst vor fremden Kulturen, vor der Multikulturalität und vor der Immigration.

Man könnte darunter auch eine Schwäche der europäischen Identität verstehen. Es besteht nämlich keine kollektive, europäische Identität, da die europäischen Staaten

einen Mangel an gemeinsamen Punkten (z.B. Geschichte, Kultur, Sprache, Religion oder geographische Grenzen) haben, die man mit einer Identität verbinden könnte (vgl. Fuchs et al. 2009).

Institutionelles Model

Die letzte Gruppe beschäftigt sich damit, welchen Zusammenhang die Unterstützung der Institutionen auf der europäischen aber auch auf der nationalen Ebene bei der Unterstützung der europäischen Integration spielt. Das Misstrauen gegenüber den Institutionen der Europäischen Union führt zum Euroskeptizismus. In den Augen der Euroskeptiker ist die Europäische Union zu bürokratisch, undemokratisch⁷ und uneffizient. Die „ganz normalen“ BürgerInnen sind von den Entscheidungsprozessen, die in Brüssel stattfinden, weit entfernt (vgl. Hooghe 2003: 288). Schneider und Weitsman (1996) und Hug (2002) nehmen an, dass die WählerInnen noch dazu keine vollständigen Informationen über die Vorteile irgendwelcher vorgeschlagenen Verträge haben (In Ray 2003: 262).

Die Forschung zur öffentlichen Unterstützung für die europäische Integration zeigte, je mehr die Personen über die Europäische Union wissen, desto mehr unterstützen sie diese (Gabel 1998a. In Hooghe 2003: 292).

Der Prozess der europäischen Integration wurde noch nicht abgeschlossen und somit kann man die Europäische Union als ein „Work in progress“ bezeichnen. Was man gestern als positiv betrachtete, kann sich morgen ändern. Und beim Euroskeptizismus ist es genauso. Wie Hooghe (2007: 10) sagt: *“Support of and opposition to European integration are two sides of the same coin – both are contextual responses to changing interests. The upshot is that the Euroskeptics of today may become tomorrow’s Euro-supporters if their fortunes were to improve in the EU’s competitive multi-level polity.”*

Um das theoretische Kapitel abschließen zu können, ist es nur noch wichtig und notwendig, sich damit auseinanderzusetzen, wie man den Euroskeptizismus in den Mitgliedstaaten aber auch in den Beitrittsstaaten der Europäischen Union messen kann.

⁷ „Alltagssprachlich wird der Begriff [Demokratiedefizit] vornehmlich zur Kritik des politischen Entscheidungsprozesses in der EU verwendet. Er hebt ab auf: (a) die asymmetrische Kompetenzverteilung zwischen Ministerrat, Kommission und Parlament, so dass selbst die maßgeblichen legislatorischen Kompetenzen beim Ministerrat liegen; (b) die nur eingeschränkten Wahlfunktionen und Sanktionsmöglichkeiten des Parlaments; (c) die weiterhin fehlende Rückbindung der politischen Entscheidungen an die europäische Wähleröffentlichkeit.“ (Nohlen/Schultze 2010: 140-141)

2.4 Wie wird der Euroskeptizismus gemessen?⁸

In diesem Kapitel werden die Forschungsmethoden der Einstellungen der politischen Parteien gegenüber der europäischen Integration im Allgemeinen dargestellt.

Gemeinsam mit dem britischen Politikwissenschaftler Peter Mair (Mair 2007: 154-155. In Havlík 2008: 343-344) kann man bis dahin drei thematische Gebiete in der Forschung der Europäisierung⁹ der politischen Parteien identifizieren:

1. Entstehung und Entwicklung der transnationalen und vor allem transeuropäischen Föderationen der politischen Parteien (im Mittelpunkt der Forschung sind primär die Europarteien, beziehungsweise die Fraktionen des Europäischen Parlaments);
2. Charakter und Dynamik des Verhaltens der (national-)politischen Parteien und des parteilichen Wettkampfes im Rahmen des Europäischen Parlaments (Gegenstand der Forschung, deren Mittel hauptsächlich die Analyse der Wahlverhalten im EP ist, sind die Koalitionen oder die Veränderung der Mitgliedschaft der national-politischen Parteien in den europäisch-parteilichen Föderationen oder Fraktionen des EP);
3. Anpassung der politischen Parteien und parteilichen Systeme an die Entwicklung (dazu zählen unter anderem die Studien über die Einstellungen der politischen Parteien zu der europäischen Integration.)

Da es nicht möglich ist, in dieser Arbeit alle Aspekte der Forschung zu betrachten, wird man sich im folgenden Text mehr auf die dritte Kategorie konzentrieren, die relevant für die Studie der Einstellungen der politischen Parteien zur europäischen Integration in der Tschechischen Republik sein wird.

Die Veränderungen in den Programmen der politischen Parteien kann man als das sichtbarste oder als das am leichtesten identifizierte Gebiet bezeichnen, in dem der

⁸ Dieses Kapitel stützt sich hauptsächlich auf einen Artikel von Vlastimil Havlík, der in diesem die verschiedenen Methoden der Forschung der Einstellungen der politischen Parteien zu der europäischen Integration beschreibt. Dazu siehe Havlík 2008.

⁹ „In der Literatur gibt es drei verschiedene Europäisierungsbegriffe [...]. (1) Aus der Forschungsperspektive (bottom-up) betrachtet erfasst E[uropäisierung], wie Staaten Einfluss auf Entscheidungen in der EU nehmen (Lodge 2006; Stone Sweet/Sandholtz/Fliegstein 2001). [...] (2) Aus der Vogelperspektive (top-down) betrachtet erfasst E[uropäisierung] die Wirkung der EU auf ihre (jetzigen und zukünftigen) Mitgliedstaaten. Die zentrale Frage ist, wie die Politik der EU [...] Policy, Politics und Polity der Staaten [...] verändert (Börzel/Risse 2002; Knill 2001; Radaelli 1997). [...] (3) In der integrierten Perspektive wird E[uropäisierung] als interaktiver Prozess verstanden, der sowohl die Entstehung neuer Institutionen, politischer Prozesse und Politikprogramme auf der europäischen Ebene als auch deren Wirkung auf der mitgliedstaatlichen Ebene umfasst (Olsen 2002).“ (Nohlen/Grotz 2007: 130-131)

Prozess der Europäisierung geschieht. Laut Landrech kann man zwei Ebenen – die quantitative (zunehmende Anzahl der Hinweise auf die Gebiete der europäischen Integration) und die qualitative (Konkretisierung und Präzisierung der Hinweise auf die europäische Integration) – der Europäisierung der Programme der politischen Parteien identifizieren. Mit der zunehmenden europäischen Integration und mit deren wachsenden Bedeutung für die nationale Politik nimmt auch die Anzahl der europäischen Themen in den Programmdokumenten der politischen Parteien zu (vgl. Landrech 2002: 396. In Havlík 2009: 22-23).

Wie in der Politikwissenschaft üblich ist, gibt es keine allgemein gültige Forschungsmethode zur Untersuchung der Einstellung der politischen Parteien zur europäischen Integration. Leonard Ray (2007, 14-19. In Havlík 2008, 346) unterscheidet zwischen vier Hauptmethoden auf diesem Forschungsgebiet:

1. Behavioral measures (Analyse der Tätigkeit der politischen Parteien);
2. Textual approaches (Analyse der Programmdokumenten);
3. Self-reported positions (Analyse der Einstellungen der Beförderer und/oder der Vorständen der politischen Parteien);
4. Reputational measures (Forschung der Reputation der politischen Parteien).

2.4.1 Behavioral measures

Erstens ist es wichtig zu fragen, welche Tätigkeiten der politischen Parteien für die Identifikation der Einstellung zur europäischen Integration relevant sind. Man kann sehr wenige Gebiete finden, in denen die Parteien als Ganzes agieren. Dementsprechend muss man die Tätigkeit einer Partei aufgrund der Tätigkeit der einzelnen Mitglieder ableiten. So eine Analyse ist sehr aufwendig und nicht jedes Verhalten der Mitglieder kann man als repräsentatives Verhalten der ganzen Partei betrachten.

Bei diesem Zugang setzten sich hauptsächlich zwei folgende Methoden durch:

- **Analyse der Mitgliedschaft der politischen Parteien in den supranationalen parteilichen Strukturen:**

Im Laufe der Zeit bildeten sich europäische Föderationen der politischen Parteien. Es handelt sich um ideologisch verwandte supranationale politische Parteien im EP. Man kann die Mitgliedschaft in gewissen europäischen Föderationen der politischen

Parteien, beziehungsweise in den Fraktionen des EP als potenziellen Indikator der Einstellung zur europäischen Integration betrachten. Die euroskeptischen politischen Parteien neigen dazu die Mitglieder der euroskeptischen Fraktionen des EP zu werden. Problematisch ist, dass man durch die Mitgliedschaft nicht genau feststellen kann, um welchen Grad des Euroskeptizismus es sich handelt. Die Meinungen der einzelnen Mitglieder der politischen Parteien der euroskeptischen Fraktionen sind inkohärent. Nicht alle euroskeptischen Mitglieder des EP sind Mitglieder der euroskeptischen Fraktionen oder nicht alle Mitglieder der euroskeptischen Fraktionen haben eine euroskeptische Haltung. So eine Methode muss man sehr vorsichtig benutzen und als ein Element im breiteren Kontext wahrnehmen.

- **Analyse der Abstimmung:**

Die andere Art der Forschung ist auf die Abstimmung der RepräsentantInnen der politischen Parteien in den Legislaturorganen (National- oder Europäisches Parlament) gerichtet. Diese Analyse ist auf die namentlichen Abstimmungen beschränkt, weil man nur bei diesen feststellen kann, wie welche/r GesetzgeberIn wählte. Auf der nationalen Ebene bezieht sich nur eine beschränkte Anzahl der Abstimmungen direkt auf den Prozess der europäischen Integration und es lässt sich von deren Ergebnis die Einstellung der Parteien oder der ParlamentarierInnen zum europäischen Integrationsprozess ableiten. Auf der Ebene des EP beziehen sich alle Abstimmungen auf die EU/EG, jedoch nur manche von diesen kann man als relevant für die Analyse der Einstellung der politischen Parteien zu der europäischen Integration wahrnehmen und es ist wichtig aufgrund bestimmter Kriterien nur manche davon zu wählen. Weiters ist es bei den EP-Abstimmungen problematisch, wenn eine Nationalpartei nur gering vertreten ist. In diesem Fall ist die Stichprobe nicht repräsentativ. Aufgrund der Abstimmung von einem oder mehreren RepräsentantInnen einer Partei kann man nicht die Einstellung der gesamten Partei bestimmen. Man müsste auch die Thematik der Abstimmung selbst analysieren, um festzustellen, in wie weit man auf Grund der Abstimmung die Partei als euroskeptisch bezeichnen kann.

2.4.2 Textual approaches

Beim zweiten Zugang handelt es sich um die übliche Methode der Ermittlung der Einstellungen der politischen Parteien zu einem gewissen Thema (nicht nur der europäischen Integration). Es handelt sich hauptsächlich um die Analyse der

Wahlprogramme¹⁰, die die Präsentation der offiziellen Standpunkte der politischen Parteien darstellen. Diese Methode wird hauptsächlich in den komparativen Studien benutzt. Die Programme der politischen Parteien sind allgemein sehr leicht zugänglich und bieten die Möglichkeit einer retrospektiven Forschung der Veränderungen der Einstellungen zu einer gewählten Thematik im Laufe der Zeit. Manchmal kann es aber problematisch sein, wenn einem Thema keine oder sehr geringe Aufmerksamkeit gewidmet wird. In der Regel benutzt man bei dieser Analyse die Methode des Dekodierens der parteilichen Programme. D.h. die einzelnen Passagen der Programmen sind aufgrund der voraus festgestellten Vorgehensweisen dekodiert (z.B. gewissen Ausdrücken sind im Voraus positive oder negative Stellenwerte beigeordnet) und werden dann in eine Form der weiter analysierenden Daten umgesetzt, wo ein bestimmter Typ der Aussage einem Indikatoren für gegebene Stellungnahme der politischen Parteien zum Thema ist. Man kann zwei Aspekte der Wahlprogramme der politischen Parteien messen – Quantität und Qualität der Themen. Man kann auch in der qualitativen Messung vermuten, je mehr Raum dem Thema gewidmet wird, desto größere Bedeutung hat dieses Thema für die politische Partei.

Laut Leonard Ray (2007: 17. In: Havlík: 354) kann man die Parteienprogramme nach der Anknüpfung der Programme an die politische Praxis unterteilen: (1.) Verträge, (2.) Werbungen, (3.) Identitätserklärungen. Im (1.) Fall handelt es sich um einen quasi Vertrag zwischen WählerInnen und der politischen Parteien über die Wahlprogramme. Die Standpunkte in diesen Programmen sind realistische Vorstellungen der politischen Partei über die zu implementierende Politik. Die politischen Parteien sind sich dessen bewusst, wenn sie die Versprechen in den Wahlprogrammen nicht erfüllen, dass es zu einer negativen Einstellung der WählerInnen zu dieser Partei und in den nächsten Wahlen zum Sieg der konkurrierenden politischen Parteien führen kann. Im (2.) Fall handelt es sich meistens um Übertreibung und um ein unrealistisches Versprechen. Diese Programme entsprechen nicht wirklich den realen Vorstellungen der politischen Parteien. Im (3.) Fall handelt es sich um eine Erklärung zu einer politischen Identität

¹⁰ Vor den Wahlen legen die Parteien ihre aktuellen Wahlprogrammen vor, die im Idealfall den Präferenzen der Mehrzahl der WählerInnen entsprechen. Die Parteien müssen ständig ihr programmatisches Profil und ihr damit verbundenes allgemeines Image den aktuellen Gegebenheiten anpassen, um die Attraktivität bei den WählerInnen erneut zu erringen und zusätzliche WählerInnengruppen anzusprechen. Die Wahlprogramme sind abhängig von der aktuellen Situation auf dem Markt, so dass die Parteien die alten Themen beibehalten, die für die aktuelle Situation wichtig sind, oder ganz neue, die auf die Veränderung der Umwelt angepasst sind. Die Parteien sind auf das Bilden einer Koalition mit anderen Parteien hingewiesen und deshalb versuchen die Parteien sich inhaltlich bei bestimmten Themenbereichen an andere Parteien anzunähern („approaching“) oder sich von ihnen abzugrenzen („distancing“) (vgl. Güttel 1998).

der politischen Parteien. Diese Programme sind für eine Analyse der Einstellungen der Parteien (nicht nur) zur europäischen Integration sehr geeignet. Auch wenn die politischen Parteien anhand der Analyse von Programmdokumenten ideologisch sehr konsistent wirken, kann die Wirklichkeit jedoch ganz anders sein. In der Praxis gibt es nicht selten im Rahmen der politischen Parteien Plattformen, die unterschiedliche Ansichten von manchen Problematiken haben.

2.4.3 Self-reported positions

Bei der Analyse der BeförderInnen der politischen Parteien handelt es sich eigentlich um Meinungsumfragen. Bei der Analyse der Vorstände der politischen Parteien besteht dieser Zugang hauptsächlich aus einer Form von Interviews und/oder Fragebögen. Die ForscherInnen müssen, parteiliche ExpertInnen finden, die sich auf einem gewissen Gebiet auskennen. Der Vorteil von so einer Forschung ist die leichte Bearbeitung der gewonnenen Daten. Ein Nachteil kann die Bemühung der befragten Person, eigene politische Partei unter einem anderen Blickwinkel darzustellen, sein. Die Ergebnisse können dann verstümmelte Informationen sein. Es ist besser mehrere wenn nicht alle GesetzgeberInnen oder mehrere Vorstände der politischen Parteien zu befragen. Diese Methode ist gut geeignet für die Forschung der Meinungsunterschiede im Rahmen der politischen Parteien.

2.4.4 Reputational measures

Bei der vierten und somit letzten Methode handelt es sich auch um sehr oft benutzte Zugänge, die sich an sekundären Quellen orientieren, denn diese gehen von Meinungen anderer aus oder interpretieren diese Meinungen. Bei dieser Forschung kann man unter folgenden Vorgehensweisen unterscheiden:

- **Einfache Forschungen im Umfeld, wo die politischen Parteien funktionieren:**

Ein typisches Beispiel zu dieser Forschung ist die von Taggart und Szczerbiak, die in jedem Land eine/n Expertin/en fragten, aufgrund von deren Definition des Euroskeptizismus die politischen Parteien in den jeweiligen Staaten zu analysieren und zu klassifizieren. Die Identifikation der Einstellungen der politischen Parteien war sehr beschränkt. In jedem Land wurde nämlich nur ein/e ExpertIn gefragt und somit fehlte in dieser Forschung der Vergleich von potenziell unterschiedlichen Stellungnahmen von anderen ExpertInnen.

- **Meinungsumfragen:**

Die Meinungsumfragen sind für repräsentative Forschung finanziell sehr anspruchsvoll. Ziel so einer Forschung können (1.) die Vorstellung in der Öffentlichkeit/der WählerInnen über Stellungnahme der politischen Parteien, beziehungsweise die Stellungnahme in der Öffentlichkeit/der WählerInnen, oder (2.) die Analyse der Stellungnahme der politischen Parteien sein. Im (1.) Fall stellt die Meinungsumfrage eine adäquate und vermutlich die beste Methode zum Erreichen des gegebenen Ziels dar. Im (2.) Fall ist es nicht mehr so, da die RespondentInnen nicht genug fachliche Qualifikation haben und verstümmelte Informationen geben. Auf das Forschungsgebiet dieser Arbeit bezogen, können die Meinungsumfragen dementsprechend nur die Daten über Einstellungen der WählerInnen zu der europäischen Integration und/oder über Meinung der WählerInnen über die Stellungnahme der politischen Parteien zu bestimmten Themen geben. Die Meinungsumfragen haben nur einen geringen Aussagewert.

- **ExpertInnenuntersuchung:**

Vorteil so einer Forschung ist ihre Komplexität, die leichte Verarbeitung und die Qualität der gewonnenen Daten. Denn wer genauere Daten über die Einstellung der politischen Parteien zum gewissen Thema liefern kann, als die Person (ExpertIn), die sich der gegebenen Problematik längerfristig widmet. Die ForscherInnen können die ExpertInnen im Grunde genommen nach einem beliebigen Gebiet/Politik bezogen auf die Tätigkeit der politischen Parteien fragen. Mit ein bisschen Übertreibung kann man sagen, dass das einzige Limit in dieser Hinsicht das Interessensgebiet der ForscherInnen ist (vgl. Marks et al. 2007: 26. In: Havík 2009: 54).

2.4.5 Welche Methode ist die Beste?

Bei allen vorgestellten Methoden kann man Vorteile aber auch Nachteile finden und man muss sehr vorsichtig und kritisch mit den gewonnen Daten umgehen. Für eine komplexere Forschung der Einstellungen der politischen Parteien zu der europäischen Integration wäre eine Kombination von mehreren dieser Methoden zu nutzen.

Vor der Umsetzung der eigenen Forschung der politischen Parteien in der Tschechischen Republik ist es notwendig ihren Rahmen abzugrenzen. Nämlich (1.) welche konkrete Methode wird bei der Forschung benutzt; (2.) auf was wird sich die

Forschung genau konzentrieren und in welchem Zeitraum; und (3.) welche politischen Akteuren werden Gegenstand der Forschung sein.

(1.) Um die Dynamik der Europäisierung der Programmatik der politischen Parteien zu beobachten, wird eine komparativ-qualitative Inhaltsanalyse der Programme in einem längeren Zeitraum notwendig sein. Die qualitative Inhaltsanalyse wurde als sozialwissenschaftliche Textanalysemethode in den 1980er Jahren von Philipp Mayring (2003) entwickelt, um damit eine systematische Anleitung zur Auswertung und Interpretation von komplexem sprachlichem Material zu schaffen. Das Material wird dabei so reduziert, dass der wesentliche Inhalt (im Fall dieser Studie handelt es sich um Teile der Wahlprogramme, die sich mit dem Thema der Europäischen Union auseinandersetzen) erhalten bleibt. Einzelne Textstellen werden dann thematisiert (wirtschaftliche, kulturelle und/oder institutionelle Kritikpunkte der europäischen Integration; dazu siehe Kap. 2.3.2 „Konkrete Kritikpunkte der Europäischen Union in der Bevölkerung“) und aufgrund von vorher festgelegten Kriterien (dazu siehe Kap. 2.2.2 „Typologie von Aleks Szczerbiak und Paul Taggart“) erklärt. Mit Hilfe dieser Methode und der Typologie von Szczerbiak und Taggart kann man die Einstellungen der politischen Parteien analysieren und dadurch entscheiden, ob es sich dabei um weich-/hart-euroskeptische oder euroenthusiastische Parteien handelt, und ob sich diese Einstellung im Betrachtungszeitraum änderte.

(2.) Als ein geeignetes Mittel für die Analyse der Entwicklung der Einstellungen der politischen Parteien zu der europäischen Integration zählen die kurzfristigen Wahlprogramme. In der Tschechischen Republik finden Wahlen auf unterschiedlichen Ebenen (Abgeordnetenhaus und Senat des Parlaments der Tschechischen Republik, regionale und kommunale Vertretungen und Europäisches Parlament) statt. Das Abgeordnetenhaus zählt als entscheidendes gesetzgebendes Gremium auf der nationalen Ebene des politischen Systems und diesbezüglich werden für die Forschung die Wahlprogramme benutzt, die die politischen Parteien für die Wahlen ins Abgeordnetenhaus vorlegten. Als Ausgangspunkt werden dann die zweiten demokratischen Wahlen in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (Wahlen in den Tschechischen Nationalrat im Jahr 1992) genommen. Die ersten Wahlen in den Tschechischen Nationalrat im Jahr 1990 sind eher uninteressant, da die Demokratische Bürgerpartei als Forschungsgegenstand erst im Jahr 1991 entsteht und somit den ersten Wahlprogramm erst zu den Wahlen im Jahr 1992 vorlegt. Und als Endbegrenzung werden die Wahlen ins Abgeordnetenhaus im Jahr 2010 analysiert.

Dies inkludiert 6 Wahlwettbewerbe, die uns eine ausreichende Menge an Material für die komparative Analyse anbieten.

(3.) Der Fokus dieser Arbeit liegt hauptsächlich auf der Demokratischen Bürgerpartei. Die ODS gehört zu den größten Parteien in der Tschechischen Republik und war immer entweder als Regierungs- oder Oppositionspartei im Parlament vertreten. Zweiter Faktor wieso gerade diese Partei für die Forschung gewählt wurde, ist simpel – es ist allgemein bekannt, dass diese Partei eine euroskeptische Einstellung zur europäischen Integration hat. Daher wird von Interesse sein, welche genaue Kritikpunkte der Europäischen Union die ODS in ihren Wahlprogrammen vertritt, ob sich diese veränderten und ob die Gründe für den Euroskeptizismus im Zusammenhang mit ihrer Position im Parlament stehen (näher dazu Kap. 2.3.1). Deswegen werden andere Parteien (ČSSD, KDU-ČSL, KSČM, US) nur kurz dargestellt und als Vergleich zu der genannten ODS benutzt. Bei allen Parteien handelt es sich um diejenigen, die eine Vertretung im Abgeordnetenhaus mindestens zwei Legislaturperioden lang hatten.

3 Die Tschechische Republik auf dem Weg zurück nach Europa

In diesem Teil der Arbeit¹¹ werden erstens die Beziehungen der Tschechischen Republik¹² zu der Europäischen Union¹³ mit Fokus auf die einzelnen Regierungen vor allem seit 1989 bis zur Gegenwart dargestellt. Zweitens wird der Euroskeptizismus der politischen Parteien in der Tschechischen Republik beschrieben. Dabei handelt es sich in erster Linie um eine Analyse der Wahlprogramme der Demokratischen Bürgerpartei und eine Darstellung der Veränderung ihrer Stellungnahme zu der Europäischen Union im Vergleich zu den anderen relevanten politischen Parteien der Tschechischen Republik (ČSSD, KDU-ČSL, KSČM, US). Und drittens wird die Wahlkampagne zu der Volksabstimmung über den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union näher beschrieben. Aufgabe dieses Kapitels ist es, die relevanten politischen Akteure aufgrund der Typologie des Euroskeptizismus von Szczerbiak und Taggart (weicher versus harter Euroskeptizismus) einzuordnen und festzustellen, was die politischen Akteure dazu führt, sich hart-/weich-euroskeptisch auszudrücken.

Nach dem Kollaps der Sowjetunion und dem Ende der sowjetischen Vorherrschaft über die mittel- und osteuropäischen Länder in 1989 bestand ein überwältigender Konsensus der politischen Eliten in diesen Staaten über den anti-kommunistischen Diskurs und über die so genannte „Rückkehr nach Europa“, was als die einzige mögliche Lösung für ihre politische Fragilität und Instabilität gesehen wurde. Für die MOE-Staaten eröffneten sich viele neue Möglichkeiten, die für sie bis zum Jahr 1989 verschlossen waren, und somit kann man unter diesem Motto „Rückkehr nach Europa“

¹¹ Für nähere Informationen zum politischen System der ČR siehe u. a. Vodička (1996, 2005), zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der ČR und der EU siehe u. a. Brunclík/Klíč (2009), Marek (2006), Müller (2004), und zu den tschechischen politischen Parteien im Allgemeinen und zur Geschichte der ODS im Besonderen siehe u. a. Malíř/Marek (2005) und Havlík/Kaniok (2006).

¹² Nach dem 2. Weltkrieg entstand die Tschechoslowakische Republik (ČSR), die im Jahr 1960 auf die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) umbenannt wurde. Nach der Wende entstand im Jahr 1990 die Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ČSFR). Durch die Trennung beider föderativen Republiken entstand im Jahr 1993 eine unabhängige Tschechische Republik (ČR). Um das Lesen dieser Arbeit zu erleichtern, wird somit bis Ende des Jahres 1992 einheitlich über die Tschechoslowakei (ČS) gesprochen.

¹³ Am 7. Februar 1992 wurde der Vertrag von Maastricht unterzeichnet und nach dem Ratifizierungsverfahren entstand am 1. November 1993 die Europäische Union. Bis zu diesem Datum handelt es sich somit in diesem Text um die Europäischen Gemeinschaften. Auch in diesem Fall wird einheitlich über die Europäische Union gesprochen, jedoch bis zu diesem Datum die Europäischen Gemeinschaften gemeint.

vielen verstehen: die Überwindung der sowjetischen Hegemonie und die Anknüpfung an die westeuropäischen Länder, den Übergang in einen demokratischen und friedlichen Staat durch eine Etablierung und Konsolidierung der demokratischen Strukturen, die Entwicklung der wirtschaftlichen Freiheit durch einen Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft und nicht zuletzt die gesellschaftliche Selbstbestimmung in einem unabhängigen Staat. Die Europäische Union war ein Symbol für die Verwirklichung dieser Ziele. Die politischen Eliten verfolgten ohne breitere Debatten die schnelle Mitgliedschaft in der Europäischen Union, nicht nur um die Prozesse der Transformation zu beschleunigen sondern auch um von den zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Vorteilen der Mitgliedschaft zu profitieren. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union sollte auch zu einer stärkeren Position der MOE-Staaten in der ganzen Welt führen.

Durch die Unabhängigkeit war es für die MOE-Staaten notwendig, ein adäquates Konzept der Außenpolitik auszuarbeiten und eine neue außenpolitische Orientierung zu finden (Müller 2004: 15). Die Eingliederung der MOE-Staaten in die europäischen Strukturen war von Anfang an auf der strategischen Agenda ihrer Außenpolitiken. Nicht nur die politische Elite sondern auch die BürgerInnen unterstützten die Idee der schnellen Integration im Westen/in der Europäischen Union. Jedoch erkannten die politischen Eliten und die BürgerInnen der post-kommunistischen Staaten nicht wirklich was die europäische Integration mit sich bringen könnte. Europäische Themen standen nicht im Mittelpunkt der politischen Debatten und die EU-Mitgliedschaft war zwar ein sehr wichtiges aber ein sehr entferntes Ziel. Die Zeit unmittelbar nach der Wende war durch eine Euphorie und einen Euroenthusiasmus gekennzeichnet.

Bei den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in Kopenhagen im Juni 1993 wurden in der Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung die so genannten Kopenhagener Kriterien¹⁴ (wirtschaftliche, politische und „Acquis“¹⁵-Kriterien) beschlossen, die alle Beitrittskandidaten erfüllen mussten, um der EU beizutreten. Die

¹⁴ „Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt außerdem voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können“ (Europäischer Rat 1993: 13).

¹⁵ „[Acquis communautaire= d]er Besitzstand ist das gemeinsame Fundament aus Rechten und Pflichten, die für alle Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Union verbindlich sind.“ (Europäische Kommission: Erweiterung: Glossar. URL: http://ec.europa.eu/enlargement/glossary/terms/acquis_de.htm)

MOE-Staaten mussten rasante wirtschaftliche, konstitutionelle und soziale Reformen unternehmen, um diese Kriterien für den EU-Beitritt zu erfüllen. Diese Kriterien hatten für die Regierungen große Priorität, weil sie im Mittelpunkt des Geschehens (in der Europäischen Union) und nicht abseits stehen wollten. Die Verhandlungen mit den Kandidaten für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union wurden 1998 und 2000 eröffnet. Danach gab die Europäische Kommission regelmäßig Bewertungsberichte¹⁶ heraus, in denen sie die Beitrittsländer für die noch nicht übernommenen Kriterien kritisierte und untereinander verglich. Die Beitrittskandidaten wurden dadurch unter Druck gesetzt und mussten sehr intensiv an der Anpassung an die „Acquis“-Kriterien, die sehr komplex waren, arbeiten.

Auf der einen Seite erhielten Gesellschaft und Eliten durch die Demokratisierung neuen Spielraum für eine selbstbestimmende Gestaltung der Politik. Auf der anderen Seite mussten aber mit der sukzessiven Übernahme der *acquis communautaires* Bereiche dieses Selbstbestimmungsrechts im Sinne eines „power sharing“ an die EU-Ebene abgetreten werden. Der von populistischen Akteuren vorgetragene Kampfruf, Brüssel sei das neue Moskau, ist ein Ausdruck dieser doppelten politischen Dynamik (Beichelt 2009: 107).

Nach der Euphorie am Anfang der 1990er kam es am Ende dieses Jahrzehnts zu einer Ernüchterung. Mit der Europäischen Union verband man nicht mehr nur etwas Positives, sondern auch Negatives. Manche politische Parteien und ein Teil der Bevölkerung wurden skeptischer gegenüber der EU. Wegen der regelmäßigen Kritik von der Seite der Europäischen Union und wegen der ständigen Verzögerung des konkreten Datums für den EU-Beitritt kam es zu einer Frustration nicht nur unter der politischen Elite, sondern auch innerhalb der Bevölkerung (vgl. Hughes 2002: 333). Manche politische Parteien sprachen immer mehr über die Probleme, die mit der Mitgliedschaft verbunden waren, und gliederten euroskeptische Elemente in ihre Programme ein. Euroskeptizismus wurde zu einem festen Bestandteil vieler mitteleuropäischer Parteiensysteme und die Beitrittsprobleme dominierten die politische Agenda. Mit dem sich nähernden EU-Beitritt wurde die europäische Integration zu einem sehr wichtigen Thema. Der Moment des Beitritts an sich war in der Bevölkerung und der politischen Elite durch ausbreitende Unsicherheit, Mangel an

¹⁶ Für detaillierte Informationen über die Übernahme des *acquis communautaire* der Tschechischen Republik und den regelmäßigen Berichten der EU siehe Europa: Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung. URL: http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/2004_and_2007_enlargement/czech_republic/index_de.htm

Enthusiasmus und wachsenden Skeptizismus über die Folgen der EU-Mitgliedschaft gekennzeichnet (vgl. ebd.: 332).

Riishøj beschrieb diese Zeit, wie folgt: *"The first years after the ‚break through‘ in 1989 were marked by a considerable ‚euro-enthusiasm‘ or an ‚uninformed enthusiasm‘, and the then widespread euro-optimism was not backed up by much concrete experience and knowledge about the EU system"* (Riishøj 2004: 28). *"Thus, coming closer to ‚paradise‘ many changed their attitudes from being ‚euro-naives‘ to become ‚eurorealists‘, maybe soft or hard ‚eurosceptics‘"* (Riishøj 2004: 7).

3.1 Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und der Europäischen Union

3.1.1 Unter der Kontrolle der Sowjetunion

Vom Jänner 1948 bis zum November 1989 stand die Tschechoslowakei voll unter dem Einfluss der Sowjetunion, was die Außenpolitik betraf. Die gesamte wirtschaftliche Zusammenarbeit der ČS war auf die wirtschaftlichen Partner im Rahmen des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gerichtet und die Möglichkeit mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaften wirtschaftlich zu kooperieren wurde minimalisiert (vgl. Zahradník 2003: 18. In Müller 2004: 13). Die bilateralen Verhandlungen zwischen der ČS und den EG begannen Mitte der 1970er Jahre, nach dem Leonid Brežněv, so die HistorikerInnen, die Existenz der EG offiziell anerkannte (vgl. Černoch 2003: 23. In ebd.). Die Verträge über die minimale Zusammenarbeit zwischen der ČS und den EG liefen im Jahr 1974 ab, und neue Bedingungen der Geschäftsbeziehungen konnten neu verhandelt werden. Das erste Abkommen, die so genannte „autolimitierte Sektorvereinbarung“, wurde 1978 zwischen der ČS und der EGKS (unter dem GATT, dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen) mit Hüttenprodukten abgeschlossen. Vier Jahre später schloss man ein bilaterales Textilabkommen zwischen der ČS und der EWG ab. Diese und ähnliche Verträge wurden überwiegend für einen Zeitraum eines Jahres abgeschlossen und wurden laufend verlängert. Im Jahr 1988 unterzeichneten die VertreterInnen der EG und des RGW eine gemeinsame Erklärung, mit der die offiziellen Beziehungen aufgenommen wurden. Parallel dazu wurden auch Gespräche der EG und den einzelnen europäischen Staaten geführt. Im September baute die EG mit der ČS diplomatische Beziehungen auf und im Dezember 1988 wurde in Brüssel ein Handelsabkommen für Industrieprodukte zwischen der EWG und der ČS unterzeichnet.

3.1.2 Samtene Revolution und ihre Folgen

Landesweite Demonstrationen führten zum schnellen Kollaps der kommunistischen Führung im November 1989. Am 28. November 1989 begannen die Gespräche zwischen der kommunistischen Regierung und der Opposition am „Runden Tisch“. Bei diesen Gesprächen wurde das Machtmonopol der Kommunistischen Partei beseitigt und die Verfassungsänderungen wurden vereinbart. Nichtsdestotrotz hatten die Kommunisten eine Mehrheit in der Regierung, was zu weiteren Protesten führte. Daraufhin entstand am 10. Dezember eine neue, so genannte „Regierung des nationalen Einverständnisses“ unter dem neuen Ministerpräsidenten Marián Čalfa. Bereits im Dezember 1989 schrieb der Premierminister Marián Čalfa dem Präsidenten der Europäischen Kommission der EG Jacques Delors einen Brief, in dem er Interesse am Beitritt der Tschechoslowakei zur EG ausdrückte. Die EG-Mitgliedschaft wurde somit zu einer Zielperspektive der politischen Elite mit der Ausnahme der Kommunistischen Partei. Am 29. Dezember 1989 wurde Václav Havel zum Präsidenten gewählt.

Das revolutionäre Bürgerforum (OF), das in den Novembertagen durch Dissidenten gegründet wurde, war ein wichtiger Partner bei den Gesprächen am „Runden Tisch“. Das erste politische Programm des OF stand unter dem Motto „Rückkehr nach Europa“. Mit diesem Motto wurde die kulturelle Zusammengehörigkeit Europas (Rückkehr zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die zuverlässige Verankerung im Westen und Distanzieren von der kommunistischen Vergangenheit) und die Erneuerung von Werten und Prinzipien wie individuelle Freiheit, Menschen- und Bürgerrechte und Solidarität verbunden (vgl. Weiss 2004: 2).

Die Neugestaltung der Beziehungen mit der EG begann mit einem Handels- und Kooperationsabkommen, welches am 7. Mai 1990 vom tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Marián Čalfa und der EG unterzeichnet wurde.

Im Juni 1990 fanden in der ČS die ersten demokratischen Wahlen statt, die das OF gewann. Václav Havel wurde erneut zum Präsidenten gewählt.

Im Dezember 1990 wurde die ČS in das PHARE-Programm (aus dem Engl. *Poland and Hungary Assistance for Economic Restructuring Programme*) einbezogen, das, mit Hilfe finanzieller Mittel aus der EG, zu sozialen und wirtschaftlichen Reformen in den MOE-Staaten führen sollte.

Neben verschiedenen Verträgen über wirtschaftliche Kooperation der EG mit der ČS ist die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens zwischen der EG und der ČS im Dezember 1991 bemerkenswert. Dieses Abkommen war im Vergleich zu den vorigen nicht nur auf eine Geschäftsbeziehung beschränkt, sondern beschäftigte sich auch mit einem breiten Spektrum verschiedener Probleme (Verkehr von Arbeitskräften und Kapital, politischer Dialog, wirtschaftliche, kulturelle und finanzielle Zusammenarbeit). Dieses Dokument war somit eine Grundstufe auf dem Weg zu einer möglichen zukünftigen Mitgliedschaft (vgl. Müller 2004: 19).

3.1.3 ODS an der Spitze der Regierung – unter der Führung von Václav Klaus (1992-1997)

Bei den Wahlen im Jahre 1992 gewann die Koalition der Demokratischen Bürgerpartei und der Christlichdemokratischen Partei (KDS), die eine Regierungskoalition mit der Demokratischen Bürgerallianz (ODA) und der Christlich und Demokratischen Union – Tschechoslowakischen Volkspartei bildeten. Premierminister war Václav Klaus. Das Regierungsprogramm hatte u. a. das Interesse, die Beziehungen der ČS mit den Organen der EG zu konsolidieren.

Noch im Juli 1992 vereinbarten Václav Klaus und Vladimír Mečiar (damaliger slowakischer Premierminister) die Teilung der ČS und am 1. Jänner 1993 entstanden die Tschechische Republik und die Slowakische Republik als zwei voneinander unabhängige Völkerrechtssubjekte.

Im Jänner 1993 schrieb der Premierminister Václav Klaus dem Präsidenten der EG-Kommission Jacques Delors einen Brief, in dem er die Integration der ČR in die EG als eine der Prioritäten der tschechischen Außenpolitik¹⁷ bezeichnete. Der tschechische Präsident Václav Havel bestätigte diesen Standpunkt in einem Parlamentsauftritt im Februar 1993. Die EG wurde für die ČR ein auslandspolitisches Hauptziel.

Nach der Trennung der Tschechoslowakei wurde im Oktober 1993 ein neuer Assoziationsvertrag zwischen den EG und der Tschechischen Republik abgeschlossen, welches im Februar 1995 in Kraft trat. Dieses Abkommen erkannte die Tatsache an, dass ein Endziel der Tschechischen Republik ihre Aufnahme in die Europäische Union sei und dass die Assoziierung der Tschechischen Republik mit einer zunehmenden

¹⁷ Für weitere Informationen zu den Jahresberichten und Dokumenten über die Außenpolitik der Tschechischen Republik siehe Ministerstvo zahraničních věcí České republiky: Zahraniční vztahy. URL: http://www.mzv.cz/jnp/cz/zahranicni_vztahy/vyrocní_zpravy_a_dokumenty/index.html.

wirtschaftlichen und politischen Annäherung helfen sollte, dieses Ziel zu verwirklichen (Müller 2004: 25).

Diese Regierung legte den Grundstein für die Verhandlungen zum Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union, da sie im Dezember 1995 den Antrag für den Beitritt der ČR zur EU genehmigte, den der damalige tschechische Ministerpräsident Václav Klaus offiziell der Europäischen Union im Jänner 1996 stellte. Autoren dieses Textes waren Václav Klaus und der Kulturminister Pavel Tigrid. In diesem Text findet man schon die ersten kritischen Anmerkungen zu der EU-Mitgliedschaft der Tschechischen Republik, vor allem, dass die Tschechische Republik bereit ist, das *acquis communautaire* anzunehmen, aber auch die tschechischen Interessen zu schützen (vgl. Fiala/Mikš 2000: 312).

Bei den Wahlen im Jahr 1996 gelang es der Demokratischen Bürgerpartei wieder zu gewinnen. Die Minderheitsregierung wurde aus ODS, KDU-ČSL und ODA gebildet. Ministerpräsident war abermals Václav Klaus. Die Priorität der Außenpolitik war weiterhin auch die Integration der Tschechischen Republik in die Europäische Union. Im Außenministerium wurden stufenweise Beamtenstrukturen gebildet, in deren Kompetenz die Integration in die Europäische Union war.

Im November 1997 dankte der Premierminister Václav Klaus wegen innenparteilichen Problemen und finanziellem Skandal der Partei und zugleich mit ihm auch die ganze Regierung ab. Im darauffolgenden Monat kam es zum Sturz der Regierung.

Im Dezember 1997 wurde die Tschechische Republik bei der Schlussfolgerung des Europäischen Rates in Luxemburg zu Beitrittsverhandlungen eingeladen.

3.1.4 Technokratische Übergangsregierung (1998)

Seit dem Jänner 1998 herrschte bis zu der neuen Wahl im Juni 1998 die technokratische Übergangsregierung unter dem Premierminister Josef Tošovský. Ziel dieser Regierung war unter anderem auch die Fortsetzung der Integration der Tschechischen Republik in die Europäische Union.

Die Beitrittsverhandlungen mit der Tschechischen Republik fingen im März 1998 an. Im April 1998 fing der so genannte „Screening und Monitoring“ Prozess¹⁸ an. Bei diesem

¹⁸ Für allgemeine Informationen zum „Screening und Monitoring“ Prozess siehe Europäische Kommission: Erweiterung. URL: http://ec.europa.eu/enlargement/the-policy/process-of-enlargement/screening-and-monitoring_de.htm.

Prozess wird untersucht, inwieweit die Kandidatenländer auf den EU-Beitritt vorbereitet sind und inwieweit sich die Kandidatenländer an die *acquis communautaire* anpassten.

3.1.5 ČSSD an der Spitze der Regierung - unter der Führung von Miloš Zeman (1998-2002)

Im Juni 1998 erhielt die ČSSD die meisten Stimmen. Nach langen Verhandlungen bildete die ČSSD eine Minderheitsregierung und schloss mit der ODS einen Oppositionsvertrag ab. Ministerpräsident war Miloš Zeman. Auch in dieser Regierung war das Hauptziel im Bereich der Außenpolitik eine möglichst frühe Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der Europäischen Union.

Diese Regierung musste sich mit einer neuen Situation auseinander setzen. Während die vorigen Regierungen den Weg der Tschechischen Republik in die Europäische Union bildeten, musste die neu entstandene Regierung an den Beendigungen seiner praktischen Umsetzung arbeiten. Die Regierung musste die tschechische Legislatur mit der europäischen abstimmen und das Land auf den EU-Beitritt vorbereiten. Ende des Jahres 1998 wurde die Tschechische Republik im Rahmen des „Screening und Monitoring“ Prozesses sehr kritisch bewertet. Die Tschechische Republik sollte aufgrund dessen die Justiz reformieren, effektiver gegen die Korruption vorgehen und die Situation mit der Roma-Kommunität verbessern. ODS kritisierte diesen Bericht aufgrund von seiner Ungenauigkeiten (Vgl. Müller 2004: 37).

Die Tschechische Republik wurde auch vom Europäischen Parlament wegen den Beneš-Dekreten kritisiert. Das EP forderte die tschechische Regierung auf, die Beneš-Dekrete abzuschaffen. Darauf folgend äußerte sich das Europäische Parlament kritisch zum Fertigbauen des Atomkraftwerkes Temelín und schlug der tschechischen Regierung vor, über Alternativlösungen nachzudenken. Beide Resolutionen des EP wurden in der ČR abgelehnt. (ebd.)

Anhand des EU-Berichtes vom Jahr 1999 wurde die Tschechische Republik wieder stark kritisiert, da sich die Situation in mehreren Bereichen (u. a. Roma-Situation, Diskriminierungseinstellungen in der Gesellschaft, Legislatur) nicht verbesserte. Als Grund dafür bezeichnete die Kommission u. a. die Minderheitsregierung und den Oppositionsvertrag zwischen ČSSD und ODS.

Im Jänner 2000 vereinbarten die ČSSD und die ODS in einem gemeinsam verfassten Dokument, dass der EU-Beitritt für die Tschechische Republik außenpolitische Priorität sein muss. Dadurch wollten sie den Prozess der Aufnahme der europäischen Gesetzte

beschleunigen. Diese Herangehensweise wurde positiv von der Seite der Europäischen Union bewertet. Jedoch spielte das Atomkraftwerk Temelín im Sommer 2000 noch eine große Rolle. Es handelte sich hauptsächlich um die Kritik von der Seite Österreichs. Im Oktober wurden sogar die tschechisch-österreichischen Grenzübergänge auf der österreichischen Seite blockiert. Die Tschechische Republik wendete sich wegen diesem Problem sogar an die Europäische Union, die erklärte, dass dieses Problem nicht unter das europäische Gesetz falle und dass dieses Problem den Beitritt der ČR zur EU nicht zum Scheitern bringen kann. Mit Hilfe der Europäischen Union kam es zu einem Kompromiss, dass die Tschechische Republik die Sicherheitskontrollen in Temelín unter Aufsicht der Europäischen Kommission zulässt und dass Österreich den Reaktorstillstand nicht mehr verlangen wird (Vgl. Müller 2004: 41-42).

Der Bewertungsbericht vom Jahr 2000 war positiver im Vergleich zu den Jahren 1998 und 1999, trotzdem wurde die Tschechische Republik für manche Bereiche (z.B. wegen Nicht-Erfüllung der wirtschaftlichen Kriterien) kritisiert.

Im Dezember 2000 bei dem Gipfeltreffen der Europäischen Union in Nizza wurde die Frage der kompletten Reform der europäischen Institutionen gelöst, die notwendig für die Vorbereitung und die Beendigung der Osterweiterung war. Die Tschechische Republik war nicht zufrieden mit den zugeteilten Stimmen, über die die Tschechische Republik im EP und dem Rat der Europäischen Union disponieren sollte, denn sie sollte weniger Stimmen haben, als derzeitige Mitglieder, die ungefähr so groß wie die ČR sind. Die tschechische Regierung ersuchte die Europäische Union um eine Revision der zugeteilten Stimmen mit einer Begründung, dass es die öffentliche Meinung negativ beeinflussen könnte, und weil man die ČR nach dem EU-Beitritt wie einen zweitrangigen Mitgliedstaat behandeln würde. Diese Kritik wurde vom Hauptorganisator des Gipfeltreffens, dem französischen Präsidenten Jacques Chirac, abgelehnt. (ebd.: 43)

Auf dem Gipfeltreffen in Göteborg im Juni 2001 erklärte der Europäische Rat, dass es in seinem Interesse ist, dass die Erweiterung zu so einem Termin stattfindet, damit die neuen Mitgliedstaaten bei den Wahlen ins EP im Jahr 2004 teilnehmen können.

Im April 2001 einigte sich die Europäische Kommission darauf, dass es für die neuen Mitgliedstaaten (mit Ausnahme Malta und Zypern) eine Übergangsperiode von 5 Jahren für den freien Verkehr von ArbeitnehmerInnen geben sollte. Diese Periode konnte von den alten Mitgliedstaaten um weitere 2 Jahre verlängert werden. Auch im Jahr 2001 gab es einen Prozess wegen des Atomkraftwerks Temelín. Der tschechische

Vertreter Miloš Zeman und der österreichische Wolfgang Schüssel schließen in Brüssel im November 2001 ein tschechisch-österreichisches Abkommen ab, das ein Protokoll über die Sicherheit von Temelín war, und das dem zukünftigen Vertrag für den Beitritt der ČR zur EU beigelegt sein sollte. Bei den Abschlussverhandlungen über den Beitrittsvertrag lehnten die anderen Mitgliedstaaten dieses Protokoll ab und in den Vertrag wurde es letztendlich nicht aufgenommen. In dem Bewertungsbericht vom November 2001 wurde die Tschechische Republik im Vergleich zu den letzten Jahren wesentlich besser bewertet. Hauptsächlich in dem wirtschaftlichen Bereich wurde die ČR als ein Staat mit funktionierender Marktwirtschaft bezeichnet. Jedoch blieb die Situation mit der Roma Gemeinschaft immer noch ein Problem und die Reform der Staatsverwaltung wurde auch weiterhin kritisiert. (ebd.: 44-45)

Im Dezember bei dem Gipfeltreffen der Europäischen Union in Laeken wurde die Tschechische Republik u. a. zu einem Land erklärt, mit dem man bis Ende des Jahres 2002 die Beitrittsverhandlungen abschließen kann.

Im März 2002 wurde in Brüssel letztendlich beschlossen, dass die Beneš-Dekrete keinen Gegenstand für die Beitrittsverhandlungen der Tschechischen Republik bilden werden. Der Streit wegen den Beneš-Dekreten schwebte jedoch durch das ganze Jahr 2002. Das EP ließ sogar von juristischen ExpertInnen die Dekrete analysieren, aufgrund dessen die Aufhebung der Beneš-Dekrete für den Beitritt der ČR zur EU nicht notwendig war. (ebd.: 46)

3.1.6 Euroenthusiastische Regierung der ČSSD (2002-2006)

Bei den Wahlen im Jahr 2002 gewann wiederum die ČSSD, die eine Koalition mit der KDU-ČSL und US u. a. wegen ihren euroenthusiastischen Einstellungen bildete. Zum neuen Ministerpräsidenten wurde Vladimír Špidla. Die ČSSD führte das Land mit dieser Mitte-Links-Koalition in die Europäische Union. Die Regierung setzte sich u. a. ein Ziel, die BürgerInnen über die Europäische Union zu informieren, sie dazu zu motivieren, zur Volksabstimmung über den Beitritt der ČR zur EU zu kommen, und sie von der Meinung der Regierung zu überzeugen, dass der EU-Beitritt einem positiven Beitrag für die Tschechische Republik sei und im Interesse des Landes lege (siehe Kap. 3.3.2). Die Regierung musste noch die letzten Kapitel (des Screenings) abschließen und die finanziellen Fragen, die mit dem EU-Beitritt verbunden waren, vereinbaren. Der letzte Bewertungsbericht der Europäischen Union vor der Volksabstimmung der Tschechischen Republik über den EU-Beitritt (September 2002) hatte eher einen

positiven Charakter, aber verwies immer noch auf die bestehenden Probleme (z.B. die Roma Situation) hin. Die Verhandlungen über die Bedingungen des Beitritts der ČR zur EU wurden bei dem Gipfeltreffen in Kopenhagen im Dezember 2002 abgeschlossen.

Mit der Wahl von Václav Klaus zum Präsidenten im Februar 2003 ist die kritische EU-Position an die Staatsspitze avanciert. Václav Klaus gelingt es, seine Vorbehalte gegenüber der Europäischen Union in Medien des In- und Auslandes zu platzieren (Weiss 2004: 9).

Am 16. April 2003 wurde der Beitrittsvertrag der EU-Osterweiterung vom Präsidenten Václav Klaus, dem Premierminister Vladimír Špidla, dem Minister des Äußeren Cyril Svoboda und den VertreterInnen der 15 EU-Mitgliedstaaten beim Gipfeltreffen in Athen unterzeichnet. Václav Klaus legte am 25. April 2003 die Volksabstimmung über den Beitritt der ČR zur EU auf. Diese fand dann am 13. und 14. Juni 2003 statt. Aufgrund des positiven Ergebnisses der Volksabstimmung und der Ratifikation durch den tschechischen Präsidenten konnte die ČR der EU am 1. Mai 2004 beitreten.

Am 11. und 12. Juni 2004 fanden die Wahlen zum Europäischen Parlament auch zum ersten Mal in der Tschechischen Republik statt. Bei dieser Wahl erhielten folgende politische Parteien Mandate im EP – ODS (9 Mandate), KSČM (6), SNK-ED (3), KDU-ČSL (2), ČSSD (2) und die Unabhängigen (2). Es schien so, als ob sich die WählerInnen ganz anderes entscheiden würden als bei den Wahlen ins Abgeordnetenhaus. Im Moment der Wahlen ins EP waren die WählerInnen mit der Regierung von Vladimír Špidla unzufrieden. Wenn man sich die Forschung der Parteienpräferenzen z. B. von der Agentur CVVM aus diesem Zeitraum anschaut, dann stellt man fest, dass die Wahlen ins EP mehr oder weniger den Parteienpräferenzen für die Wahlen ins Abgeordnetenhaus entsprechen. CVVM stellte den Befragten folgende Frage im Juni 2004: *„Wen würden Sie wählen, wenn nächste Woche Wahlen ins PS PČR wären?“* 30,5 % hätten sich im Juni 2004 für die ODS entschieden, 11,5 % ČSSD, 16 % KSČM, 7,5 % KDU-ČSL und jeweils 2 % für die SNK und Unabhängige. Bei den Wahlen ins EP haben 30,04 % die ODS gewählt, 8,78 % ČSSD, 20,26 % KSČM, 9,67 % KDU-ČSL, 11,02 % SNK und 8,18 % die Unabhängige. Die Beteiligung lag bei den Wahlen zum EP bei nur 28,32 %, was im Vergleich zu den Wahlen ins Abgeordnetenhaus sehr wenig ist. Laut Umfragen der CVVM (Juni 2004) kamen die RespondentInnen hauptsächlich aufgrund vom Überdruß an und der Unzufriedenheit mit der Politik nicht zur Wahl ins EP. Im Weiteren wussten sie nicht, wen sie wählen sollten, oder sie waren an der Politik im Allgemeinen aber auch an der EU und dem EP nicht interessiert. Das Desinteresse für die Wahlen und die Unzufriedenheit mit der Politik der ČSSD

ermöglichte es der kleineren Partei SNK und den Unabhängigen zu gewinnen und die ČSSD verlor somit die Stimmen. Noch dazu entschieden sich die WählerInnen bei dieser Wahl nicht nur aufgrund der Parteienpräferenz, sondern auch aufgrund der Persönlichkeit der Kandidaten. Laut CVVM (Umfrage aus Mai 2004) waren für 45 % der Befragten die Partei und die Persönlichkeit der Kandidaten, für 26 % nur die Persönlichkeit und für 22 % nur die Partei wichtig. Die ČSSD setzte auf die Spitze der Kandidatenliste Libor Rouček, der im Vergleich zu Jan Zahradil (ODS) oder Miloslav Ransdorf (KSČM) kein charismatischer Kandidat war.

Am 18. Juni 2004 wurde durch den Europäischen Rat der Vertrag über die Verfassung für Europa in Brüssel verabschiedet. Der Ministerpräsident Vladimír Špidla und der Minister des Äußeren Cyril Svoboda, die bei diesem Treffen der Europäischen Union in Brüssel präsent waren, bezeichneten diese Antragsannahme als einen großen Erfolg für die Europäische Union und die Tschechische Republik. Mit dem Enthusiasmus der Regierung war die Opposition (ODS, KSČM) nicht einverstanden (Vgl. Müller 2004: 49).

Vladimír Špidla trat im Sommer 2004 als Ministerpräsident zurück. Zum Ministerpräsidenten wurde Stanislav Gross gewählt und Vladimír Špidla wurde für den Posten des Eurokommissars nominiert. Bis zu dem Mandatsanfang der neuen Kommission, d.h. bis zum 1. November 2004, war Pavel Telička Kommissar. In der neuen Kommission war Vladimír Špidla für das Ressort „Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit“ zuständig.

Im Juni 2004 wurde Miroslav Ouzký, der MEP der ODS, von der Europäischen Volkspartei (EVP-ED) als einer der 14 Vizepräsidenten des EP gewählt.

Stanislav Gross war nicht lange an der Spitze der Regierung, wegen einer Affäre rund um seine Finanzen trat er im April 2005 zurück, Jiří Paroubek wurde zum Ministerpräsidenten gewählt.

3.1.7 Wahlerfolg der ODS nach 10 Jahren (2006-2009)

Nach dem Sieg im Jahr 2006 kam ODS an die Spitze der Regierung. Trotz der Pattsituation (das rechte sowie das linke Lager erhielten jeweils 100 Mandate) wurde die Regierung in die Koalition ODS, KDU-ČSL und SZ mit der Unterstützung von zwei Abgeordneten der ČSSD gestellt.

Am 21. Dezember 2007 tritt die Tschechische Republik dem Schengen-Raum bei. Dies führt zur Abschaffung der Grenzkontrollen, da die ČR nur an Staaten des Schengen-Raumes grenzt.

2008 wurde Václav Klaus erneut zum Präsidenten gewählt. Immerhin entfernte sich Václav Klaus (2008) von der von ihm gegründeten ODS mittlerweile soweit, dass er seinen Ehrenvorsitz der ODS im Dezember 2008 niederlegte.

Am 1. Jänner 2009 übernahm die Tschechische Republik unter dem Ministerpräsidenten Mirek Topolánek die EU-Ratspräsidentschaft für sechs Monate. Mirek Topolánek musste seinen politischen Diskurs den Forderungen seiner euroenthusiastischen Koalitionspartner anpassen und entgegen des Drucks aus den eigenen Reihen seinen europapolitischen Kurs verschiedenen Sachzwängen unterordnen. Die politischen Sachzwänge machten dem Ministerpräsidenten in den letzten Jahren innerhalb der eigenen Partei viele Feinde. Verantwortlich hierfür war vor allem sein allzu pragmatischer Kurs mit der Unterzeichnung des Reformvertrags und seine Bemühungen einer konstruktiven EU-Ratspräsidentschaft, die zum Teil seinen euroenthusiastischen Koalitionspartnern geschuldet waren. Das Misstrauensvotum vom 24. März 2009, bei dem auch Abgeordneten aus der eigenen Koalition gegen den ODS-Ministerpräsidenten votierten, hatte zwar primär innenpolitische Gründe als Auslöser, für das Misstrauen gegenüber Topolánek spielten aber die unterschiedlichen europapolitischen Positionen der ODS und ihrer Koalitionspartner sicherlich auch eine gewisse Rolle (vgl. Ilgenfritz 2009).

In dieser Zeit wurde der Vertrag von Lissabon behandelt. Eine Ablehnung dieses Vertrags konnte einerseits das Kabinett von Mirek Topolánek gefährden und andererseits konnte negative Konsequenzen auf die kommende EU-Ratspräsidentschaft der ČR haben. Nichtsdestotrotz, ein Teil der ODS kämpfte gegen den Vertrag von Lissabon und verzögerte somit den Ratifikationsprozess. Während der EU-Ratspräsidentschaft der ČR wurde der Vertrag von beiden Kammern des Parlaments der ČR bewilligt. Nur ein sehr kleiner Teil der politischen Elite, mit Václav Klaus an der Spitze, und ein paar Senatoren, die ihm treu waren, bemühte sich weiterhin intensiv, den Abschluss des tschechischen Ratifikationsprozesses zu verzögern. Sie kritisierten hauptsächlich die Einbeziehung der Charta für Grundrechte in den Vertrag und den Machtzuwachs des Europäischen Parlaments und bevorzugten eine „Europa der Demokratien“ – eine eher intergovernmentale Form der Zusammenarbeit (vgl. Kratochvíl/Königová 2005: 24-41. In Braun 2009: 4).

3.1.8 Jan Fischer und seine technokratische Übergangsregierung (2009-2010)

Am 8. Mai 2009 übernahmen die unabhängigen ExpertInnen unter der Führung von Jan Fischer die Regierung und somit auch die EU-Ratspräsidentschaft.

In der Zeit der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft fanden zwischen 5. und 6. Juni 2009 Wahlen ins EP, für die ČR zum zweiten Mal, statt. In dieser Wahl haben folgende Parteien – ODS (9), ČSSD (7), KSČM (4) und KDU-ČSL (2) – Mandate erhalten. Zur Wahlen kamen 28,22 % der Wahlberechtigten. Diese EP-Wahlen entsprachen auch mehr oder weniger den Parteienpräferenzen in diesem Zeitraum. Wenn es Wahlen ins Abgeordnetenhaus gäbe, würden die RespondentInnen, laut der Forschung von CVVM vom Juni 2009 wie folgt wählen: ODS hätten 24 % der RespondentInnen gewählt, 21 % ČSSD, 11 % KSČM und 4,5 % KDU-ČSL.

Im Oktober 2009 wurde der Vertrag von Lissabon ratifiziert, nach dem der tschechische Präsident, Václav Klaus, als letzter von allen VertreterInnen der 27 Mitgliedstaaten den Vertrag unterschrieb. Václav Klaus weigerte sich lange Zeit zu handeln, verhandelte und stellte Bedingungen. Er war der Meinung, dass die vertriebenen Sudetendeutschen aufgrund von der Charta der Grundrechte der Europäischen Union die Rückgabe des damaligen Eigentums verlangen konnten. Die Europäische Union ging auf ihn bezüglich Beneš-Dekrete zu und die ČR bekam eine Ausnahme („Opt-Out“) aus diesem Dokument

3.1.9 ODS, TOP09, VV (2010-)

Bei den jüngsten Wahlen ins Abgeordnetenhaus am 28.-29. Mai 2010 kam es zu einem Wendepunkt des bis dahin eher konsolidierten tschechischen Parteiensystems, da zwei neue politischen Parteien – TOP09 und Věci Veřejné (VV) – mehrere Mandate gewannen und gleichzeitig mit der ODS eine Koalition gründeten. Trotz des Gewinns der ČSSD, gelang es dieser Partei nicht, eine Koalition zu bilden.

Mit dem 1. Mai 2011 wurde die Arbeitnehmerfreizügigkeitsregelung abgeschafft und somit haben die tschechischen BürgerInnen die Möglichkeit in den anderen Mitgliedstaaten der EU zu arbeiten.

3.2 Die „eurorealistische“ ODS – Die Frage der Selbstbezeichnung

Die ODS kann man als rechte, liberal-konservative Formation mit relativ breitem Koalitionspotenzial bezeichnen, was auf der nationalen Ebene die Bildung der Mitte-Rechts-Regierungen mit z.B. KDU-ČSL und US zeigt. Eher als Ausnahme, die die Regel bestätigt, könnte man die Zusammenarbeit der ODS mit ČSSD (Oppositionsvertrag 1998-2002) bezeichnen. Die ODS ist für eine möglichst freie Marktwirtschaft. Außenpolitisch vertritt die ODS stark die nationalen Interessen des Staates demzufolge sie dem Prozess der europäischen Integration eher kritisch gegenübersteht. Diese Haltung hat sich im Laufe ihrer Existenz präzisiert und nach ihrer Position im Parlament – Regierung oder Opposition – war sie stärker oder schwächer vertreten. Vom Anfang an wurde die Mitgliedschaft der ČR in der EU unterstützt, eine weitere Vertiefung der europäischen Integration an sich wurde aufgrund von mehreren Aspekten (wie z. B. Supranationalismus) kritisiert.

Zu der StammwählerInnenschaft der ODS gehören eher StudentInnen und jüngere Personen im Alter von 25 bis 45 Jahren mit einem Hochschulabschluss, die sich selbst als Personen mit einem guten Lebensniveau bezeichnen. Sie sind ökonomisch sehr aktiv und sind vor allem als UnternehmerInnen, Gewerbetreibende, Angestellte von Banken und Versicherungen und in den Führungspositionen mit überdurchschnittlichem Einkommen beschäftigt. Das Bruttomonatseinkommen beträgt bei der Mehrheit ihrer WählerInnen mindestens 15 000 Kronen. Diese Personen sind sehr euroenthusiastisch, was man als ein Paradox bezeichnen kann, wenn die ODS eine kritische Haltung der EU gegenüber nimmt.

In diesem Teil der Arbeit wird erstens die Demokratische Bürgerpartei kurz vorgestellt und zweitens die Wahlprogramme der ODS ins Abgeordnetenhaus analysiert. Abschließend wird der Grad des Euroskeptizismus bei der ODS dargestellt und mit anderen politischen Parteien der Tschechischen Republik verglichen.

3.2.1 Geschichte der ODS

Die Demokratische Bürgerpartei hat ihren Ursprung im Bürgerforum, welches am 19. November 1989 als ein politisches Organ nach der Samtenen Revolution entstand und für welches die interne Heterogenität typisch war, da die Mitglieder BefürworterInnen unterschiedlicher ideologischen Strömungen waren. Im Rahmen des OF wirkten

nämlich 14 weitere Parteien und Bewegungen mit, die unterschiedliche Vorstellungen über den zukünftigen Kurs des Landes nach dem Zerfall des totalitären Regimes hatten. Die Konflikte innerhalb des OF führten zu dessen Zerfall. Für die Entwicklung des OF war auch die Wahl ihres Vorsitzenden im Oktober 1990 von Bedeutung. Der Vorsitzende wurde der Vertreter der liberal-konservativen Strömung Václav Klaus, der auch hinter dem Zerfall des OF stand. Aufgrund der Verträge von Lány formierten sich aus dem OF offiziell am 23. Februar 1991 u. a. die ODS, die am 18. März 1991 amtlich registriert wurde. Am 20. und 21. April 1991 fand ihr konstituierender Parteitag statt, wo die Parteisatzung sowie das Parteiprogramm „Der Weg zur Prosperität“ verabschiedet und die Parteiführung gewählt wurden. Vorsitzender wurde Václav Klaus, der als Gründervater dieser Partei gilt.

Seit der Gründung hat die ODS eine führende Position auf der rechten Seite des tschechischen parteipolitischen Spektrums, was sie auch immer wieder in den Wahlkämpfen zeigt. Nach der Wahl 1992 führte sie die Regierung bis zu der Wende der Jahren 1997/1998. Im Herbst 1997 versuchte ein Teil der Partei, an der Spitze mit Jan Ruml und Ivan Pilip, die damalige Parteiführung und vor allem ihren Vorsitzenden Václav Klaus, der in der ODS sehr starke Position hatte, zu stürzen. Nach dem fehlgeschlagenen Versuch, die Führung zu wechseln, traten ein paar Mitglieder aus der Partei aus und gründeten eine neue Partei, die Freiheitsunion¹⁹ (US). Bis zum Jahr 2006 war die ODS in der Opposition, da sie es nicht schaffte, bei den Wahlen im Jahr 1998 und 2002, die WählerInnen auf ihre Seite zu gewinnen. Sehr erfolgreich waren wiederum die Präsidentenwahlen im Jahr 2003, als Václav Klaus, der Gründer und der lebenslange Vorsitzende der ODS, zum Präsidenten gewählt wurde.

Die ersten Wahlen ins Europäische Parlament im Jahr 2004 waren für die ODS auch sehr erfolgreich, da die Partei die meisten Stimmen erhielt. Genau handelte sich um 9 von 24 Mandaten. Die ODS-VertreterInnen schlossen sich der Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten (EEP-ED) an.

Erfolgreich waren auch die Wahlen ins Abgeordnetenhaus im Jahr 2006, als die ODS wieder an die Regierungsmacht kam. Seit dem Jahr 2006 war die ODS mit zwei euroenthusiastischen Parteien, der KDU-ČSL und den Grünen in der Regierung. Während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft im März 2009 wurde der Regierung unter der Führung von Mirek Topolánek ein Misstrauensvotum ausgesprochen.

¹⁹ US wurde offiziell am 22. Jänner 1998 registriert und im Vergleich zu ODS vertrat sie eine positive Einstellung zu der europäischen Integration. Nach dem Misserfolg bei den Wahlen ins Abgeordnetenhaus 2006 ging die US am 1. Jänner 2011 formell zugrunde.

Nichtsdestotrotz ist es der ODS gelungen, bei den zweiten Wahlen ins EP im Juni 2009 die meisten Mandate (9 von 22) zu gewinnen. In Folge dieser Wahl wurde die Fraktion „Europäische Konservative und Reformisten“ (ECR) von der britischen Konservativen Partei (aus dem Engl. *Conservative Party*), der ODS, der polnischen PiS (Recht und Gerechtigkeit, aus dem Poln. *Prawo i Sprawiedliwość*) und anderen kleineren Parteien gegründet. Es handelt sich um eine konservative, „eurorealistische“ und anti-föderalistische Fraktion der EU-Reformisten. Am 8. März 2011 wurde der ODS-Vertreter Jan Zahradil zum Vorsitzenden der ECR-Gruppe im Europäischen Parlament gewählt.

Trotz dem Gewinn der ČSSD bei den letzten Wahlen ins Abgeordnetenhaus im Mai 2010 gelang es der ODS unter der Führung von Petr Nečas, eine Regierungskoalition mit zwei neu entstandenen Parteien – TOP09 und VV – zu bilden.

3.2.2 Analyse der Wahlprogramme

Dieses Kapitel beschäftigt sich näher mit der Analyse der Wahlprogramme. Dabei handelt es sich um eine komparativ-qualitative Inhaltsanalyse (eine sozialwissenschaftliche Textanalysemethode, die in den 1980er Jahren von Philipp Mayring (2003) entwickelt wurde) der kurzfristigen Wahlprogramme, die die Demokratische Bürgerpartei zu den Wahlen ins Abgeordnetenhaus in den Jahren 1992-2010 vorlegte. Die Wahlprogramme werden nach den Phasen unterschieden, in denen sich die ODS an der Regierung oder in der Opposition befand. Erste Phase ist 1992-1997 als die ODS an der Macht war, zweite Phase 1998-2006 als die ODS in die Opposition gelang und nach 2006/2010 als die ODS wieder die Regierung bildete. Bei dieser Methode wurde das gesamte Material (6 Wahlprogramme) nur auf die Passagen reduziert, die irgendwelchen Bezug zu der europäischen Integration haben. Die wichtigsten Aussagen werden in den folgenden Abschnitten dargestellt und im nächsten Unterkapitel zusammengefasst. Einzelne Textstellen werden dann thematisiert, je nachdem, ob es sich um wirtschaftliche, kulturelle oder institutionelle Kritikpunkte der EU handelt. Aufgrund der Typologie von Szczerbiak und Taggart wird dann untersucht, ob es sich bei der ODS um eine eindeutig hart-/weich-euroskeptische oder euroenthusiastische Partei handelt, oder ob es zu einer Veränderung der Einstellung der ODS zur europäischen Integration in dem Betrachtungszeitraum kam, und es wird versucht festzustellen, was die Gründe dafür sind.

1992-1997

Die ODS nahm an den Wahlen ins Abgeordnetenhaus zum ersten Mal im Jahr 1992 teil. Für diese Wahl stellte sie das Wahlprogramm „Freiheit und Prosperität“ vor, in dem als unmittelbares und wichtigstes Ziel der Rückkehr zur Demokratie, nach Europa war. Die Stellungnahme zu der europäischen Integration wurde vor allem im Kapitel „Außenpolitik“ angesprochen. Unter der Rückkehr nach Westeuropa wird die Rückkehr zu eigenen demokratischen Traditionen der ersten Tschechoslowakischen Republik verstanden. Der Weg nach Europa ist ein Weg nach Hause. ČSFR ist ein neuer Staat, dem es gelang, manche wichtige Verknüpfungen mit Europa und der Welt wieder neu zu schaffen, unter anderem auch durch die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommen, wodurch sich die ČSFR an die EG band. ČSFR spielt wieder eine Rolle eines souveränen Staates (...), der nach einer Aufnahme in den Europäischen Gemeinschaften, nach einer Rückkehr zu traditionellen europäischen Demokratien strebt. Es ist der einzige Weg, der zur längerfristigen Stabilität der national-politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitssituation führt. Im Rahmen der Außenpolitik strebt die ODS nach einer möglichst schnellen politischen, verteidigenden, militärischen und wirtschaftlichen Integration mit Westeuropa, nach einer Integration u. a. in die EG.

Das Thema der EG ist bis auf den Teil „Außenpolitik“ quer durch das Wahlprogramm zerstreut. Im Rahmen der Wirtschaft will die ODS die Wirtschaft wiederaufnehmen und das Land zur Prosperität führen. Nur aufgrund so eines Programms kann die ČR auf der Schwelle des nächsten Jahrtausends integralem Bestandteil des westeuropäischen gemeinsamen Marktes werden. In der Landwirtschaft setzt die ODS eine Integration der nationalen Kontrollsysteme mit den Kontrollsystemen der EG-Länder durch, die die Qualität der Produkte kontrollieren. Im Gesundheitswesen, Umwelt, Schulwesen und der Forschung will die ODS die Standards der EG-Länder erreichen, um eine mögliche Zusammenarbeit mit diesen Staaten zu schaffen. In der Umwelt ist jedoch unmöglich, alle Normen dieser Staaten sofort anzunehmen. Die ODS will einen Austausch von SchülerInnen und StudentInnen erleichtern, zukunftsweisend auch im europäischen Rahmen. Für eine Sicherheit der BürgerInnen ist es nötig (...) die schnelle Integration mit der EG zu unterstützen.

Für die ODS ist zwar eine Integration in die EG sehr wichtig, aber erst „auf der Schwelle des nächsten Jahrtausends“. Das Thema der europäischen Integration wird in ihrem Programm nicht detailliert ausgearbeitet. Balík (2006: 163) sagt, dass es sich um eine „embryonale Position“ der ODS handelt. Die ODS lebt noch in der Vorstellung,

52

dass die ČR nur durch die Mitgliedschaft verschiedener Organisationen gleichem Partner der westeuropäischen Staaten wird. Was die EG betrifft, werden vor allem der gemeinsame Markt und die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, Umwelt, Schulwesen und Forschung aufgehoben. Bereits in ihrem ersten Programm betont die ODS die Rolle eines souveränen Staates, die die ČSFR nach der Wende ausüben kann.

Bei den nächsten Wahlen 1996 wurde das Wahlprogramm gleich benannt. In der Präambel steht, dass die Tschechische Republik Assoziierungsmitglied der Europäischen Union mit guter Aussicht auf volle Mitgliedschaft wurde und dass die ODS in der nächsten Legislaturperiode nach einer aktiven Politik gegen die Europäische Union mit dem Ziel eines möglichst schnellen Beitritts streben wird. Eine definitive Verankerung der Tschechischen Republik im westeuropäischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Raum ist für die ČR lebensnotwendig.

Die Stellungnahme zu der europäischen Integration wurde vor allem im Kapitel „Außenpolitik“ ausgearbeitet. Die ČR gehört zu den ersten Kandidaten auf eine volle Mitgliedschaft in der EU, welche (gemeinsam mit NATO) das hauptaußenpolitische Ziel der ODS ist. Die ODS wird solche wirtschaftliche und legislative Schritte durchführen, um ein gleichwertiger Partner zu den anderen EU-Mitgliedstaaten zu werden und wird auch nach einer Eröffnung der konkreten Verhandlungen über volle Mitgliedschaft in allernächster Zeit streben. Die europäische Integration ist ein Perspektivprozess, der den BürgerInnen der EU-Mitgliedstaaten Frieden, Stabilität, Sicherheit, Freiheit und wirtschaftliche Prosperität gewährleistet. Eine aktive Einbindung der ČR in den europäischen Integrationsprozess ist einerseits unter dem Gesichtspunkt der Position der ČR in Europa und andererseits unter dem Gesichtspunkt der zukünftigen europäischen Integration wichtig. Die tschechischen BürgerInnen bekommen durch die EU-Mitgliedschaft der ČR eine gleichberechtigte Position unter anderen BürgerInnen der Mitgliedstaaten und einen verbreiteten Raum für ihre Durchsetzung. Im Rahmen der europäischen Integration bekennt sich die ODS sowohl zur Erweiterung der EU und ihrer Offenheit nach außen, als auch zu einer Vertiefung der politischen Zusammenarbeit und Schaffung eines einheitlichen Innenmarktes innerhalb der EU. Auf der anderen Seite sollte der europäische Integrationsprozess die Vielfältigkeit der Staaten, Nationen und Kulturen nicht unterdrücken. ODS ist davon überzeugt, dass in der Zukunft die Grundsteine der EU die einzelnen Staaten bilden werden und dass die Souveränität und Rechtsgewalt der EU von der Souveränität und Rechtsgewalt der einzelnen Staaten abgeleitet sein wird. Bei der Formulierung und Durchsetzung der

tschechischen Außenpolitik wird die ODS konsequent das tschechische nationale Interesse verteidigen.

Das Thema der europäischen Integration wird auch außerhalb des Kapitels „Außenpolitik“ erwähnt. Dabei handelt es sich vor allem um den Abgleich der tschechischen Gesetze und der Organisationsstruktur mit den europäischen Normen. Die gesetzliche Regelung und vor allem das neue Bürgerliche Gesetzbuch sollen modern, effektiv, demokratisch und in Übereinstimmung mit den EU-Gesetzen sein. Die Mitgliedschaft in der EU wird zu einem offenen Wettbewerb der Arbeitskräfte und des Bildungssystems der einzelnen Länder führen, was die ODS positiv findet.

Auch in diesem Programm wird nach der EU-Mitgliedschaft gestrebt, denn das wird zu einer Stabilität und Prosperität des Landes führen. Das Thema wird weiterhin sehr allgemein aber schon ausführlicher angesprochen. „Eine aktive Einbindung der ČR in der EU ist unter dem Gesichtspunkt (...) der zukünftigen europäischen Integration wichtig.“ Für die ODS ist somit nicht nur die EU-Mitgliedschaft der ČR, sondern auch ihre aktive Teilnahme am Prozess der europäischen Integration wichtig. Erweiterung der EU und Vertiefung der politischen Zusammenarbeit werden zwar unterstützt, jedoch nur unter der Voraussetzung einer Verteidigung des nationalen Interesses. Die nationalen Werte und die nationale Souveränität sind für die ODS bedeutsam. Nicht nur die EU-Mitgliedschaft, sondern auch die Gleichwertigkeit ihrer Mitglieder ist für die ODS ausschlaggebend, denn die ČR soll ein gleichwertiger Partner unter den EU-Mitgliedern sein und die tschechischen BürgerInnen sollen eine gleichberechtigte Position unter anderen EU-BürgerInnen haben. Diese Punkte wurden im Wahlprogramm im Jahr 1992 noch nicht angesprochen.

1998-2006

Im Wahlprogramm „Kopf hoch“ aus dem Jahr 1998 kommt die europäische Thematik wieder hauptsächlich im Kapitel rund um Außenpolitik vor, in dem die ODS ihr Interesse für den EU- Beitritt der ČR wiederholt. Dieses Kapitel wurde „Wir verteidigen das nationale Interesse“ benannt. In diesem Wahlprogramm wurde die eigene Vorstellung über die Gestaltung der EU konkretisiert. Die ODS verteidigt einen „realistischen“ keineswegs einen naiven Zugang zu der europäischen Integration. Die Einflüsse vom Außen sollen die (tschechische) Sicherheit, Stabilität und Prosperität nicht gefährden sondern stärken. Ziel der ODS ist die aktive Teilnahme der ČR am europäischen Integrationsprozess und ein Europa der Nationen, das auf der Basis des freien Marktes, der Partnerschaft, des offenen Wettkampfes, des Schutzes der

Stabilität und der Prosperität gestaltet ist. In diesem Programm findet man sogar die erste Kritik des europäischen Modells des so genannten sozialen Staates, der zu aufwendig und steif ist. Die ODS, wie im Programm erwähnt wurde, steht hinter der Integration des Staates in die EU, denn diese wird einen großen politischen und wirtschaftlichen Bereich für die ČR öffnen, jedoch nicht für deren Verschmelzung in ihr. Sie ist gegen supranationale Strukturen und gegen Europa der Regionen, denn die ODS braucht keine übergeordnete Idee der tschechischen Staatlichkeit. In diesem Dokument wurden die Fragen der unteilbaren Souveränität des Staates, gleicher Bedingungen, Liberalisierung, Deregulierung und des Ausgleichs der europäischen und transatlantischen Richtung der tschechischen Außenpolitik aufgehoben. Die ODS wünscht sich ein Europa, das bereit ist, Reformen durchzuführen.

Da die ČR als Mitgliedstaat der EU gemeinsame Regeln annehmen muss, ist es für sie wichtig, dass die BürgerInnen nicht nur die Vorteile sondern auch die Nachteile der EU-Mitgliedschaft kennen lernen, und aufgrund dieser Kenntnisse sich dann selbst dafür oder dagegen entscheiden können.

Das Thema der europäischen Integration wird in diesem Programm noch im größeren Ausmaß angesprochen, jedoch die ODS geht nicht wirklich ins Detail. Die ODS ist bereit in der EU Reformen durchzuführen, aber um welche Reformen es sich handeln sollte, ist den LeserInnen dieses Textes nicht bekannt. Die Mitgliedschaft ist wie zuvor für die ODS wichtig, jedoch unter gewissen Voraussetzungen, dass der tschechische Staat und seine Souveränität hinter der europäischen Integration „nicht verschmilzt“. Zum ersten Mal wird von der ODS angesprochen, dass die Mitgliedschaft nicht nur Vorteile sondern auch Nachteile mit sich bringen wird. Aber auch hier werden keine weiteren Informationen geliefert, was genau die Nach-/Vorteile für die ČR sind. „Die BürgerInnen können selbst entscheiden, ob sie für oder gegen die EU-Mitgliedschaft sind.“ Dies deutet erstens auf eine gewisse Distanz zwischen der ODS und ihren WählerInnen und zweitens auf eine mögliche Volksabstimmung hin, denn nur bei dieser hätten die BürgerInnen selbst die Möglichkeit über die EU-Mitgliedschaft der ČR zu entscheiden und die ODS würde nicht als Repräsentant ihrer WählerInnen da stehen.

Im Wahlprogramm „Die Zehn Wahlgebote“ für den Wahlkampf im Jahr 2002 widmet die ODS der europäischen Integration ein spezielles Kapitel „ODS wählt EU“, im Weiteren kommt dieses Thema auch im Kapitel „ODS wählt nationale Interessen“ vor. Die ODS spricht sich weiterhin für den möglichst frühen Beitritt der Tschechischen

Republik zur EU aus. Die ODS sieht die EU „realistisch“ – als eine Mischung von Liberalisierungs- und Regulierungselementen, von zwischenstaatlicher und supranationaler Art und Weise der Entscheidungen und von Zusammenarbeit aber auch unversöhnlichen Interessenskonflikten. Die ODS drückt die Absicht aus, sich an der Tätigkeit des Konvents über die zukünftige Gestaltung der EU zu beteiligen, denn nur dadurch kann man eigene Vorstellung über die zukünftige europäische Integration durchsetzen. Die ODS kritisiert die nationale euroenthusiastische Debatte über die Gestaltung der EU und Bedingungen, die die gegenwärtige Regierung mit der EU auf Kosten des tschechischen Interesses aushandelte. Die ODS schätzt an der EU den freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Die ODS lehnt den Superstaat der Föderalisten, die Stärkung der Kompetenzen der Europäischen Kommission und des EP, die Einführung einer Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit und die Vereinheitlichung der Steuersätze und der Sozial-, Pensions- und Gesundheitssysteme ab. Bei der Abstimmung im Rat der EU sollte man Vetorecht in den Schlüsselfragen der nationalen Souveränität erhalten. Alle Mitgliedstaaten der EU sollten gleichwertig sein. Die EU wird von der ODS als Mittel zur Durchsetzung eigener Ziele und nationales Interesses verstanden. Bei den Abschlussverhandlungen ist es wichtig im Interesse der tschechischen BürgerInnen zu handeln. Die ODS will Garantien, dass die Beneš-Dekrete und die Nachkriegsordnung auch nach dem EU-Beitritt unveränderlich sind. Der Beitritt der ČR zur EU ist ein sehr empfindlicher Moment für die tschechische Geschichte, weil man vor hat, auf einen nicht unbedeutenden Teil der nationalen Souveränität freiwillig zu verzichten. Die Übernahme des Euros als Währung findet die ODS vorzeitig. Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ist wichtig, darf aber nicht auf Kosten der NATO sein.

In diesem Wahlprogramm behandelt die ODS das Thema der europäischen Integration sehr ausführlich. In Bezug auf den Faktor des Beitritts und der Annahme der Mitverantwortung der ČR im Rahmen der EU, konzentriert sich die ODS auf die Artikulation der einzelnen konkreten und praktischen Probleme der Integrationsentwicklung und deren Einfluss auf die ČR als Mitgliedsstaat der EU. Man bekommt eine klare Vorstellung, was die ODS in Bezug auf einzelne Teilaspekte der europäischen Integration (durchsetzen) will. Die Frage der Souveränität spielt auch hier eine große jedoch im Vergleich zum vorrigen Programm eher gemäßigte Rolle, da die ODS „freiwillig“ auf einen signifikanten Teil der nationalen Souveränität im Rahmen des EU-Beitritts verzichten wird. Die ODS, als eine Oppositionspartei, hat die

Möglichkeit die Regierung wegen den Bedingungen zu kritisieren, die sie auf der europäischen Ebene aushandelte. Die Mitgliedschaft der ČR in der EU ist wichtig, aber mit einem „Aber“.

2006-2010

„Gemeinsam für ein besseres Leben“, so hieß das Wahlprogramm der ODS im Jahr 2006. In diesem Wahlprogramm ist die EU wiederum ein Teil der Außenpolitik „PLUS für die tschechische Außenpolitik“, jedoch beeinflusst das Thema der EU auch die Gestaltung der weiteren Kapitel (wie z. B. die Unterkapitel „EU und Verkehr“, „Europäisches Recht“, „Einstellung zu der Gemeinsamen Landwirtschaftspolitik der EU“). Bereits im Vorwort erwähnt Mirek Topolánek, der damalige Parteivorsitzende, dass die ČR dank der EU-Mitgliedschaft einen Aufschwung nimmt, dass der Beitritt in die EU zur Konjunktur und Exportzuwachs führte und dass die Firmen prosperieren. Der Beitritt der ČR zur EU war ein strategisches Ziel der ODS aus ökonomischen aber auch politischen Gründen und entsprach sogar der überwältigenden Mehrheit der WählerInnen der ODS. Der Kernpunkt der europäischen Integration bleibt für die ODS weiterhin der einheitliche europäische Markt. Was das Arbeitsgesetzbuch betrifft, respektiert die ODS die Richtlinien der EU. Die Medikamentenpolitik muss in Übereinstimmung mit den Forderungen der EU sein. Im Rahmen der europäischen Verkehrspolitik will sich die ODS auf eine größere Zusammenarbeit orientieren. Das Leitmotiv unterschiedlicher Kapitel wurden die Bemühungen um die Benutzung der Mittel aus den Strukturfonds der EU. Die ČR soll ein loyaler Mitglied sein, jedoch immer die tschechischen Nationalinteresse wahren. Die ODS ist gegen Harmonisierung der Steuer- und Fiskalpolitik, sowie der Sozial-, Pensions- und Gesundheitssysteme, denn diese im Machtbereich der einzelnen nationalen Organen sind. Was das europäische Recht betrifft, will die ODS in Brüssel nur solche europäische Bestimmungen unterstützen, die wirklich erforderlich sind. Sie wird sich bemühen die Legislaturprozesse der EU maximal transparent und der tschechischen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Für die BürgerInnen will die ODS gleiche Bedingungen in der EU aushandeln. In der EU wollen sie die „Diskriminierungsbedingungen“ (z.B. freier Verkehr von ArbeitnehmerInnen und Dienstleistungen, Unterstützung der Landwirte) abschaffen. Die ODS will sich an der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beteiligen, soweit sie den Zielen von NATO entspricht und sich nicht über ihren Rahmen ausdehnt und sie nicht schwächt. Denn einer der grundlegenden Merkmale der staatlichen Souveränität ist die Möglichkeit selbständig die Außenpolitik zu

formulieren. Die gemeinsame europäische Außenpolitik muss weiterhin auf den Prinzipien der Freiwilligkeit und Einstimmigkeit aufgebaut sein. Die Erweiterung der EU wird von der ODS unterstützt. Die ODS ist der Meinung, dass es keine Katastrophe ist, wenn der Vertrag über eine Verfassung für Europa abgelehnt wird.

Die ODS geht auch in diesem Wahlprogramm ziemlich ins Detail und spricht die aktuellen Themen der europäischen Integration an. Die Einstellung zur europäischen Integration änderte sich im Grunde genommen im Vergleich zum vorrigen Wahlprogramm nicht. Die europäische Integration wird im Allgemeinen unterstützt, jedoch sollte man in manchen Bereichen (wie z.B. die Verteidigungspolitik) als ein souveräner Staat und nicht auf Kosten des nationalen Interesses handeln. Im Jahr 1998 wollte sich die ODS von der Entscheidung über den EU-Beitritt distanzieren, 2006 erklärt sie, dass es doch ihr „strategisches Ziel“ war, der EU beizutreten und dass vor allem ihre WählerInnen dazu beitrugen. In diesem Fall will sich die ODS ihren WählerInnen wiederum annähern.

Bei den letzten Wahlen, die Ende Mai 2010 stattfanden, stellte die ODS das Wahlprogramm „Visionen 2010“ vor. Die EU bildet einen Bestandteil des gesamten Wahlprogramms. Vor allem kann man das Thema der europäischen Integration im Kapitel „Außenbeziehungen“ finden. Die europäische Integration wird weiterhin im Allgemeinen als Mittel zur Durchsetzung nationaler Interessen verstanden. Die ODS hatte, hat und wird Interesse für eine qualitative und effektive EU haben. Die EU wird als ein wichtiger Pfeiler der internationalen Stellung der ČR verstanden. Die EU ist ein Weg zur wirtschaftlichen Prosperität aber auch eine Plattform für das Definieren der gemeinsamen Interessen der europäischen demokratischen Staaten. Die EU soll jedoch zu ihren Wurzeln kehren. Denn die föderalistische Tendenzen, überflüssige Regelungen, Bemühungen um eine Steuerharmonisierung oder gemeinsame Immigrationspolitik werden negative Wirkungen auf ihre BürgerInnen haben. Die EU soll somit eine zwischenstaatliche Kooperation im Rahmen eines einzelnen Marktbereich ohne Barrieren, mit einem freien Verkehr von Personen, Güter und Kapital darstellen. Weiterhin sollte man die Mittel aus den Fonds der EU im vollen Ausmaß nutzen. Die ODS will, dass die energetische Sicherheit einer der Prioritäten der EU bleibt, und will eine höhere Ebene der Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstaaten in Krisensituationen erzielen und weiterhin einen gemeinsamen energetischen Markt der EU bilden. Die Bürokratie und die Verwaltung auf dem EU-Niveau sollen dienen und nicht stören. Die Gesetzesvorschriften sollte man überprüfen, damit sie einfach, übersichtlich und verständlich sind. Die Maßnahmen und Regelungen der EU sollen zu

keiner Beschränkung der tschechischen Unternehmenssubjekte führen. Die ODS ist gegen weitere Übertragung der Kompetenzen nach Brüssel und will somit eine effektive Kontrolle der geplanten europäischen Legislatur gewährleisten. Weiterhin wird die ungerechte Ausrechnung der Zuführungsunterstützung für die Landwirte betont und ihre notwendige Veränderung. Die neuen wie die alten Mitgliedstaaten der EU sollen vor allem im Rahmen der Landwirtschaftspolitik gleich behandelt werden. Die spezifischen Entlastungen, Ausnahmen und Maßnahmen, die die ursprünglichen Mitgliedstaaten (EU-15) begünstigen, sollen abgeschafft werden. Der Agrarhandel auf der EU-Ebene sollte minimal beschränkt und reguliert, und weiterhin liberalisiert sein. Die ODS unterstützt eine weitere Erweiterung der EU um die Staaten des Westbalkans und um die Türkei. Mitglied der Eurozone könnte die ČR laut ODS theoretisch im Jahr 2015 werden. Die Vorteile der Übernahme des Euros müssen jedoch ihre Nachteile überwiegen. Im Rahmen der Verteidigungspolitik will die ODS nicht nur die Beziehungen mit NATO sondern auch mit der EU pflegen. NATO bleibt weiterhin ihr grundlegender Verteidigungspartner, denn das Aufbauen der eigenen Verteidigungsstrukturen der EU soll die Allianz nicht schwächen.

Die ODS beschreibt hier sehr detailliert ihre Stellungnahme zu unterschiedlichen Aspekten der europäischen Integration. Sie ist gegen europäischen Föderalismus, mangelhafte demokratische Mechanismen, Handelsprotektionismus, aufwändige Landwirtschaftspolitik, demografische Dämpfung und legale aber auch illegale Migration. Aufgrund dieser Kritikpunkte sollte die EU „zu ihren Wurzeln kehren“. Es gibt aber manche Bereiche (wie z.B. die Energiepolitik), wo man nach einer engeren Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten streben sollte. Im Vergleich zu den anderen Wahlprogrammen wird in diesem das Thema der Übernahme des Euros präzisiert. Zum ersten Mal sprach die ODS dieses Thema im Wahlprogramm aus dem Jahr 2002 an. Damals fand sie die Übernahme des Euro vorzeitig. Im Jahr 2006 wurde das Thema überhaupt nicht angesprochen und aufgrund vom Wahlprogramm aus dem Jahr 2010 könnte die ČR den Euro theoretisch im Jahr 2015 annehmen. Die ODS würde zwar den Euro nur im Fall vorteilhafter Bedingungen für die Tschechische Republik annehmen, jedoch ist sie nicht dagegen.

3.2.3 Fazit

Die ODS kann man aufgrund der Analyse und der Typologie von Szczerbiak und Taggart als eine politische Partei mit weich-euroskeptischen Elementen einschätzen. Sie unterstützt die Mitgliedschaft der ČR in der Europäischen Union und betont ihre

wirtschaftlichen und intergouvernementale Aspekte. Sie ist jedoch gegen die politischen und supranationalistischen Aspekte der EU und gegen Regulierung des Marktes. Sie will die tschechische Kultur und Nation trotz der Europäischen Union weiterfördern. Der tschechische Staat mit seiner Souveränität ist für die ODS sehr wichtig. Das tschechische Interesse muss man auf der europäischen Ebene versuchen durchzusetzen.

Die Dimension der Außenpolitik der ODS profilierte sich auf einigen konkreten Gebieten, besonders dann in der Problematik der europäischen Integration. Ihre Auftritte zogen auf diesem Gebiet eine gewisse Veränderung durch. Während sich die Partei zu Beginn ihrer Existenz als eindeutiger Befürworter der europäischen Integration und der Eingliederung der ČR in die EU präsentierte, kam es unter dem Einfluss einer ablehnenden Haltung von Václav Klaus gegenüber der gegenwärtigen Gestaltung der EU Schritt für Schritt zu einer Verstärkung der Kritik der EU. Die Partei war (allerdings unter Vorbehalt) mit dem Beitritt der ČR zur EU einverstanden, jedoch gegen manche Aspekte z.B. den Vertrag über die Verfassung für Europa, Supranationalismus.

Über die ODS als eine euroskeptische Partei spricht man erst im Zusammenhang der Ereignisse der Jahre 1997 und 1998. Man könnte mehrere Gründe dafür sehen, wieso diese Partei sich euroskeptisch gerade nach diesen Jahren etablierte.

(1) An der Spitze der ODS war damals Václav Klaus, der sehr starke Position in der ODS hatte (hat) und der für seine Kritik an der europäischen Integration bekannt war (ist). Im Jahr 1998 kam es zur Spaltung der Partei. Die ODS verließen euroenthusiastische PolitikerInnen, die mit den Meinungen der Parteispitze nicht einverstanden waren und die im Nachhinein eine euroenthusiastische Partei (die US) gründeten. Durch dieses Ereignis stand der ODS nichts mehr im Weg, sich euroskeptisch auszudrücken. Der euroskeptische Václav Klaus konnte dank seiner starken Position in der Partei und dank vielen seiner AnhängerInnen und VertreterInnen seiner Meinung die euroskeptischen Einstellungen etablieren.

(2) Im März 1998 fingen die Beitrittsverhandlungen mit der ČR an. Die ČR wurde regelmäßig aufgrund der Screenings von der Europäischen Kommission kritisiert. Die Kritikpunkte waren oft laut ODS nicht angemessen und übertrieben. Die Kritik der ODS wurde noch deutlicher, als die EU verschiedene restriktive Maßnahmen (wie z. B. die Übergangsperiode für den freien Verkehr der Personen) für die neuen Staaten der EU schaffte, was zu einer „zweitrangigen“ Position der neuen Staaten führte. Einen negativen Nachhall hinterließen auch die Verhandlungen rund um Temelín und Beneš-60

Dekrete, die für die ODS integralem Teil des tschechischen Staates sind und die man wegen anderen EU-Staaten nicht auflösen würde.

(3) Nach den Wahlen ins Abgeordnetenhaus im Juni 1998 geriet die ODS in die Opposition. Dazu trug noch die damalige Regierung der ČSSD bei, denn sie war für einen möglichst schnellen Beitritt der ČR in die EU ohne jegliche Vorbehalte oder Bedingungen zu haben. Die ODS kritisierte öfters die Politik der ČSSD, die das nationale Interesse während der Verhandlungen nicht genug verteidigte.

Im Jahr 2006, wenn die ODS wieder an die Macht kam, kann man eine umgekehrte Tendenz beobachten. Die ODS bildete eine Koalition mit zwei euroenthusiastischen Parteien und somit war die Kritik an der europäischen Integration nicht mehr im Vordergrund. Am Anfang des Jahres 2009, als die ČR die EU-Ratspräsidentschaft übernahm, wurde die ODS zum zentralen Akteur auf dem europäischen Niveau, was auch zu einer Degradierung der euroskeptischen Politik der ODS führte. Dies wurde jedoch auch von manchen ODS-VertreterInnen kritisiert. Trotz diesem De-/Gradieren der Einstellungen der ODS zu der Europäischen Union muss man sagen, dass diese Schwankungen immer im Rahmen des weichen Euroskeptizismus sind und dass die ODS, immer die gleichen Werte (stärker oder schwächer) vertritt.

Wenn man die Politik der ODS mit den Gründen für Euroskeptizismus aus dem Kapitel 2.3 dieser Arbeit vergleicht, kommt man zu interessanten Schlussfolgerungen.

(1) Die ODS ist eine liberal-konservative Partei. Somit betont sie die persönliche und wirtschaftliche Freiheit und gleichzeitig die tschechischen Traditionen sowie Familie und Nationalstolz. Aus ideologischen Gründen vertritt sie somit die Liberalisierung der Wirtschaft im Rahmen der Europäischen Union und kritisiert ihre Überregulierung und ihre Supranationalität, die eine Gefahr für die nationale Identität darstellt. Aus strategischen Gründen vertritt sie eine degradierte euroskeptische Position, wenn sie in einer Koalition mit euroenthusiastischen Parteien ist oder wenn sie an der Spitze ist und somit als ein zentraler Akteur auf dem europäischen Niveau handeln kann.

(2) Als eine rechte Partei vertritt sie die individuelle wirtschaftliche Freiheit, da sie aber eine zentristische Partei ist, vertritt sie eine weich-euroskeptische Position, weil sie nur als „Mainstream“ Partei, für die Richtung der europäischen Integration zuständig sein kann und ihre bevorzugte Richtungen auf dem europäischen Niveau gestalten kann.

(3) Sehr interessant ist die Einstellung der ODS zu der europäischen Integration, wenn sie in der Opposition oder in der Regierung ist. Sie de- oder gradiert nämlich ihren weichen Euroskeptizismus je nach ihrer Position im Parlament. Wie schon vorher

erwähnt wurde, ist es wichtig zu betonen, dass man die ODS immer als einen weichen Euroskeptiker bezeichnen sollte.

Wenn man sich die konkreten Kritikpunkte der ODS anschaut, dann ist sie im Rahmen

(1) des wirtschaftlichen Modells für eine individuelle wirtschaftliche Freiheit, eine Liberalisierung der Wirtschaft und gegen Überregulierung,

(2) des kulturellen Modells sieht sie in der Supranationalität der Europäischen Union eine Gefahr für die nationale Identität und Interesse und will durch einen Rücktritt zum Intergovernmentalismus die nationale Souveränität schützen, und

(3) des institutionellen Modells kritisiert sie die Europäische Union, weil sie zu bürokratisch und undemokratisch ist.

3.2.4 Die ODS im Vergleich zu anderen politischen Parteien

Trotz der Begeisterung von der „Rückkehr nach Europa“ war der Prozess der Annäherung der postkommunistischen Länder mit der EG am Anfang sehr vorsichtig und langsam. Sehr interessant ist auch der Fakt, dass die europäischen Fragen relativ lange Zeit keine wichtige Rolle in der Tätigkeit und der Identität der politischen Parteien spielten.

Hauptsächlich seit dem Jahr 1998 brachten sensitive Themen (Temelín, Beneš-Dekrete, Übergangsperiode für den freien Verkehr von ArbeitnehmerInnen) Erregung in die politische Debatte. Ähnliche Themen fanden erhöhte Aufmerksamkeit unter den politischen Eliten. Ergebnis war der Anstieg der Relevanz der europäischen Thematik, die relevante Dimension des politischen Wettbewerbs vorstellte und die zum Profilieren der Parteien führte. Die langen Verfahren vor dem Beitritt zur Europäischen Union führten zu negativen Reaktionen. Mit dem nähernden Termin für den EU-Beitritt und mit der zunehmenden Wahrscheinlichkeit deren Realisation war für den Anstieg des Euroskeptizismus auch der Vergleich zwischen den Vor- und Nachteilen bezüglich der Mitgliedschaft wichtig. Während die Nachteile immer klarer wurden, wurden die Vorteile immer abstrakter (vgl. Kaniok. In Havlík/Kaniok 2006: 23-24).

Mit der zunehmenden Bedeutung der europäischen Thematik findet man in der Tschechischen Republik politische Subjekte, die sich mehr oder weniger als euroskeptisch abzeichnen. Nichtsdestotrotz kann man unter den relevanten politischen Parteien (als solche verstehen wir diejenigen, die mindestens zwei Legislaturperioden im Abgeordnetenhaus vertreten waren) nur zwei politischen Parteien finden, die

Euroskeptizismus aufweisen. Es handelt sich um die weich-euroskeptische ODS (über die wir im Detail in den vorigen Unterkapiteln sprachen) und die hart-euroskeptische KSČM, die man als eine „*Protest-based Party with Euroscepticism*“ auf der Skala der Typologie von Taggart bezeichnen kann. Die KSČM war immer eine euroskeptische Partei, die aufgrund ihrer Ideologie und Parteienposition (Weit-Rechts-Partei in der Opposition) diese Einstellung zu der europäischen Integration hat. Die KSČM war zwar immer im Parlament der ČR vertreten und hat eine stabile WählerInnenschaft, jedoch ist sie für eine Bildung der Koalition mit den anderen Parteien aufgrund ihrer Ideologie uninteressant, denn die anderen relevanten politischen Parteien erklärten sich schon mehrmals gegen eine Koalition mit einer kommunistischen Partei. Alle anderen Parteien – ČSSD, KDU-ČSL und US – sind euroenthusiastisch und ihre Einstellungen zu der europäischen Integration änderten sich im Laufe der letzten 20 Jahren nicht, da sie immer für die Mitgliedschaft und weitere Vertiefungen der europäischen Integration waren. Vergleicht man die potenziellen Parteien für eine Koalition, so steht die ODS mit ihrer euroskeptischen Einstellung alleine da. Sie steht mit ihrer europäischen Politik in einer Opposition zu der ČSSD, KDU-ČSL und anderen kleineren liberalen und rechts-mittleren Parteien (für welche die europäische Politik auch eine Möglichkeit darstellen kann, sich gegen die ODS wesentlich zu profilieren), und im Grunde genommen, nähert sich die europäische Politik der ODS in vielen Bereichen der Einstellung der KSČM.

3.3 Die Volksabstimmung über den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union

Die Volksabstimmungen sind eine der wichtigsten Mittel der direkten Demokratie, gelten weder in dem politischen noch in dem politikwissenschaftlichen Diskurs als unerlässliche Bedingung demokratischer Legitimation der politischen Entscheidungen (vgl. Luthardt 1994. In Fiala/Pitrová 2005: 5). In den letzten Jahrzehnten gibt es in Europa immer mehr Volksabstimmungen, die im Zusammenhang mit der Novellierung der Verträge basierend auf der europäischen Integration und mit dem Prozess der Erweiterung der Europäischen Union stehen. Die so genannten europäischen Volksabstimmungen beschäftigen sich mit Fragen, die sich der üblichen Agenda der politischen Repräsentation des Nationalstaates oft entziehen. Diese Volksabstimmungen hatten im Wesentlichen einen rückwirkenden Einfluss auf die weiteren Entwicklungen des Integrationsprozesses, wie z.B. die Ablehnung des Vertrages über eine Verfassung für Europa in Frankreich und den Niederlanden (Fiala/Pitrová 2005: 6).

Laut Hughes (2002: 346-347) ist die Teilnahme bei einer Volksabstimmung davon abhängig, in wie weit die WählerInnen über das Thema informiert sind. Wenn die WählerInnen fühlen, dass das Thema ein unmittelbares Anliegen für sie ist, gehen sie eher wählen, als diejenigen, die sich ungehindert dazu und uninformatiert darüber fühlen, sie bleiben am Tag der Wahl eher zu Hause. Laut der Meinungsumfragen von Eurobarometer sind die BürgerInnen in MOE-Staaten nicht genug über die Arbeit der EU und über die Auswirkungen der Mitgliedschaft informiert (European Commission 2001). Das Ergebnis einer Volksabstimmung ist von mehreren Faktoren abhängig, die nicht unbedingt mit ihrem Thema per se im Zusammenhang stehen. Bei den WählerInnen, die beschränktes Verständnis zur Europäischen Union haben, können auch Themen, wie die aktuelle Situation auf der politischen Szene, die Folgen der Transformation (z.B. die Transformationsverlierer versus –gewinner) eine Rolle spielen.

In fast allen Staaten werden die Volksabstimmungen von der Regierung oder dem Parlament und nicht von den BürgerInnen initiiert, das heißt, dass die Entscheidung eine Volksabstimmung durchzuführen von den „Mainstream“ Parteien ausgeht. Die meisten Volksabstimmungen finden statt, weil es sich die politischen Parteien so wünschen. Die Volksabstimmungen bieten den Regierungen die Möglichkeit, das eigene Schicksal mit den europäischen Fragen zu verknüpfen, besonders wenn die öffentliche Unterstützung hoch zu sein scheint, oder wenn die Opposition geteilt ist (Hooghe/Marks 2004: 5).

Ziel dieses Kapitels ist es in erster Linie ein formelles Rahmen der Volksabstimmung in der Tschechischen Republik zu gewähren und in zweiter Linie die Einstellung der politischen Parteien und relevanten Interessensgruppen und die gesamte Atmosphäre der innenpolitischen Diskussion in der politischen Kultur der Tschechischen Republik darzustellen. Die Entwicklung der öffentlichen Meinung zum und die Volksabstimmung über den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union an sich wird erst in dem 4. Kapitel angesprochen.

3.3.1 Rechtliches Rahmen der Volksabstimmung in ČR

Aufgrund der Verfassungsbestimmung des Art. 2 Abs. 2 VfG 1/1993 kann nur ein „Verfassungsgesetz bestimmen, wann das Volk die Staatsgewalt direkt ausübt“.²⁰ Die ČSSD legte bereits 1995 einen Entwurf des Verfassungsgesetzes über die Volksabstimmung vor, jedoch wurde dieser vom Parlament nicht gebilligt. Auch spätere Versuche, ein allgemeines Volksabstimmungsgesetz im Parlament durchzusetzen,

²⁰ Siehe Verfassung der Tschechischen Republik unter: Parlament České republiky, Poslanecká sněmovna. URL: <http://www.psp.cz/docs/laws/constitution.html>.

scheiterten. Eine allgemeine Volksabstimmung wurde hauptsächlich von der ČSSD, KSČM und KDU-ČSL unterstützt, dagegen waren die ODS und ODA. Vor dem EU-Beitritt wurden im Parlament der ČR lange Debatten darüber geführt. Nach monatelangen Verhandlungen wurde entschieden, dass ein extra Verfassungsgesetz 515/2002 „über die Volksabstimmung über den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union und über die Änderung des Verfassungsgesetzes 1/1993“ nur in Bezug zum Beitritt der ČR zur EU vereinbart wird. Dieses Ad-hoc-Gesetz wurde am 12. November 2002 bewilligt.

Die Volksabstimmung musste der tschechische Präsident bis zu 30 Tagen nach der Unterzeichnung des Vertrages über den Beitritt der ČR zur EU erklären. Das Verfassungsgesetz über die eigentliche Abstimmung verabschiedete das Parlament am 17. April 2003. Das Wahlrecht hatten alle BürgerInnen der Tschechischen Republik, die an dem Tag der Volksabstimmung das 18. Lebensjahr vollendeten. AuslandtschechInnen waren nicht stimmberechtigt. In der tschechischen Volksabstimmung handelte sich um eine obligatorische Ratifikationsvolksabstimmung mit der Verbindlichkeit seines Ergebnisses. Das heißt, dass diese Volksabstimmung stattfinden musste, dass das Ergebnis, bejahend oder verneinend, verbindlich war und dass die BürgerInnen alleine über den EU-Beitritt und somit auch über die Annahme der Verbindlichkeiten entscheiden.

Durch das Gesetz festgelegte Frage lautete: „Sind Sie einverstanden, dass die Tschechische Republik Mitgliedstaat der Europäischen Union gemäß dem Beitrittsvertrag zwischen der Europäischen Union und der Tschechischen Republik wird?“. Die WählerInnen konnten auf diese Frage mit einem „Ja“ oder „Nein“ antworten. Der EU-Beitritt der ČR ist verabschiedet, wenn eine absolute Mehrheit der Abstimmenden auf die Frage für die Volksabstimmung bejahend antwortet. In diesem Ad-hoc-Gesetz ist kein minimales Quorum verankert. Im Vergleich zu den Nachbarstaaten, in Polen und in der Slowakei, mussten mindestens 50 % der Wahlberechtigten zu der Volksabstimmung kommen, damit das Ergebnis gilt. Im Fall einer Missbilligung des Beitritts der ČR zur EU in der Volksabstimmung kann erst nach zwei Jahren eine neue Volksabstimmung stattfinden, unter der Voraussetzung, dass die Regierung, insgesamt mindestens 2/5 der Abgeordneten oder insgesamt mindestens 2/5 der Senatoren einen Antrag stellen.

3.3.2 Die Kampagne zur Volksabstimmung

Bei der Volksabstimmung und der Vorkampagne über den Beitritt der ČR zur EU mischten viele Akteure mit, zu denen politische Parteien, die Gesellschaftselite, manche wirtschaftliche Subjekte, Think-Tanks, eine Reihe an Interessensvereinigungen, die Europäische Union und die Medien, die eine große Rolle spielten, zählen. Unter allen Akteuren dominierte die Regierung eindeutig (Vilímek 2005: 160).

Die Kampagne der Regierung – überzeugend oder informierend?

Im Jahr 2002 gewan die euroenthusiastische ČSSD die Wahlen ins Abgeordnetenhaus, die mit der KDU-ČSL und der US eine euroenthusiastische Regierung bildete. Bereits ein paar Jahre vor dem EU-Beitritt fing das tschechische Außenministerium an, verschiedene Artikel/Buchtitel herauszugeben, die über die EU informierten. Schritt für Schritt wurden einzelne Regional-europäische Informationszentren gegründet. Mit der finanziellen Unterstützung der PHARE wurden der Server Euroskop.cz und im Oktober 2001 die EUROLINKA (eine gratis Telefonlinie vermittelnde Informationen über die EU) gegründet. Am Ende des Jahres 2002 öffnete das MZV ein Projekt „Mit den BürgerInnen der Tschechischen Republik in die Europäische Union“, im Rahmen dessen sich verschiedene NGOs um eine finanzielle Unterstützung für die Realisation von Projekten, die über die EU informieren würden, bewerben konnten. Die gesamte Kampagne kostete 200 Millionen CZK. 40-45 % davon wurden für Fernseher, Presse, Plakatwerbung und für die Produktion von Flugblättern und anderem Werbematerial benutzt. Mit weiteren 40-45 % des Budgets wurden kleine Projekte in den Regionen und Projekte von NGOs unterstützt und mit den restlichen 10-20 % des Budgets wurde der Beitritt der ČR zur EU in den bestehenden 15 EU-Mitgliedstaaten gefördert (vgl. Hanley 2003: 4).

Erstrangiges Ziel der Regierungskoalition war es der Europäischen Union beizutreten. Somit war auch die Aufgabe dieser Kampagne die WählerInnen zu überzeugen und nicht nur ihnen „objektive“ Informationen über die europäische Integration zu vermitteln (Šlosarčík 2002: 17. In Vilímek 2005: 160). Die Grundaussage der Kampagne war, dass der Beitritt zur EU einem Gewinn für alle hauptsächlich in einer längerfristigen Perspektive ist. Dabei wurde nicht nur der finanzieller Gewinn, sondern auch der allgemeine Anstieg der Lebenssituation und die Kultivierung des öffentlichen Sektors betont. Zu den Vorteilen betonte man niedrigere Arbeitslosigkeit und Preise, bessere Produktqualität, die Rechte in der Europäischen Union zu reisen, studieren,

arbeiten und handeln, Vorteile von gemeinsamer Währung Euro, finanzielle Unterstützung (vgl. ebd.: 164).

Die „Ja“ Kampagne der Regierung wurde aufgrund von einem Mangel an detaillierte Informationen, beschränkter Sichtweise und übermäßig positiver Darstellung der Europäischen Union kritisiert (vgl. Hanley 2003: 5-6).

Bis auf die Regierungskampagne führten auch andere politischen Parteien (KDU-ČSL, US, die Grünen, ED u.v.a.) und Zivilgesellschaften (u. a. ANO pro Evropu²¹) eine positive Kampagne durch.

Die „(Nicht-)Kampagne“ der ODS

Die ODS äußerte sich zu der europäischen Integration längere Zeit vor der Volksabstimmung über den Beitritt der ČR zur EU. Die ODS verfolgte von Anfang an den EU-Beitritt, jedoch am Ende der 1990er Jahren konnte man bei mehreren VertreterInnen kritische Meinungen beobachten. Die IV. ideologische Konferenz der ODS nannte man „Wenn in die EU, dann mit der ODS“. Das Ergebnis dieser Konferenz war die Schlusserklärung des Parteienvorsitzenden Mirek Topolánek, in der er die WählerInnen und die Parteienmitglieder aufforderte, für den Beitritt zu wählen (ODS 2003: 159).

Die ODS unternahm keine richtige Kampagne wegen dem Beitritt der ČR zur EU. Bis auf ein paar Abgeordneten (u. a. zwei Schattenminister Ivan Langer und Martin Říman und ein Abgeordnete Miroslav Bednář erklärten sich gegen den Beitritt), gab sie am Tag der Volksabstimmung eine Erklärung ab, in der sie den Beitritt unterstützte und die WählerInnen aufforderte, zu der Volksabstimmung zu kommen und für den Beitritt der ČR zur EU zu stimmen.

Die GegnerInnen des EU-Beitritts

Aus den parlamentarischen Parteien, war nur die KSČM gegen den EU-Beitritt. Auch in dieser Partei konnte man ein paar „Überläufer“ sehen, die sich im Gegensatz zu der Partei für den EU-Beitritt erklärten. Zu den wichtigsten zählen Jiří Dolejš und Miloslav Ransdorf.

Zu den nicht-parlamentarischen politischen Parteien, die auch engagiert waren, jedoch den Beitritt ablehnten, gehörten die Nationalpartei (*Národní strana*) und die

²¹ Die Bürgergesellschaft ANO pro Evropu (auf Deutsch: „JA für Europa“) wurde am Ende des Jahres 2002 gegründet, um den Beitritt der ČR zur EU zu unterstützen. Diese Gesellschaft bildet eine Gruppe tschechischer Intelligenz und kultureller Elite (u. a. Václav Havel und Karel Schwarzenberg). Siehe unter ANO pro Evropu. URL: www.anoproevropu.cz.

Konservativpartei (*Konzervativní strana*). Zu anderen GegnerInnen des EU-Beitritts gehörten u. a. die Euroskeptische Alternative (*Euroskeptická alternativa*), die WirtschaftlerInnen aus dem Zentrum für Wirtschaft und Politik (*Centrum pro ekonomiku a politiku*) oder BürgerInnen gegen die EU (*Občané proti EU*) (vgl. Vilímek 2005: 161)

Václav Klaus

Václav Klaus wurde im 2003 zum Präsidenten gewählt. Kurz nach seiner Benennung zum Präsidenten besuchte er Polen, wo er u. a. mit dem polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewsky über die europäische Integration sprechen konnte. Er erklärte sich eindeutig für die Teilnahme der Tschechischen Republik am Prozess der europäischen Integration, denn (so Václav Klaus) „ich sehe keinen alternativen Weg, auf dem die ČR gehen konnte“ (Ministerstvo zahraničních věcí April 2003). Er war überzeugt, dass die BürgerInnen sich in der Volksabstimmung für den Beitritt erklären und unterstützte den EU-Beitritt der ČR: „Größere Chance die EU zu beeinflussen werden wir von innen der EU haben, als von außen als Nicht-Mitglieder“ (ebd.). Bei seinem Besuch von Berlin sprach er auch u. a. über die europäische Integration sprach. Laut Klaus ist das Ergebnis der Volksabstimmung in diesem Moment nicht so ein grundlegendes Problem, aber wichtiger ist derzeit die Frage, wie sich Europa weiterentwickeln wird. Bei seinem Treffen mit dem deutschen Präsidenten Johannes Rau betonte er, dass es für die ČR keine Alternative als der Beitritt zur EU gibt. „Wir wollen der Union beitreten, auch wenn wir uns bewusst sind, dass es sich um keine Eintrittskarte in das Paradies oder zu einer karitativen Organisation handelt“ (ebd.).

Der Vertrag über den Beitritt der Tschechischen Republik zur EU hielt Václav Klaus als insoweit notwendig, dass er ihn persönlich in Athen unterzeichnen wollte. In einem Artikel für Die Zeit sagte Václav Klaus mal: „Ein Traum ist der EU-Beitritt für mich wirklich nicht. Aber wir haben keine Alternative. Wir waren und sind immer in Europa. Heute kann man nicht ohne EU-Mitgliedschaft in Europa sein. Das ist eine Ehe der Vernunft, nicht der Liebe“ (ebd.). Zu der Volksabstimmung hatte der tschechische Präsident aber nicht vor, den BürgerInnen eine besondere Empfehlung zu äußern, wie sie sich dabei entscheiden sollten. Für Die Presse sagte er: „Meine Empfehlung war meine Unterzeichnung in Athen“ (ebd.).

Nichtsdestotrotz, laut Meinunsumfragen (siehe Kap. 4.1.1 Unterstützung eines EU-Beitritts) wurde festgestellt, dass die politische Elite eigentlich keinerlei Einfluss auf

WählerInnen hatte, da die Einstellung der BürgerInnen jahrelang vor der Volksabstimmung ziemlich konstant war.

Nachdem das positive Ergebnis der Volksabstimmung veröffentlicht wurde, führten die größten politischen Parteien Debatten darüber, wer zu diesem Ergebnis beitrug und wer sich dafür das Verdienst in Anspruch nehmen kann. Die Regierungskoalition interpretierte das Ergebnis als ihren Erfolg. Die ODS konterte wiederum mit einer Aussage, dass ihre WählerInnen über das positive Ergebnis entschieden, die zur Abstimmung in einem hohen Maß kamen und sich eindeutig für den Beitritt erklärten (vgl. Vilímek 2004: 169).

4 Öffentliche Meinung zur europäischen Integration

Die Außenpolitik betrifft das Schicksal vieler Menschen, jedoch als ein hoch spezialisierter Bereich ist sie eine Entscheidungsgelegenheit qualifizierter Einzelpersonen und kleiner Gruppen (der politischen Elite) mit minimaler demokratischer Kontrolle. Somit kann die effektive Leistung der Außenpolitik leicht in einem Widerspruch mit den Vorstellungen der meisten BürgerInnen sein (Kunštát 2009: 15).

Laut vieler Umfragen stellt die Öffentlichkeit, die sich aktiv für die Fragen der Außenpolitik interessiert, im Grunde genommen eine Gruppe von Personen mit höherer Ausbildung, die eher in den Städten wohnt und ein größeres Einkommen hat. Durchschnittlich wird diese Gruppe auf 1 bis zu 15 % der Gesellschaft geschätzt. Im Weiteren gibt es 30 bis 50 % der Population, die eine stabile Einstellung zu der internationalen Politik haben, eine gewisse Vorstellung über ausländische Staaten und ihrer Aktivitäten, eine gewisse Weißheit über die außenpolitischen Fragen und die eine gewisse Fähigkeit haben, sich zu diesen Fragen zu äußern. Die restliche Gruppe, die unter bestimmten Umständen bis zu 70 % ausmachen kann, ist zu den außenpolitischen Fragen apathisch, uninformiert und äußert keine Meinung zu diesem Problemgebiet – und wenn sie doch eine gewisse Meinung hat, dann ist sie von überwiegender Meinung in der Gesellschaft, oder Meinung, die in den Medien präsentiert wird, beeinflusst (Holsti 1995: 261-262. In Kunštát 2009: 16). Die Problematik der europäischen Integration ist so kompliziert und so komplex, dass sie von den normalen BürgerInnen kaum verstanden wird. Sogar die gebildeten Menschen, wenn sie sich nicht für die Europäische Union interessieren, sind auf die Kampagne und auf die Informationen aus den Medien angewiesen.

Die Eingliederung der ČR in die EU kann man sicher für eine der bedeutendsten Veränderungen nach der Wende bezeichnen. Nichtsdestoweniger bleibt die europäische Dimension für die BürgerInnen eine äußere Angelegenheit, die mit ihnen nicht wirklich etwas Gemeinsames hat und die sie nicht direkt betrifft (ebd.). So ein Kennzeichen des niedrigen Gefühlmaßes der europäischen Zugehörigkeit ist das geringe Interesse der tschechischen BürgerInnen für das Geschehen im Rahmen der Union. Interesse für die Politik im Allgemeinen prägt nur ungefähr die Hälfte der Bevölkerung (Antworten „sehr“ und „eher interessiert“). Größtes Interesse haben dabei

die tschechischen BürgerInnen für die Politik in der Tschechischen Republik (fast zwei Drittel), das politische Geschehen in der Welt interessiert knapp 40 % der BürgerInnen und am wenigsten nennen die Befragten, dass sie sich um das Geschehen in der Europäischen Union interessieren (kaum ein Drittel) (Tab. 1). In den letzten sechs Jahren kam es zu einem Rückgang des Interesses für die Politik in allen Kategorien (Tab. 2).

Tab. 1: Inwieweit interessieren Sie sich für die Politik im Allgemeinen und für das politische Geschehen im Inland, in der EU und in der Welt? (in %)

	sehr interessiert	eher interessiert	eher nicht interessiert	überhaupt nicht interessiert	ja/nein
Politik im Allgemeinen	6	40	40	14	46/54
Politisches Geschehen im Inland	10	48	32	10	58/42
Politisches Geschehen in der EU	3	27	42	28	30/70
Politisches Geschehen in der Welt	4	35	41	19	39/60

Anm.: Die restlichen Prozentanteile bis zu 100 % bilden die Antworten „ich weiß nicht“.

Quelle: CVVM 02/2011.

Tab. 2: Interesse für die Politik, Zeitvergleich (in %)

	02/2005	02/2007	02/2008	02/2009	02/2010	02/2011
Politik im Allgemeinen	50/50	50/50	47/53	46/53	48/52	46/54
Politisches Geschehen im Inland	64/36	66/34	64/36	59/41	61/39	58/42
Politisches Geschehen in der EU	38/61	33/66	32/68	35/64	30/70	30/70
Politisches Geschehen in der Welt	50/49	44/56	40/59	45/53	40/59	39/60

Anm.: Anteile „sehr“ und „eher interessiert“/„eher“ und „überhaupt nicht interessiert“; die restlichen Prozentanteile bis zu 100 % bilden die Antworten „ich weiß nicht“.

Quelle: CVVM 02/2011.

Laut Umfragen, die man vor und nach dem EU-Beitritt führte, weiß man, dass die ganz dominierende Informationsquelle über die Europäische Union für die tschechischen BürgerInnen die Massenmedien darstellen. Die anderen potenziellen Mittel (wie Schulungen, Vorträge, Fachliteratur, Internet, telefonische Informationslinie, öffentliche Verwaltung oder persönliche Kontakte, eigene direkte Erfahrungen u. a.) bilden eine Hauptquelle der Informationen nur selten, wobei ihre Bedeutung dann zunimmt, sobald die Menschen selbst aktiv nach einigen konkreten Informationen (hauptsächlich unter jungen Menschen und besser gebildetem Teil der Bevölkerung) suchen. Die Umfragen zeigten auch, dass die BürgerInnen das größte Interesse für Informationen sozioökonomisches Charakters haben, die sie selbst oder die BürgerInnen der

Tschechischen Republik im Allgemeinen unmittelbar betreffen (Lohn, Rente, Preise, Einfluss auf die Wirtschaft, Betriebe, Landwirte, Arbeitslosigkeit, oder der finanzielle Aufwand, der mit der Mitgliedschaft verbunden ist, u. a.) (Kunštát 2009: 16-17).

In diesem Kapitel geht es in erster Linie darum, die Einstellungen in der tschechischen Öffentlichkeit zu der Europäischen Union vor und nach dem Beitritt zur Europäischen Union komplex abzubilden und die Entwicklung dieser Einstellungen in der öffentlichen Meinung in einen zeitlichen Kontext einzufassen. Als eine empirische Unterstützung werden hier die Untersuchungen benutzt, die hauptsächlich von der CVVM realisiert wurden.

4.1 Der lange Weg ins Unbekannte

4.1.1 Unterstützung eines EU-Beitritts

Kurz nach der Wende führte die Europäische Kommission erste Meinungsumfragen in den MOE-Staaten. 76 % der tschechischen und slowakischen, 71 % der ungarischen und 73 % der polnischen BürgerInnen fühlten sich uninformiert über die EG (European Commission: CEEB1 1990). Wenn man kein Wissen über die Europäische Union hat, kann man nur schwer objektiv für sich selbst entscheiden, ob dieser Weg, den die Tschechische Republik nach der Wende gehen wollte, der richtige ist. Meistens ist man dann auf die Informationen von den anderen, z. B. der politischen Elite und den Medien hingewiesen. Nach dem Fall des Kommunismus gab es für die politische Elite nur einen Weg und das war der Weg in die Europäische Union. Die Öffentlichkeit vertrat die gleiche Meinung, ohne zu wissen, was das eigentlich heißt, Teil der Europäischen Union zu sein.

Aufgrund der Daten vom Eurobarometer (Tab. 3) sieht man, dass die tschechischen BürgerInnen im Vergleich zu den anderen MOE-Staaten „vorsichtiger“ und zurückhaltender waren, was den EG-Beitritt betrifft. Während in Ungarn und Polen 50 % ihrer BürgerInnen so bald wie möglich der EG beitreten wollten, in der ČS waren es nur 25 %. Diese Zahlen änderten sich innerhalb der nächsten zwei Meinungsforschungen, denn die polnischen und ungarischen RespondentInnen waren 1992 nicht mehr so gierig wie im Jahre 1990.

Was die Unterstützung eines Beitritts angeht, vertrat die überwältigende Mehrheit der MOE-BürgerInnen die Auffassung, dass ihr Land den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaften anstreben sollte. Im Jahr 1991 vertraten diese Meinung 86 % der tschechischen, 78 % der slowakischen, 83 % der ungarischen und 79 % der polnischen BürgerInnen (European Commission: CEEB2 1991).

Tab. 3: Wann (bzw. ob überhaupt) sollte Ihr Land den EG beitreten?

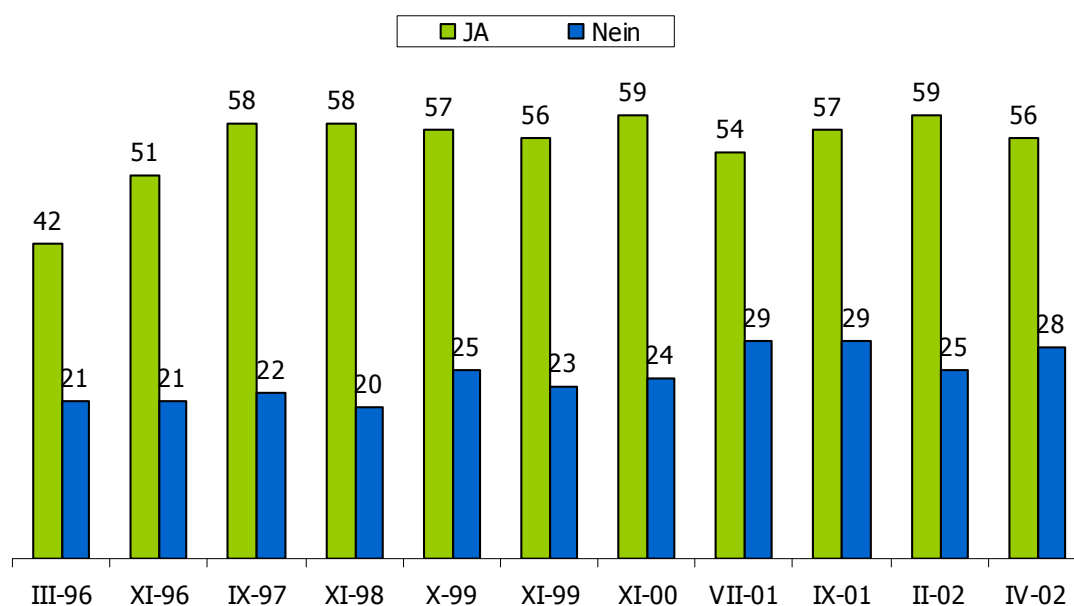
	CEEB1 - 1990					CEEB2 – 1991					CEEB3 - 1992				
	jetzt	<5	<10	>10	nie	jetzt	<5	<10	>10	nie	jetzt	<5	<10	>10	nie
CZ	25*	37*	12*	5*	2*	31	44	10	4	2	27	44	9	7	4
SK						33	37	8	9	2	34	42	8	8	2
HU	51	25	2	3	2	45	27	2	3	1	39	30	4	3	2
PL	55	17	2	4	2	51	17	5	4	2	43	23	7	6	4

Anm.: *Im Jahr 1990 führte die Europäische Kommission eine gemeinsame Umfrage in der ČS; CZ = Tschechische Republik; SK = Slowakische Republik; HU = Ungarn; PL = Polen. Die restlichen Prozentanteile bis zu 100 % bilden die Antworten „ich weiß nicht“.

Quelle: Eigene Darstellung aufgrund der Daten des Mittel- und Ost-Eurobarometers (European Commission: Central and Eastern Eurobarometer (CEEB), 1990-1992).

Diese Tendenz sank in der Tschechische Republik zwar in der Mitte der 1990er auf fast 40 %, jedoch stieg im Jahre 1997 auf 58 % und schwankte bis kurz vor dem EU-Beitritt zwischen 54 und 59 %. Diejenigen, die der Meinung waren, die Tschechische Republik sollte nach dem EU-Beitritt nicht streben, waren von 21 bis zu 28 % vertreten. Der Anstieg verlief sehr allmählich (Abb. 3).

Abb. 3: Soll die Tschechische Republik nach einem Beitritt zur Europäischen Union streben?



Anm.: JA: Summe der Antworten „sicher“ und „eher ja“; Nein: Summe der Antworten „eher“ und „sicher nicht“; die restlichen Prozentanteile bis zu 100 % bilden die Antworten „ich weiß nicht“. Die mögliche statistische Abweichung ist + - 3 %.

Quelle: CVVM 04/2002.

Tab. 4: Image der Europäischen Union in den mittel- und osteuropäischen Staaten 1

	CEEB1 1990			CEEB2 1991			CEEB3 1992			CEEB4 1993			CEEB5 1994			CEEB6 1995			CEEB7 1996			CEEB8 1997		
	+	0	-	+	0	-	+	0	-	+	0	-	+	0	-	+	0	-	+	0	-	+	0	-
CZ	49	23	2	46	29	3	45	36	3	37	40	10	34	40	6	26	36	7	33	42	9	34	38	7
SK	43	26	2	37	34	2	35	43	7	44	39	5	37	37	7	31	35	6	34	44	7	46	38	5
HU	51	27	2	42	28	4	34	34	6	36	32	8	32	28	8	30	28	9	33	32	11	42	30	7
PL	46	24	3	49	32	3	48	31	5	37	32	9	42	23	7	46	19	5	58	24	5	56	27	6

Anm.: + = positives; 0 = neutrales; - = negatives Bild. Die restlichen Prozentanteile bis zu 100 % bilden die Antworten „ich weiß nicht“.

Quelle: Eigene Darstellung aufgrund der Daten des Mittel- und Ost-Eurobarometer (European Commission: Central and Eastern Eurobarometer (CEEB), 1990-1997).

Bis zum Jahr 1997 herrschte in den MOE-Staaten ein positiv-neutrales Bild über die Europäische Union. Ein negatives Image über die Europäische Union hatte maximal ein Zehntel der Befragten. Im Durchschnitt konnten sich zu diesem Thema 20 % der Befragten nicht äußern (Tab. 4).

Tab. 5: Image der Europäischen Union in den mittel- und osteuropäischen Staaten 2

	10/2001			10/2002			05/2003			11/2003		
	+	0	-	+	0	-	+	0	-	+	0	-
CZ	46	24	23	43	26	24	45	29	22	42	29	26
SK	48	33	12	47	33	14	50	34	12	51	32	14
HU	51	31	12	59	26	10	54	31	11	45	35	17
PL	44	32	18	46	31	19	55	26	12	47	27	21

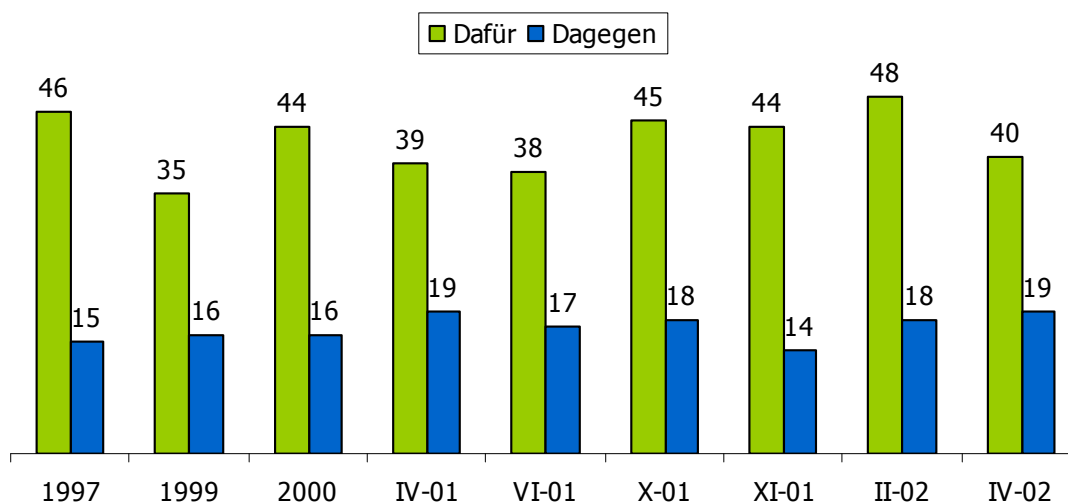
Anm.: + = positives; 0 = neutrales; - = negatives Bild

Quelle: Eigene Darstellung aufgrund der Beitrittsländer-Eurobarometer (European Commission: Candidate Countries Eurobarometer (CCEB), 2001-2003)

Die tschechischen BürgerInnen haben ein wenig kritischeres Bild über die Europäische Union als die anderen MOE-Staaten. Ein Viertel der tschechischen BürgerInnen haben konstant ein kritisches Bild über die Europäische Union. In anderen Staaten wird die 20 % Grenze kaum überschritten (Tab. 5).

Wenn es „nächste Woche“ die Volksabstimmung über den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union gäbe, würde zwar nicht eine qualifizierte Mehrheit für den Beitritt stimmen (mit ein paar geringen Schwankungen bewegte sich die Unterstützung eines Beitritts um die 45 % der Befragten), aber da die GegnerInnen des EU-Beitritts nicht ganze 20 % bildeten, wurde somit über den EU-Beitritt schon längst entschieden (Abb. 4).

Abb. 4: Wie würden Sie wählen, wenn Morgen die Volksabstimmung über den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union wäre?



Anm.: Die restlichen Prozentanteile bis zu 100 % bilden die Antworten „ich weiß nicht, wie ich stimmen würde“, „ich würde nicht stimmen“ oder „ich weiß nicht, ob ich stimmen würde“. Die mögliche statistische Abweichung ist $\pm 3\%$.

Quelle: CVVM 04/2002.

Dass das Ergebnis der Volksabstimmung eher positiv sein würde, deuteten noch andere Daten aus den Meinungsforschungen hin. Nämlich 65 % der Personen, die zu der Volksabstimmung kommen wollten, würden für den EU-Beitritt stimmen (Tab. 6). Als Vergleich dazu, rein hypothetisch, unter den Personen, die in der Umfrage erwähnten, dass sie zu der Wahl „sicher“ oder „eher“ nicht gehen, würden 51 % gegen den Beitritt und nur 18 % dafür stimmen. Das heißt, die GegnerInnen der Europäischen Union würden zu Hause bleiben und würden es nicht versuchen, den EU-Beitritt zu verhindern. So eine Entscheidung weist darauf hin, dass es für diese Personen doch nicht so ein gravierendes Problem ist, wenn die Tschechische Republik der Europäischen Union beitrete. Denn sonst würden sie versuchen, alles Mögliche zu unternehmen, damit es nicht dazu kommt. Es hat auch was damit zu tun, dass sich nur ein Drittel (wurde bereits behandelt) der BürgerInnen für die Politik der EU interessiert.

Tab. 6: Die geplante Art und Weise der Abstimmung der deklarierten WählerInnen

	05/2002	11/2002	01/2003	02/2003
Dafür	63	62	66	71
Dagegen	29	29	23	20
Weiß nicht	8	9	11	9

Anm.: Es handelt sich um Antworten derjenigen, die an der Volksabstimmung „sicher“ oder „eher“ teilnehmen würden.

Quelle: CVVM 02/2003.

Auch in dieser Hinsicht sind die tschechischen BürgerInnen eher kritischer als z. B. die polnischen und ungarischen (Vergleiche die Daten in der Tab. 7). Noch dazu gab es sehr viele Personen in der Tschechischen Republik, die im Vergleich zu den Befragten in Polen und Ungarn nicht wussten, wie sie in der Volksabstimmung stimmen würden.

Tab. 7: Wie würden Sie wählen, wenn Morgen die Volksabstimmung über den EU-Beitritt wäre?

	ČR			PL			HU		
	1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001
Dafür	45	49	45	55	59	55	68	68	65
Dagegen	25	25	24	27	25	30	14	13	15
Weiß nicht	30	26	31	18	16	15	18	19	20

Anm.: Die Daten von den beiden Staaten stammen von der polnischen Agentur CBOS und ungarischen TÁRKI.

Quelle: CVVM 2001.

Darauffolgend ist es wichtig sich damit auseinander zu setzen, wie die tschechischen BürgerInnen über die europäische Integration informiert waren, ob sie sich eigentlich für sie interessierten, und ob es einen Zusammenhang zwischen diesen zwei Kategorien gibt.

Das Interesse (Antworten „sehr“ und „teilweise interessiert“) für die Europäische Union stieg zwar mit dem sich nähernden EU-Beitritt zu, jedoch die tschechischen BürgerInnen interessierten sich dafür nur beschränkt (Tab. 8). Trotz eines hohen Interesses für den EU-Beitritt bestand ein Mangel an Informationen über ihn. Kurz vor der Volksabstimmung über den EU-Beitritt gaben 56 % der Befragten an, dass sie „eher“ oder „überhaupt nicht“ genug Informationen über den Prozess des EU-Beitritts haben (Tab. 9).

Tab. 8: Interesse für den Beitritt der ČR in die EU

	11/2001	10/2002	02/2003
Sehr	15	19	15
Teilweise	42	46	54
Wenig	32	26	24
Überhaupt nicht	11	9	7
Ja/Nein*	57/43	65/35	69/31

*Anm.: *Ja = „sehr“ und „teilweise“; Nein = „wenig“ und „überhaupt nicht“*

Quelle: CVVM 02/2003.

Tab. 9: Haben Sie genug Informationen zum Prozess des EU-Beitritts der ČR?

	11/2001	10/2002	02/2003
Genügend	3	4	6
Eher genügend	26	29	34
Eher nicht	38	39	42
Überhaupt nicht	23	20	14
Weiß nicht	10	8	4
Ja/Nein	29/61	33/59	40/56

Quelle: CVVM 02/2003.

Wenn man diese zwei Kategorien miteinander vergleicht, folgt daraus, dass die Personen, die sich sehr für den Beitritt der ČR zur EU interessieren auch genug Informationen darüber haben, und umgekehrt, die Personen, die sich für den EU-Beitritt nicht interessieren, haben einen Mangel an Informationen darüber (Tab. 10). Die Personen, die sich für ein Thema interessieren, suchen auch meistens nach den Informationen. Trotz nicht ausreichenden Informationen über den EU-Beitritt, waren die Befragten der Meinung, dass die Informationen die es gab, halbwegs verständlich waren.

Tab. 10: Genügende Informationen über den EU-Beitritt

	10/2002	Interesse für den Beitritt der ČR in die EU			
		sehr	eher	wenig	überhaupt
Genügend	4	14	2	0	1
Eher genügend	29	47	37	11	5
Eher nicht	39	26	45	47	9
Überhaupt nicht	20	12	14	30	45
Weiß nicht	8	1	2	12	40
Ja/Nein	33/59	61/38	39/59	11/77	6/54

Quelle: CVVM 10/2002.

Nur noch abschließend ein paar Worte über die Einstellung der BürgerInnen zum Beitritt der ČR zur EU im Zusammenhang der soziogeographischen Faktoren und ihrer Parteienpräferenz. Für die Integration waren laut Umfragen überdurchschnittlich die RespondentInnen im Alter von 20 bis 44 Jahren, hoch qualifizierte und führende MitarbeiterInnen, die RespondentInnen aus den Städten mit mehr als 100 000 BewohnerInnen, Menschen mit mindestens einer abgeschlossenen Mittelschulbildung und besonders Hochschulausbildung und besser situierte Menschen mit höherem Einkommen. Die Integration unterstützten hauptsächlich die WählerInnen der politischen Parteien auf dem rechten politischen Spektrum. Negative

Einstellung zu der Europäischen Union ist auf keinen Fall eine Einstellung der Mehrheit innerhalb der tschechischen Bevölkerung, jedoch gibt es Gruppen in der Bevölkerung, bei denen dieser Standpunkt markanter ist als bei den anderen. Gegen die Integration sind vor allem ältere Menschen im Alter von 60 und mehr Jahren, nicht arbeitende PensionistInnen, ArbeiterInnen und Personen mit einer schlechteren Lebenssituation und niedrigerem Einkommen mit Mittelausbildung ohne Matura oder nur mit einem Lehrabschluss.

1997 führte die Agentur Factum eine Meinungsumfrage und kam darauf, dass 79 % der SympathisantInnen der ODS für den Beitritt und 6 % dagegen waren und dass 15 % dazu keine Meinung vertraten. Bei den UnterstützerInnen der ČSSD waren 45,5 % dafür und 28,5 % dagegen, bei den WählerInnen der KSČM 25 % dafür und 57 % dagegen und bei der KDU-ČSL 47 % dafür und 7 % dagegen (vgl. Factum September 1997. In Novák. In Brunclík/Klíč 2009: 13).

Die Analyse der Wahlprogramme im vorigen Kapitel zeigte, dass es in der Tschechischen Republik nur eine Partei (KSČM) gab, die den EU-Beitritt nicht unterstützte und die vor der Volksabstimmung erklärte, dass sie dagegen stimmen würde. Alle anderen relevanten politischen Parteien waren für den Beitritt der ČR zur EU (ODS war zwar immer für den Beitritt jedoch hatte verschiedene Kritikpunkte an der europäischen Integration). Interessant ist zu beobachten, dass gerade die WählerInnen der weich-euroskeptischen ODS sehr positiv den EU-Beitritt begrüßten während die WählerInnen der euroenthusiastischen ČSSD mit fast 30 % gegen den Beitritt waren.

4.1.2 Befürchtungen und Erwartungen

Der so lange erwartete Beitritt der ČR zur EU erzeugte vor allem in der Zeit der Beitrittsverhandlungen ein Gefühl der Unsicherheit, verschiedene Befürchtungen aber auch Erwartungen. In dieser Hinsicht fragte die CVVM mehrmals vor der Volksabstimmung die tschechischen BürgerInnen, was ihrer Meinung nach die Vor- und Nachteile der tschechischen EU-Mitgliedschaft für sie aber auch für die Tschechische Republik als Ganze wären. Während des Prozesses des EU-Beitritts begleiteten die tschechischen BürgerInnen eher Befürchtungen. 10 % der BürgerInnen vermuteten, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union keine Vorteile und nur lauter Nachteile mit sich bringen würde.

Die BürgerInnen fürchteten sich im Zusammenhang des Beitritts vor allem vor dem Verlust der nationalen Souveränität (68-73 %), vor Migration und der damit

verbundenen Gefahr (60-65 %), vor verschiedenen Wirtschaftsproblemen wie die Preissteigerungen, wachsende Arbeitslosigkeit und Steuererhöhung (57-61 %), zusätzlich befürchteten sie die europäische Bürokratie (52-55 %). Dazu glaubten sie, dass die ČR in der EU zu keinem gleichberechtigten, sondern einem untergeordneten EU-Mitglied wird. Wenn man sich noch einmal das Kapitel über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Tschechischen Republik anschaut, kann man eine Verbindung finden, wieso es der Fall war. Es wurden ziemlich viele Einschränkungen für die neuen EU-Mitgliedstaaten eingeführt, die dank tschechischen Medien noch von größerer Bedeutung waren. Dazu gehören z. B. die Übergangsfristen für den freien Verkehr von ArbeiterInnen und Personen und die Ausnahme für MOE-LandwirtschaftlerInnen von den Direktzahlungen. Manche hatten Angst vor den ausländischen Firmen, die die tschechischen Betriebe abkaufen könnten und dass die tschechischen Betriebe im europäischen Wettbewerb nicht erfolgreich bestehen könnten und somit Bankrott gehen würden. Was die einzelnen Sektoren betrifft, so sollte der EU-Beitritt (laut der Meinungsumfrage) den LandwirtschaftlerInnen und den UnternehmerInnen keine Vorteile bringen. Die Situation der Personen mit einem niedrigen Lohn könnte nach dem Beitritt auch problematisch sein (CVVM 2001-02).

Trotz der Befürchtungen konnten die BürgerInnen auch Vorteile an der EU-Mitgliedschaft finden. Die Befragten vermuteten, dass sich durch die EU-Mitgliedschaft die Sicherheit der BürgerInnen (53-65 %), die rechtlichen und demokratischen Normen (50-54 %) und die tschechische Legislatur (41-50 %) verbessern würden. Im Weiteren wurden auch die Reise- und Studienmöglichkeiten, die Auflösung der Grenzkontrolle und selten aber doch die wirtschaftliche Prosperität und der Zufluss des Geldes aus dem Budget und Fonds der Europäischen Union für verschiedene Projekte erhoben. Besser sollte es nach dem EU-Beitritt dem Schul-, Administrations- und Gesundheitswesen ergehen (ebd.).

2001 führte die CVVM eine Forschung durch, in der sie die Erwartungen der BürgerInnen gegenüber den Erwartungen der Abgeordneten und der Senatoren des PČR stellte. Allen drei Gruppen wurden die gleichen Fragen gestellt, um somit einen Vergleich zu ermöglichen.

Man kann kaum Bereiche finden, in denen die BürgerInnen und die Vertreter der politischen Elite derselben Meinung waren. Zu so einem Bereich gehörten eigentlich nur die demokratische Sicherheit, wirtschaftliche Probleme und im kleineren Ausmaß der Verlust der nationalen Souveränität. Die Themen, zu welchen die Gruppen keine gemeinsame Meinung fanden, waren die wirtschaftlichen Sicherheiten und die

Erhöhung des Lebensstandards. Denn die BürgerInnen waren der Meinung, dass sich diese Bereiche nicht verbessern würden, die Abgeordneten und Senatoren glaubten jedoch das Gegenteil. Die Abgeordneten und Senatoren als politische Subjekte einigten sich mehr oder weniger bei allen diesen Bereichen (Tab. 11).

Tab. 11: Was bringt die EU-Mitgliedschaft den tschechischen BürgerInnen?

	BürgerInnen	Abgeordnete	Senatoren
Teilweise Verlust der nationalen Souveränität	73	85	87
Gefahr zunehmender Migration der BürgerInnen	63	74	79
Größere wirtschaftliche Probleme	57	47	49
Kompliziertere Administration	54	38	31
Größere juristische Sicherheiten	50	77	82
Größere Sicherheit des Staates	63	70	80
Größere demokratischen Sicherheiten	51	57	51
Wirtschaftliche Sicherheiten	46	76	86
Qualitätsverbesserung der tschechischen Legislatur	50	85	89
Erhöhung des Lebensstandard	39	77	82

Quelle: CVVM 2001.

Die CVVM untersuchte sogar am Ende der 1990er, ob die Europäische Union, der BürgerInnen Meinung nach, Interesse für die Aufnahme der Tschechischen Republik als eine Mitgliedstaat hat. Die Einstellung der BürgerInnen zu diesem Thema veränderte sich innerhalb einer relativ kurzen Zeit rasant. Während der Anteil derjenigen, die dachten, dass die Europäische Union Interesse daran hat, sank von 55 % im Jahr 1997 auf 48 % im Jahr 2001, der Anteil der Andersdenkenden stieg von 13 % auf 35 %. Die Gründe dafür konnte man wieder bei den ziemlich vielen Einschränkungen für die neuen EU-Mitgliedstaaten (Übergangsfristen für den freien Verkehr von ArbeitnehmerInnen und Personen, die Ausnahme für MOE-LandwirtschaftlerInnen von den Direktzahlungen) aber auch wegen der Einstellung der Nachbarstaaten (vor allem Österreich aber auch Deutschland) zu Atomkraftwerk Temelín und Beneš-Dekrete sehen. In den Augen der tschechischen BürgerInnen war nämlich Österreich der größte Gegner der tschechischen EU-Mitgliedschaft.

4.2 13.-14. Juni 2003 – die BürgerInnen in der Rolle der EntscheidungsträgerInnen

Nichtsdestotrotz vom 13.-14. Juni 2003 wurde in der Tschechischen Republik eine Volksabstimmung zum Beitritt zur Europäischen Union abgehalten. Die Volksabstimmung brachte ein positives Votum hervor. Bei der Wahlbeteiligung von

55,21 % waren 77,33 % der WählerInnen für den Beitritt zur Europäischen Union. Darauf folgend wurde die Tschechische Republik am 1. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union.

Am ersten Tag der Volksabstimmung war die Teilnahme relativ hoch und am Abend veröffentlichte das Tschechische Fernsehen (*Česká televize*) eine Umfrage, laut der sich 84 % der WählerInnen für den EU-Beitritt erklärten. Man sagt, dass diese Umfrage dazu beitrug, dass am nächsten Tag nicht mehr so viele WählerInnen zu den Urnen kamen, da über das Ergebnis am vorigen Tag schon entschieden wurde (Vilímek 2005: 165).

Diejenigen die sich für den Beitritt erklärten, bildeten 41,73 % aller Wahlberechtigten, was dem langjährigen Trend entsprach. Die Teilnahme von 55,21 % war vergleichbar mit der Teilnahme bei den Wahlen im Abgeordnetenhaus aus dem vorigen Jahr 2002 (58 %). Im Vergleich zu anderen Staaten, war aber die Teilnahme an der Volksabstimmung in der Tschechischen Republik ziemlich niedrig. Für den EU-Beitritt stimmten in der Tschechischen Republik mehrere WählerInnen im Vergleich zu den anderen Staaten, was aber, wie schon vorher erwähnt wurde, damit zusammenhängt, weil die GegnerInnen des EU-Beitritts eher zu Hause blieben (Tab. 12).

Tab. 12: Die Volksabstimmung über den Beitritt der Beitrittsländer zur Europäischen Union im Jahr 2003.

Land	Wahlbeteiligung	Für den Beitritt	Gegen den Beitritt	Ja-WählerInnen
Malta	91	53,6	46,4	49
Slowenien	60,3	89,6	10,4	54
Ungarn	45,6	83,76	16,24	38
Litauen	63,3	91,07	8,93	58
Slowakei	52,15	92,46	6,2	48
Polen	58,85	77,45	22,55	46
Tschechische R.	55,21	77,33	22,67	43
Estland	64,02	66,83	33,17	43
Lettland	72,5	67	32,3	49

Quelle: www.euroskop.cz, www.euractiv.com (vgl. Mudde 2004: 2.)

Die Volksabstimmung über den Beitritt der ČR zur EU schloss einen sehr langen Prozess ab, an dem sich alle Regierungen der ČR mehr oder weniger Verdienste erwarben. Nämlich alle verfolgten den Beitritt der ČR zur EU.

Was die soziogeographischen Variablen angeht, kann man nur die Meinungsumfragen benutzen. Laut der Meinungsforschung der Agentur SC&C stimmten für den Beitritt 77 % der Männer und 78 % der Frauen, 75 % der Land- und 78 % der

StadtbewohnerInnen. Auch unter den Altersgruppen kann man nicht markante Unterschiede finden: 18-29 Jährigen 78 %, 30-44 Jährigen 75 % und 60+ 79 %. Was die Ausbildung angeht, waren 73 % derjenigen mit Grundausbildung für den Beitritt, 78 % mit Mittelschulausbildung und 82 % mit Hochschulausbildung. Unter diesen Gruppen gibt es also keine markanten Unterschiede. Gewisse Abweichungen kann man aber bei der Wahl nach dem Beruf und nach der Parteienpräferenz beobachten.

Tab. 13: Exit poll Daten über die Volksabstimmung der tschechischen BürgerInnen zum Beitritt zur Europäischen Union im Juni 2003 (in %).

	Ja	Nein
Nach Geschlecht		
Männer	77	23
Frauen	78	22
Nach Alter		
18-29	78	22
30-44	75	25
45-59	77	23
60+	79	21
Nach Wohnort		
Stadt	78	22
Land	75	25
Nach Ausbildung		
Grund	73	27
Lehre	73	27
Mittel (Matura)	79	21
Hoch	82	18
Nach Beschäftigung		
ArbeitnehmerIn	77	23
UnternehmerIn	79	21
StudentIn	84	16
PensionistIn	78	22
Hausmann/frau	75	25
Arbeitslose	65	35
Nach Parteienpräferenz		
US-DEU	92	8
ODS	86	14
KDU-ČSL	84	16
ČSSD	82	18
KSČM	37	63
andere	71	29

Quelle: SC&C für das Tschechische Fernsehen (14.Juni 2003).

Aufgrund von so gewonnenen Daten kann man sagen, dass die Wahl nicht wirklich im Zusammenhang mit dem sozialen Status, der erreichten Ausbildung, dem Alter oder dem Geschlecht der WählerInnen abhängt. Die einzige Abweichung kann man bei den WählerInnen der KSČM beobachten, denn diese waren mit 37 % gegen den EU-Beitritt (Tab. 13). Wenn die gleichen Personen, die bei der Volksabstimmung waren, zur Wahlen ins Abgeordnetenhaus kommen würden, und nach ihren Wahlpräferenzen wählen würden, würde das Ergebnis der Wahlen ins Abgeordnetenhaus wie folgt ausschauen: 40 % der Stimmen würde ODS gewinnen, ČSSD und KSČM wiederum nur 12 %. Andere Umfragen, die nach der Volksabstimmung stattfanden, brachten ähnliche Ergebnisse. Diese Daten zeigen, dass zu den Wahlen hauptsächlich die WählerInnen der ODS und gleich danach die der US kamen, und dass die BefürworterInnen der ČSSD und der KSČM eher zu Hause blieben (Vilímek 2005: 169).

4.3 Der Beitritt der ČR zur EU und was kommt danach?

4.3.1 Die EU-Mitgliedschaft im Allgemeinen

Die tschechischen BürgerInnen finden die Europäische Union zwar vertrauenswürdig, aber die einzelnen Institutionen der Europäischen Union eher weniger. Es hängt auch damit zusammen, dass ein Viertel der Befragten angibt, dass sie das Europäische Parlament oder die Europäische Kommission nicht einschätzen können oder sie diese Institutionen überhaupt nicht kennen. Die Angaben sind trotz geringen Schwankungen ziemlich konstant (Tab. 14). Im Mai 2004 kurz nach dem EU-Beitritt war das Vertrauen höher. Im Februar 2009 während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft wurde der Europäischen Union auch mehr vertraut. Es kann auch damit zusammenhängen, weil in dieser Zeit die Europäische Union im Mittelpunkt aller möglichen tschechischen Massenmedien stand und somit die Europäische Union mehr im Bewusstsein der Menschen präsent war.

Tab. 14: Wie vertrauen Sie den ausgewählten Institutionen der Europäischen Union? (in %)

	XI-03	III-04	V-04	XI-04	II-05	IX-06	II-07	II-08	II-09	IV-10
Europäische Union	57	57	64	55	56	58	50	55	60	55
Europäisches Parlament	42		49	44					44	39
Europäische Kommission	39		46	41					40	38
Europäischer Präsident										27
Außenministerin der EU										25

Anm.: Die Angaben in der Tabelle sind Summen der Antworten „sicher“ oder „eher vertraue ich“.

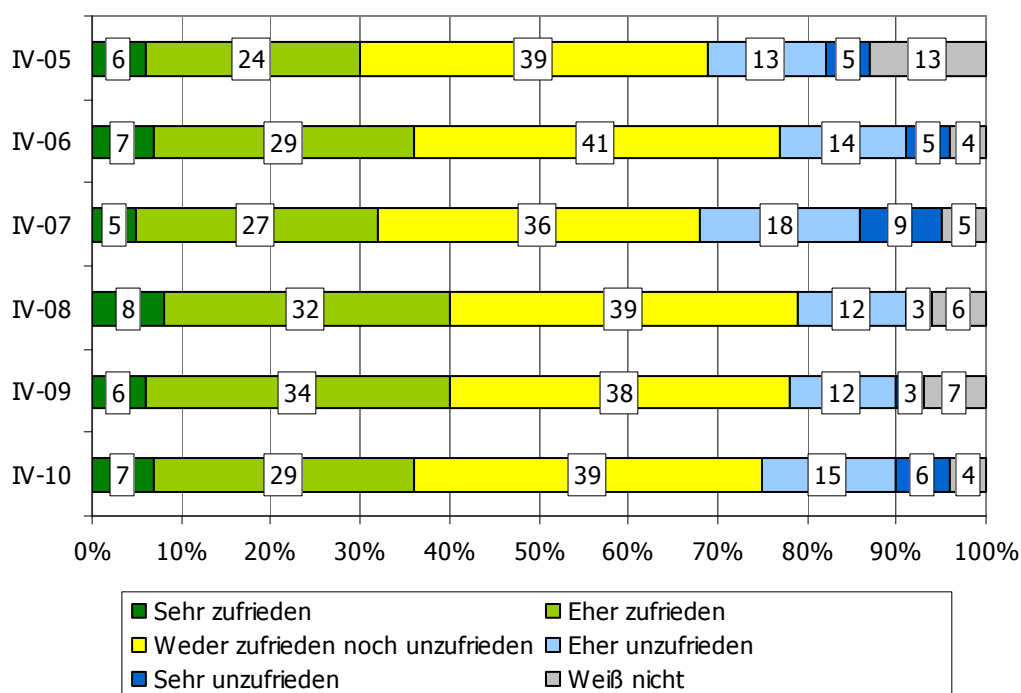
Quelle: CVVM 04/2010.

Die jüngeren Personen mit einem Hochschulabschluss und BürgerInnen mit einem deklarierten guten Lebensniveau vertrauen viel mehr den Europäischen Institutionen.

Im Jahr 2005 wurde die Unterstützung der Mitgliedschaft in den MOE-Staaten im Rahmen der Central European Opinion Research Group untersucht. Die Unterstützung der Mitgliedschaft in der Tschechischen Republik war zwar die niedrigste, aber zwischen den einzelnen Ländern gab es nicht so markante Unterschiede. 70 % der Befragten in der Tschechischen Republik neigten zu der EU-Mitgliedschaft (23 % waren dagegen), in Ungarn waren es 72 %, in Polen 79 % und in der Slowakei sogar 83 % (CVVM 03/2005).

Mit der Mitgliedschaft in der EU sind 35-40 % der BürgerInnen zufrieden. Unzufrieden sind nur 15-20 %. 38-40 % der Befragten zeigen eine neutrale, reservierte Einstellung, wenn sie die Kategorie „weder zufrieden, noch unzufrieden“ wählen (Abb. 5). Man merkt geringe Unterschiede in den Befragungen von den letzten Jahren.

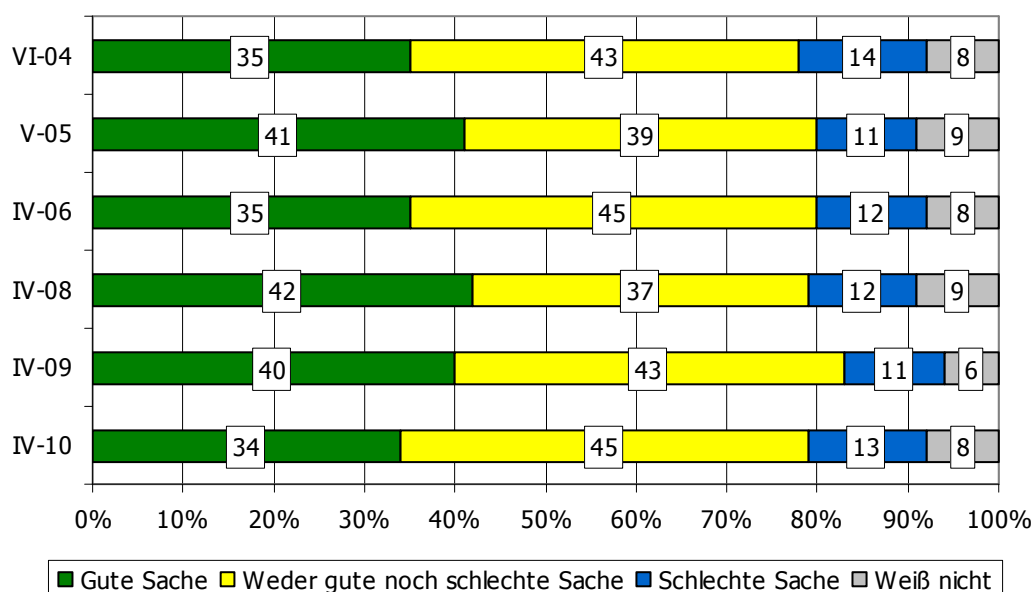
Abb. 5: Sind Sie mit der Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der Europäischen Union zufrieden?



Quelle: CVVM 04/2010.

Fast zwei Fünftel der Befragten sind der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft eine „gute Sache“ ist. Ein bisschen mehr als zwei Fünftel wählten eine neutrale Möglichkeit. Und nur ein Zehntel glaubte, dass die Mitgliedschaft eine „schlechte Sache“ ist. Auch in dieser Kategorie findet man nur geringe Schwankungen (Abb. 6).

Abb. 6: Denken Sie, dass die Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der Europäischen Union eine „gute Sache“ ist?



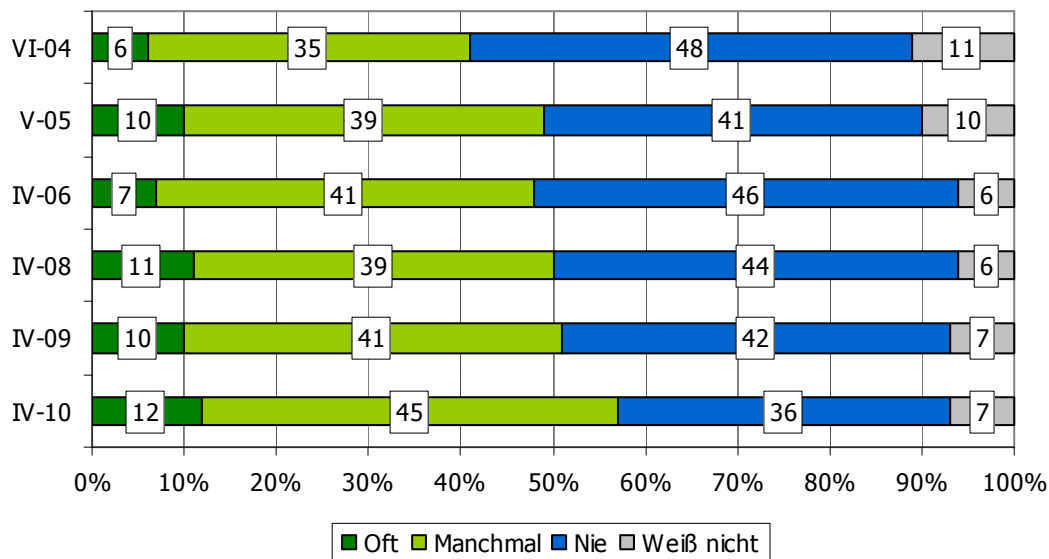
Quelle: CVVM 04/2010.

Größere Zufriedenheit mit der EU-Mitgliedschaft, sowie auch die Einstellung, dass die Mitgliedschaft eine „gute Sache“ ist, erklären überdurchschnittlich junge Menschen (mit dem zunehmenden Alter sinkt die Zufriedenheit), Personen mit Hochschulabschluss und mit gutem Lebensniveau. Öfters erklären die BefürworterInnen der ODS und die Unzufriedenheit die der KSČM. Die Mehrheit der tschechischen BürgerInnen trotz der Zufriedenheit mit der EU-Mitgliedschaft nimmt die EU als etwas Unklares, Unverständliches und Entferntes vom Alltagsleben wahr (CVVM 04/2010).

4.3.2 Tschechische versus europäische Nationalität

Was die Einstellung der BürgerInnen zu der Europäischen Bürgerschaft betrifft, wird die Zugehörigkeit zu der Europäischen Union zwar nicht stark wahrgenommen, jedoch nimmt die Anzahl der Personen zu, die sich oft oder manchmal als tschechische und europäische BürgerInnen fühlen. Nicht ganze zwei Fünftel fühlen sich niemals als BürgerInnen der Europäischen Union, mehr als zwei Fünftel der Befragten fühlt sich manchmal so und knapp über ein Zehntel der tschechischen BürgerInnen erklärt, dass sie oft im Kontext der europäischen Bürgerschaft denken (Abb. 7).

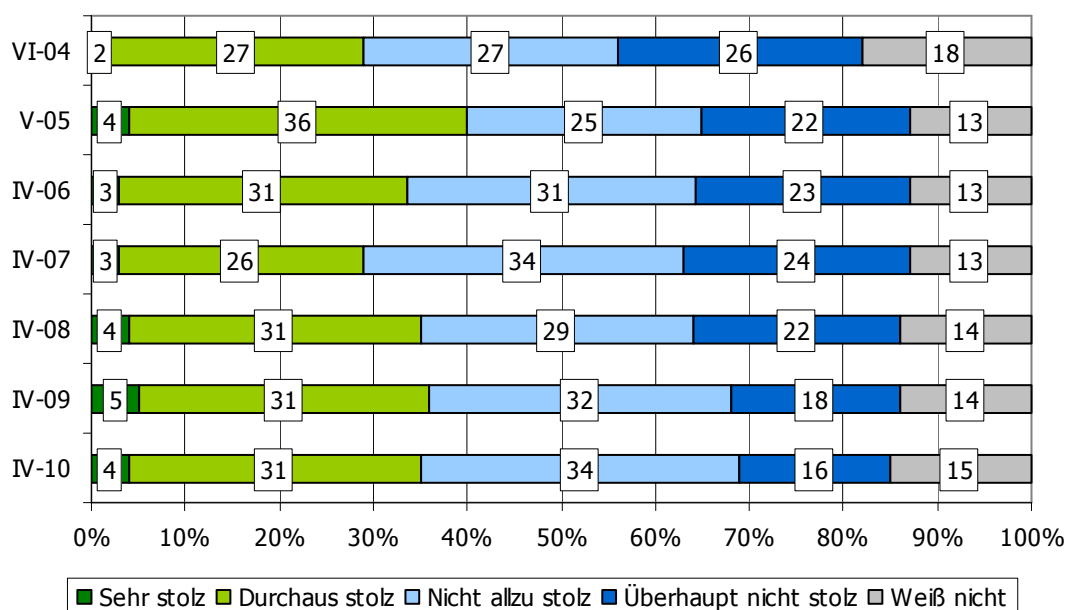
Abb. 7: Wie oft fühlen Sie sich nicht nur als BürgerIn der Tschechischen Republik, sondern auch als BürgerIn der Europäischen Union?



Quelle: CVVM 04/2010.

Im Weiteren maß man auch den Stolz betreffend der „europäischen Bürgerschaft“. Im Vergleich zu der Zufriedenheit mit der EU-Mitgliedschaft sind weniger BürgerInnen stolz darauf, dass sie BürgerInnen der Europäischen Union sind. 16 % wählten die Randvariante der Antwort „überhaupt nicht stolz“, weitere ein Drittel die mäßige Variante „nicht allzu“, ein Drittel ist „durchaus stolz“. Auch bei dieser Kategorie kann man eine sehr geringe Veränderung finden. Diejenigen die überhaupt nicht stolz sind, dass sie BürgerInnen der EU sind, wählen diese Kategorie immer weniger (Abb. 8).

Abb. 8: In wie weit sind Sie stolz darauf, dass Sie BürgerIn der Europäischen Union sind?



Quelle: CVVM 04/2010.

4.3.3 Wie wird Europa wahrgenommen?

Mit der Europäischen Union verbinden die tschechischen BürgerInnen Werte wie die Demokratie und die Zusammenarbeit. In der mittleren Kategorie, wo immerhin die positive Einstellung gegenüber der negativen überwiegt, gehören die Solidarität und die Toleranz. Am wenigsten sind die BürgerInnen davon überzeugt, dass man in der Europäischen Union Gerechtigkeit und Gleichheit geltend macht, bei diesen zwei Kategorien überwiegt gering die negative Einstellung. Bei allen Kategorien kommt es zu einem geringen Rückgang derjenigen, die bejahend antworteten und zu einem ein bisschen größeren Anstieg derjenigen, die es nicht mehr glauben (Tab. 15).

Tab. 15: Denken Sie, dass man in der Europäischen Union folgende Werte zur Geltung bringt?

	X-02		IV-06		IV-07		IV-08		IV-09		IV-10	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Demokratie	73	14	75	18	70	23	72	21	74	20	75	18
Zusammenarbeit	72	17	68	25	60	34	72	21	68	24	63	29
Solidarität	63	22	56	32	48	43	55	32	55	32	58	32
Toleranz	51	29	49	38	44	46	47	40	51	38	50	39
Gerechtigkeit	45	33	37	51	33	57	38	48	41	47	39	50
Gleichheit	41	44	32	60	27	67	36	57	39	53	37	55

Anm.: Ja = Antworten „eindeutig“ und „eher ja“, Nein = Antworten „eher“ und „eindeutig nein“

Quelle: CVVM 04/20010.

Was die konkreten Punkte der Europäischen Integration angeht, dann sind laut den tschechischen BürgerInnen vor allem die Sektoren Verteidigung und Umwelt vorteilhaft und die wirtschaftliche und politische Integration eher weniger, trotzdem überwiegt auch in diesen zwei Segmenten der Anteil an positiven Antworten. Bis auf den Bereich der Verteidigung wurden die BürgerInnen eine Spur skeptischer (Tab. 16).

Tab. 16: Ist Ihrer Meinung nach die europäische Integration in den ausgewählten Bereichen nützlich oder schädlich?

	X-02		IV-06		IV-07		IV-08		IV-09		IV-10	
	N	S	N	S	N	S	N	S	N	S	N	S
Verteidigung	71	10	74	9	68	16	71	15	75	9	72	14
Umwelt	78	7	70	16	70	16	76	13	73	13	68	16
Kultur	70	12	68	14	69	17	74	13	57	25	65	18
Politik	59	19	55	26	53	32	60	29	52	29	54	28
Wirtschaft	60	25	63	22	47	43	57	26	54	34	52	35

Anm.: N = nützlich, S = schädlich

Quelle: CVVM 04/2010.

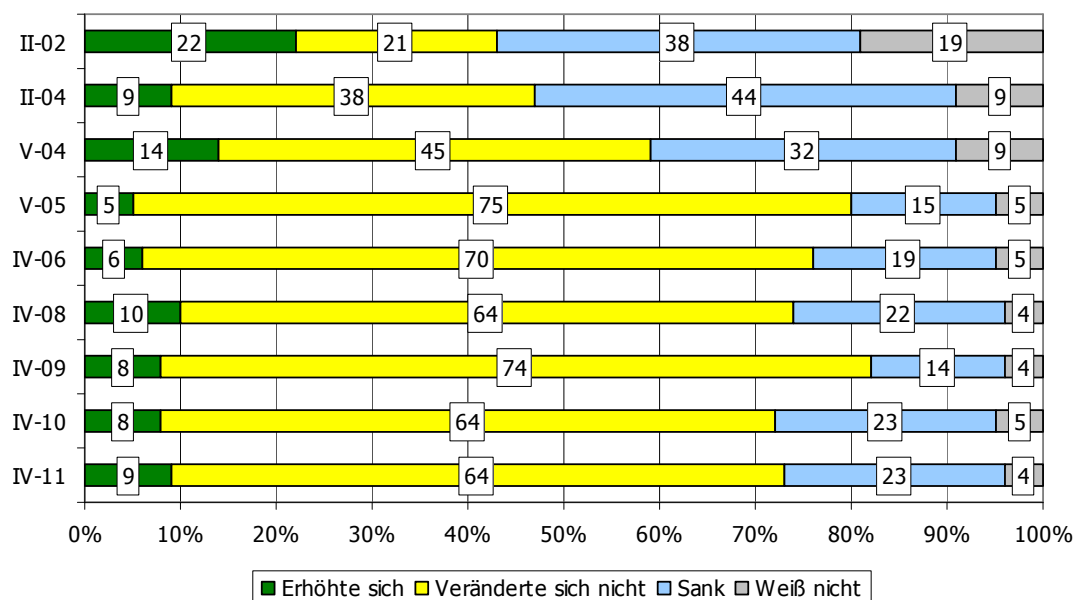
In dieser Umfrage bewerteten die tschechischen BürgerInnen die positiven und negativen Aspekte der Mitgliedschaft der ČR in der EU und beurteilten die Auswirkung des Beitritts auf gewisse Gebiete des öffentlichen Lebens. Die Befragten stimmten am meisten der Meinung zu, dass dank der EU-Mitgliedschaft die tschechischen BürgerInnen bessere Möglichkeiten gewannen, in den Ländern der EU zu leben, studieren und arbeiten (77 % antwortete mit „eindeutig + eher stimme ich zu“). Andererseits antworteten 79 % der Befragten, dass die EU-Mitgliedschaft nur zu einem Anstieg der Bürokratie und Schaffung von überflüssigen Ämtern führe. Im Weiteren zählte man zu den positiven Auswirkungen die Zufuhr der Unterstützungen aus den Fonds der Europäischen Union (65 %) und die Gewährleistung der Militärsicherheit (51 %). Bei den negativen Auswirkungen handelte sich vor allem um einen Abgang qualifizierter Menschen wegen der Arbeit in die anderen Länder der Europäischen Union (58 %) und den Einschränkungen durch europäische Gesetze (66 %). Was die politische Orientierung angeht, sind die BefürworterInnen der ODS in ihren Bewertungen euroenthusiastisch, wenn sie sich im größeren Ausmaß mit den positiven Aussagen identifizieren. Sie lehnen öfters die negativen Behauptungen ab. Andersrum ist es bei den WählerInnen der ČSSD und der KSČM. Herausragend ist dieses Unterschied im Fall der Bewertung des Anstiegs der Prestige der Tschechischen Republik in der Welt, 83 % der BefürworterInnen der ODS stimmen dieser Aussage zu, aber nur 58 % der SympathisantInnen der ČSSD und nur 41 % der RespondentInnen, die sich zu der KSČM bekennen. Aber mit der Aussage der besseren Möglichkeiten, in anderen Ländern der Europäischen Union zu leben, studieren und arbeiten, identifizieren sich im großen Ausmaß alle SympathisantInnen dieser Parteien (88 % der ODS, 76 % der ČSSD und 65 % der KSČM) (CVVM 04/2011).

Was die Gebiete des öffentlichen Lebens angeht, so werden am besten die Bereiche der Ware und Dienstleistungen (51 % „eindeutig/eher positiver Einfluss“), Wissenschaft und Forschung (33 %) bewertet. Andersrum negativ sehen die Befragten die Lage der LandwirtschaftlerInnen (70 % „eindeutig/eher nachteilig“), der Industriebetriebe (33 %) und der kleineren und mittleren Unternehmer (38 %). Wieder sind die BefürworterInnen der ODS, die Jugend und die HochschulabsolventInnen mehr euroenthusiastisch. Fast bei allen Kategorien kam es zu einem Rückfall der positiven Bewertungen (ebd.).

Eine wichtige Kategorie ist auch, wie sich der Beitritt zur EU auf die Lebenssituation der Befragten widerspiegelte. Vor dem EU-Beitritt vermutete die Mehrheit, dass sich ihre Lebenssituation nach dem Beitritt verschlechtert. Nach dem EU-Beitritt kam es zu einer

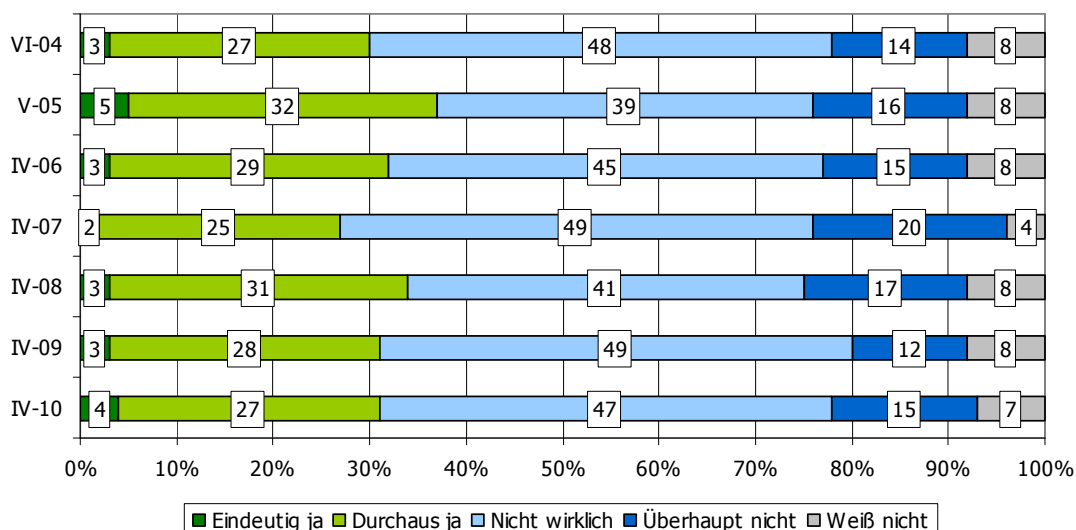
rasanten Veränderung. Während vor dem Beitritt nur 21 % der Befragten vermuteten, dass sich ihre Lebenssituation nicht ändern wird, liegt heutzutage dieser Anteil zwischen 65 und 75 %. Der Anteil der kritisch Denkenden sank von 38 % auf ungefähr 20 % (Abb. 9).

Abb. 9: In wie weit hat sich die Lebenssituation in Bezug auf den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union verändert? (in %)



Quelle: CVVM 04/2011

Abb. 10: Glauben Sie, dass die Entscheidungen in der Europäischen Union im Interesse der Tschechischen Republik sind?

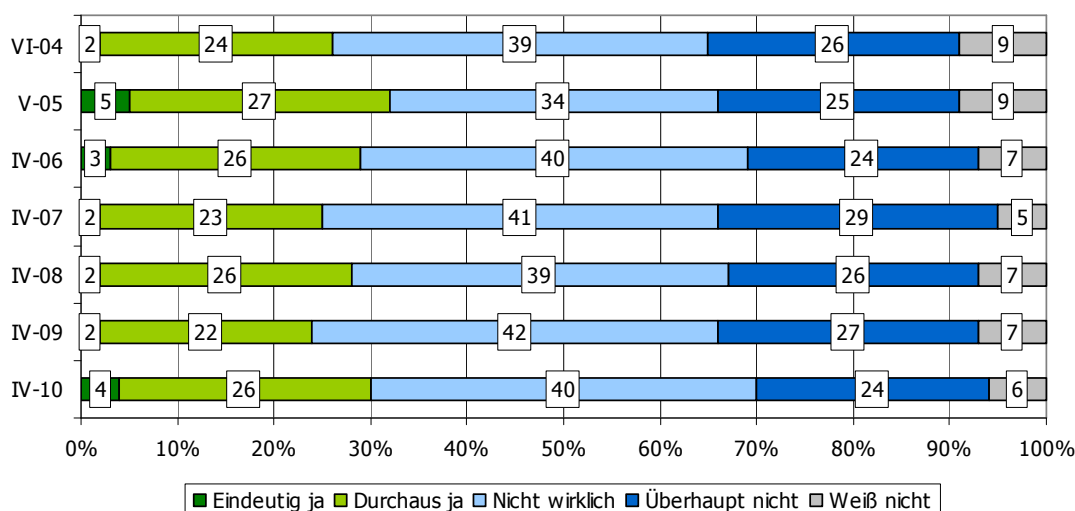


Quelle: CVVM 04/2010.

Ungefähr drei Fünftel der BürgerInnen glauben nicht, dass die Entscheidungen der Europäischen Union im Interesse der Tschechischen Republik sind. Nur fast ein Drittel

glaubt, dass die Entscheidungen der Europäischen Union mit den Interessen der Tschechischen Republik übereinstimmen (Abb. 10). Noch in einem geringeren Ausmaß sind die BürgerInnen davon überzeugt, dass die Entscheidungen der Europäischen Union im Interesse der Menschen wie sie selbst sind. Mehr als zwei Drittel glauben dieser Aussage nicht. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung neigt der Extremvariante, dem absoluten Misstrauen zu. Das gesamte Vertrauen bilden nur ein Viertel der BürgerInnen (Abb. 11).

Abb. 11: Glauben Sie, dass die Europäische Union im Interesse der Personen entscheidet?



Quelle: CVVM 04/2010.

Das Misstrauen erklären ältere BürgerInnen, vor allem die, die über 60 Jahre alt sind, und Personen mit deklariertem schlechtem Lebensniveau. Andersrum die Personen mit gutem Lebensniveau glauben öfters, dass die Entscheidungen der Europäischen Union sowohl im Interesse des Staates als auch der BürgerInnen sind. Unter dem Gesichtspunkt der Sympathien zu den politischen Parteien sprechen die BefürworterInnen der ODS in größerem Ausmaß das Vertrauen, als die der KSČM, aus.

4.4 Teilaspekte der europäischen Integration

4.4.1 Euro – das ewig aufgeschobene Thema

Die Tschechische Republik verpflichtete sich im Zugangsvertrag über die Europäische Union zur Übernahme des Euros, erhielt aber gleichzeitig eine Ausnahmeklausel, die kein fixes Datum vorsah, wann die Tschechische Republik der Monetärunion beitreten muss. Um die Währung Euro in der Tschechischen Republik einzuführen, muss die ČR

erstens die so genannten Konvergenzkriterien²² (diese beinhalten die Preisentwicklung, Finanzpolitische Entwicklung, Wechselkursentwicklung und Entwicklung der langfristigen Zinssätze) erfüllen und zweitens muss die politische Repräsentation bestimmen, wann es stattfinden sollte. Dies ist natürlich auch davon abhängig, welche Stellungnahme die politische Repräsentation zum Thema Euro hat und wie sie sich bemüht, die Kriterien zu erfüllen. Zum ersten Mal sprach über die Übernahme des Euros der damalige Finanzminister Jiří Rusnok (2001-2002), der als reelles Datum für die Übernahme das Jahr 2008 bezeichnete. Die Tschechische Republik erfüllte jedoch damals noch nicht die Konvergenzkriterien (Vgl. Klíč. In Brunclík/Klíč 2009: 84). Zur Einführung von Euro wurde eine Strategie der Tschechischen Republik für die Aufnahme in die Eurozone aus dem Jahr 2003 eingeführt, die vermutete, dass die Tschechische Republik den Euro in den Jahren 2009-2010 übernehmen wird. Die Regierung von Mirek Topolánek (ODS) entschied sich im Oktober 2006, diesen Termin zu verschieben. Die aktuelle Strategie wurde im August 2007 genehmigt, jedoch beinhaltete sie kein fixes Datum, denn zuerst muss man alle notwendigen Reformen durchführen, so der damalige Premierminister Mirek Topolánek (Hospodářské noviny, 14.9.2006. In Klíč. In Brunclík/Klíč 2009: 85). Bis jetzt gibt es kein festes Datum für die Übernahme von Euro.

Intermezzo – die politischen Parteien und der Euro

ČSSD

In einem grundlegenden langfristigen Programm aus dem Jahr 2005 kommt das Thema Euro zum ersten Mal vor. Die Partei wollte, dass die Tschechische Republik bis zum Jahr 2010 der europäischen Monetärunion beitrifft (ČSSD 2005: 56). Im jüngsten Parteiendokument setzt sich die ČSSD das Ziel, den Euro in den Jahren 2015-2016 einzuführen, wenn es die Wirtschaftsentwicklung erlaubt (ČSSD 2010: 4). Bei der wirtschaftlichen Konferenz der ČSSD „Arbeit und Prosperität“ wurde erklärt, dass die Übernahme des Euros ein langfristiges Ziel der ČSSD ist (Paroubek 2010). In diesem Dokument wurde die vorige Regierung kritisiert, weil sie den Euro in der Zeit der dazu geeigneten Bedingungen nicht annahm und weil sie sich nicht bemühte, die Konvergenzkriterien zu erfüllen.

²² Für näheren Informationen zu Konvergenzkriterien siehe die Europäische Zentralbank: URL: <http://www.ecb.int/ecb/orga/escb/html/convergence-criteria.de.html>.

KDU-ČSL

Bereits seit Ende der 1990er Jahren äußerten sich manche PolitikerInnen der KDU-ČSL sehr positiv zum Thema Euro. U. a. Václav Slavíček (1999) erklärte bei einer Pressekonferenz im Jahr 1999, dass die „volle Integration der Tschechischen Republik in die Europäische Union auch eine möglichst schnelle Integration in die europäische Währungsunion Euro heißen sollte“. Laut dem Programm für die Wahlen ins Abgeordnetenhaus 2010 will die KDU-ČSL den Euro sobald wie möglich einführen und diesen Integrationsprozess nicht mehr verschieben.

KSČM

KSČM ist zwar eine hart-euroskeptische Partei, jedoch vor den Wahlen im Jahr 2006 äußerte sich der Stellvertretender Parteivorsitzender Jiří Dolejš (2006) zum Euro wie folgt: „KSČM ist nicht apriorisch gegen das Projekt der europäischen Währung. (...) Der Übergang zum Euro soll nicht auf Kosten der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität des Landes erfolgen“. Im Wahlprogramm für die Wahlen ins Abgeordnetenhaus 2010 äußert sich die KSČM diesem Thema nicht.

ODS

Die ODS äußerte sich zum Thema Euro schon in ihrem Wahlprogramm ins Abgeordnetenhaus im Jahr 2002. Die Frage der Übernahme des Euros war für sie damals verfrüht (ODS 2002: 5). Bei den Wahlen ins Europäische Parlament 2004 strebte sie danach, dass die Tschechische Republik in absehbarer Zeit fähig sei, alle Konvergenzkriterien zu erfüllen, damit sie sich dann in einer Volksabstimmung über den Beitritt zur Eurozone frei entscheiden kann (ODS 2004: 6). Bis zu den letzten Wahlen 2010 äußerte sie sich zu diesem Thema sehr verschwommen. Im Wahlprogramm zu den Wahlen ins Abgeordnetenhaus 2010 drückte sie aus, dass die Tschechische Republik theoretisch im Jahr 2015 ein Mitglied der Eurozone werden könnte, sofern die Vorteile die Nachteile überwiegen werden (ODS 2010: 16).

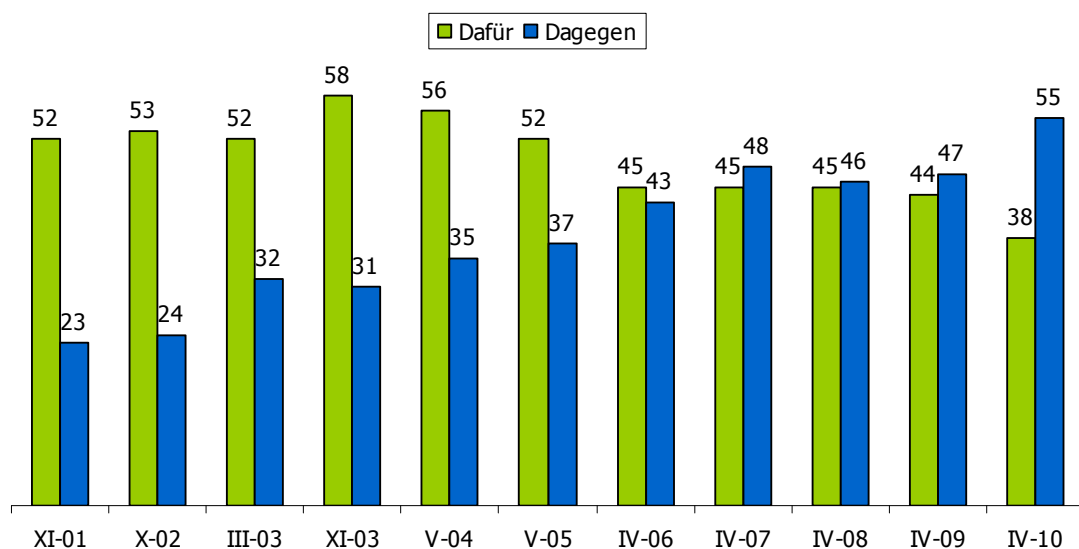
Keine von den erwähnten politischen Parteien sprach sich je gegen die Übernahme des Euros aus. Während die euroenthusiastischen Parteien – ČSSD und KDU-ČSL – der Währungsunion so bald wie möglich beitreten wollten und regelmäßig dieses Thema ansprechen, nehmen die euroskeptischen Parteien – ODS und KSČM – eher einen Abstand von diesem Thema. Die zwei letztgenannten Parteien lehnten jedoch die Übernahme des Euros nie ab.

Die BürgerInnen und die Übernahme des Euros

Wie man bei folgender Graphik (Abb. 12) sehen kann, kam es bei den BürgerInnen zu einer Veränderung, was die Meinung zur Übernahme des Euros angeht. Während die positiven Einstellungen zwischen 2001 und 2005 die 50 % Grenze übertrafen und konstant waren, kann man bei den negativen Einstellungen eine steigende Tendenz bis vor kurzem (2010) beobachten. In den Jahren 2006-2009 war die positive und negative Einstellung zu diesem Thema ziemlich ausgeglichen. Im Jahre 2010 waren die positiv gegenüber Euro eingestellten BürgerInnen nur mit 38 % vertreten.

Im Vergleich zu den politischen Parteien kann man feststellen, dass die BürgerInnen ein bisschen negativer zum Thema Euro eingestellt sind. Sogar die euroskeptischen Parteien wie ODS und KSČM würden den Euro akzeptieren, sobald die Bedingungen für die ČR vorteilhaft wären. Die politischen Parteien sind zwar positiver eingestellt, jedoch nur mit einer Aussicht in die Zukunft. Die ČSSD genauso wie die ODS würden den Euro im Jahr 2015 einführen. Man kann nur spekulieren, ob die Einstellung der BürgerInnen anders (positiver) sein würde, wenn man die Frage wie folgt formulierte: „Sind Sie damit einverstanden, dass die ČR die Währung Euro im Jahr 2015 einführt?“.

Abb. 12: Stimmen Sie für oder gegen die Einführung von Euro als Währung in der Tschechischen Republik?



Anm.: Dafür bilden die Antworten „sicher“ und „eher stimme ich dafür“; Dagegen bilden die Antworten „eher“ und „sicher stimme ich dagegen“; Der restliche prozentuelle Anteil bis zu 100 % bilden die Antworten „ich weiß nicht“.

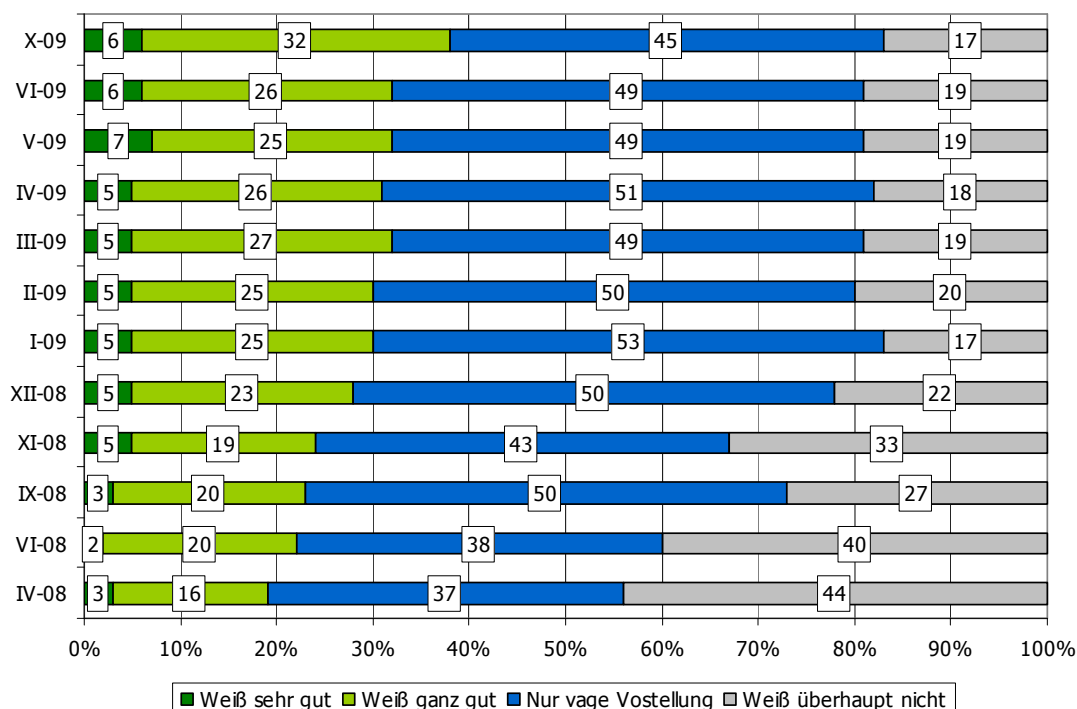
Quelle: CVVM 04/2010.

Die Einstellung der BürgerInnen zum Euro spiegelt die allgemeinen Trends der Einstellung der BürgerInnen zur Europäischen Union. Für den Euro waren hauptsächlich StudentInnen, HochschulabsolventInnen, führende oder hoch qualifizierte MitarbeiterInnen und BefürworterInnen der ODS, wiederum dagegen waren in höherem Ausmaß PensionistInnen, diejenigen mit schlechterer Lebenssituation, ArbeiterInnen und WählerInnen der KSČM. Die Unterstützung des Euros nimmt mit zunehmendem Alter und mit sinkendem Lebensstandard ab.

4.4.2 Vertrag von Lissabon

Auf der inländischen politischen Szene war der Vertrag von Lissabon Gegenstand langwieriger und zugespitzter Kontroversen (siehe Kap. 3). Die tschechische Öffentlichkeit distanzierte sich beträchtlich von diesem Thema.

Abb. 13: Wissen Sie, was der Begriff Vertrag von Lissabon heißt?

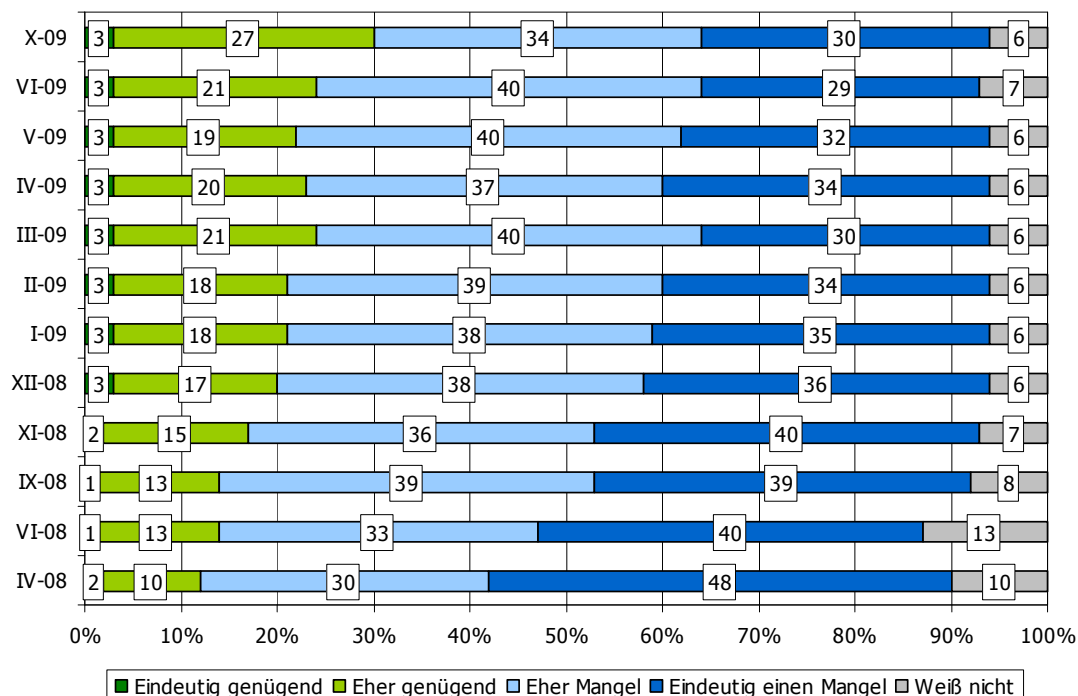


Quelle: CVM 10/2009

Der Begriff Vertrag von Lissabon ist nicht ganz einem Drittel bekannt. Ungefähr die Hälfte der Bevölkerung hat nur ein oberflächliches Bewusstsein über diesen Vertrag und ein Fünftel weiß überhaupt nicht, was dieser Begriff heißt. Im Vergleich zu April 2008, als nur 19 % der Befragten wussten, was der Vertrag von Lissabon heißt, war die Anzahl dieser Personen im Oktober 2009 doppelt so hoch. Die Anzahl der Personen, die nicht wussten, was dieser Begriff heißt, sank von 44 % im April 2008 auf 17 % im Oktober 2009 (Abb. 13). Gleiche Tendenz kann man auch bei der Informiertheit über

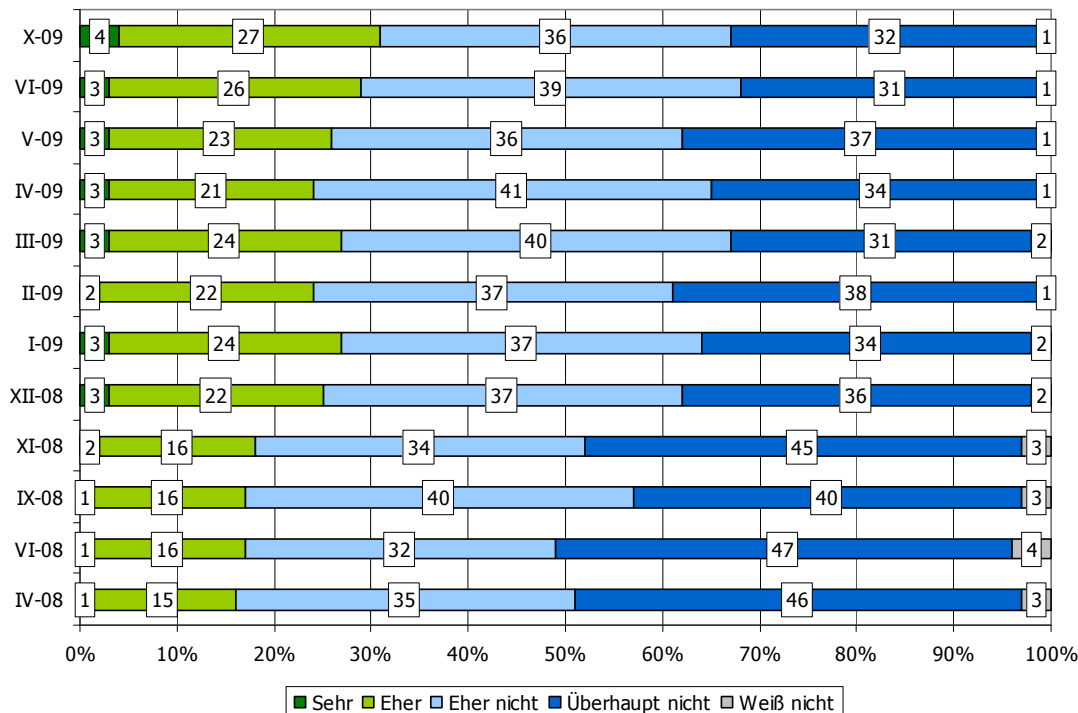
den Vertrag von Lissabon beobachten (Abb. 14). Dazu trugen sicherlich auch die intensiven Debatten auf der politischen Szene bei, die vor allem im Jahr 2009 in unterschiedlichen Medien präsent waren.

Abb. 14: Haben Sie genug Informationen über den Vertrag von Lissabon?



Quelle: 10/2009

Abb. 15: Interessieren Sie sich um das Geschehen in Bezug auf den Vertrag von Lissabon?



Quelle: CVVM 10/2009

Nicht nur die mangelhafte Informiertheit und Vertrautheit des Vertrags von Lissabon sondern fast kein Interesse für dieses Thema herrschte in der tschechischen Öffentlichkeit. Nur ein Viertel interessierte sich für diesen Vertrag, der Rest der Gesellschaft zeigte mehr oder weniger Desinteresse dafür. Auch bei dieser Kategorie kann man einen Zuwachs an Personen beobachten, die sich für den Vertrag von Lissabon interessierten (Abb. 15).

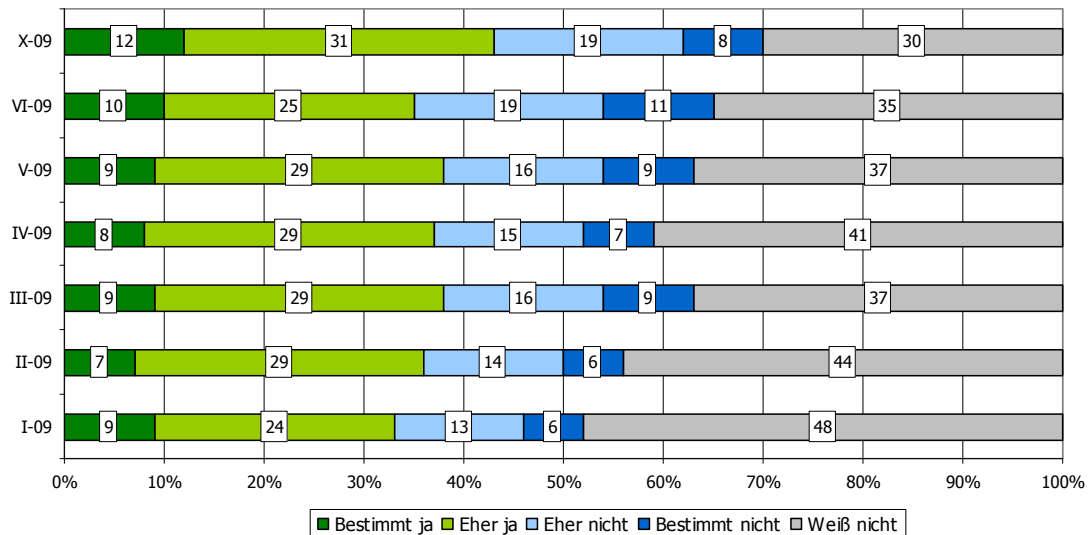
Was alle drei Kategorien angeht, so zeigen eher die Männer und Menschen, die ihre Lebenssituation als gut erklären, ein höheres Bewusstsein. Mit einem höher erreichten Ausbildungsgrad nimmt der Anteil derjenigen zu, die wissen, was dieser Begriff heißt, und die größeres Interesse und genug Informationen zu diesem Thema haben.

Man fragte die tschechischen BürgerInnen nach ihrer Meinung, wie sich die Stellung der Tschechischen Republik in der Europäischen Union nach der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon ändern würde. Zwei Fünftel waren davon überzeugt, dass sich die Stellung nicht ändern würde, gleichviel, ungefähr ein Fünftel Anteile, waren sowohl von einer Verbesserung als auch Verschlechterung überzeugt. Ungefähr ein Viertel der Bevölkerung konnte sich zu diesem Thema nicht äußern (CVVM 10/2009).

Wie bei allen Kategorien gibt es auch bei diesem Thema Unterschiede, was den Bildungsgrad und die Lebenssituation angeht. Die Menschen mit höherer Ausbildung, sind im größeren Ausmaß davon überzeugt, dass sich die Stellung der Tschechischen Republik in der Europäischen Union nach der Ratifizierung des Vertrags verbessert oder nicht ändert. Andersrum Personen mit niedrigerer Ausbildung denken seltener, dass sich die Stellung verbessert. Sie haben öfters keine Stellungnahme zu diesem Thema. Auch die BürgerInnen mit gutem Lebensniveau erwarten Verbesserung oder keine Veränderung. Skeptischer sind auch wie bei den anderen Umfragen die potenziellen WählerInnen der KSČM, die im größeren Ausmaß denken, dass sich dadurch die Stellung der Tschechischen Republik verschlechtern würde.

Knapp ein Drittel der Befragten war nicht fähig zu sagen, ob man den Vertrag von Lissabon ratifizieren sollte oder nicht. Knapp über ein Viertel war dagegen und etwas über 40 % dafür (Abb. 16).

Abb. 16: Sollte man den Vertrag von Lissabon Ihrer Meinung nach ratifizieren?



Quelle: CVVM 10/2009

4.5 Fazit

Im tschechischen Umfeld überwiegt ständig eine positive aber auch eine neutrale Wahrnehmung des europäischen Integrationsprozesses. Die Mehrheit der BürgerInnen stellt sich der Europäischen Union positiv oder neutral gegenüber, ist in der Union relativ zufrieden und nimmt die Mitgliedschaft in der Europäischen Union als eine „gute Sache“ auf. Es heißt jedoch nicht, dass es keine kritischen Strömungen in der tschechischen Gesellschaft gäbe. Im Vergleich zu den anderen MOE-Staaten kann man die Stellungnahme der tschechischen BürgerInnen zur europäischen Integration als sehr vorsichtig und mit einer Prise Euroskeptizismus charakterisieren. Zu der Europäischen Union könnte man sagen, dass die tschechischen BürgerInnen einen gewissen Abstand nehmen und dass sie nicht nur die positiven sondern auch die negativen Seiten der europäischen Integration aufnehmen. Überzeugte EuroskeptikerInnen sind in der Tschechischen Republik in Minderheit, denn sie werden nur von ungefähr einem Zehntel der Gesellschaft vertreten.

Erst mit den Beitrittsverhandlungen konnten sich die BürgerInnen ein gewisses Bild über die Europäische Union machen, da das Thema der europäischen Integration regelmäßig auf der politischen Ebene behandelt wurde und in den tschechischen Medien präsent war. Mit dem sich nähernden EU-Beitritt kamen hauptsächlich die Befürchtungen der BürgerInnen vor diesem großartigen Ereignis in den Vordergrund. Der Weg zurück nach Europa war immerhin ein Weg ins Unbekannte. Die Befürchtungen betrafen vor allem das Lebensniveau der BürgerInnen, welches sich nach dem EU-Beitritt verschlechtern sollte. Bereits 2005 gab die Mehrheit der

BürgerInnen zu, dass sich ihre Lebenssituation wegen dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik nicht veränderte. Manche Aspekte der europäischen Integration werden von der tschechischen Bevölkerung besser manche schlechter wahrgenommen. In der tschechischen Bevölkerung werden vor allem die europäischen Werte wie Demokratie, Zusammenarbeit und Solidarität betont. Die Lücken der Europäischen Union sind in erster Linie die Gleichheit und Gerechtigkeit. Die Europäische Union bringt mit sich Vorteile im Bereich der Verteidigung und der Umwelt. Nachteile der Europäischen Union sind der Zuwachs der Bürokratie und Administration, übermäßige Beschränkungen durch europäische Gesetze, übermäßig großer Einfluss auf die tschechische Politik und die Benachteiligung der tschechischen LandwirtschafterInnen und kleinen und mittleren UnternehmerInnen. Zu den Vorteilen zählt man die bessere Möglichkeit in der Europäischen Union zu studieren, arbeiten und leben, direkte Zuschüsse aus den Fonds der Europäischen Union, die Verbesserung der Dienstleistungen auf dem tschechischen Markt und des Warenangebots und die breiten Möglichkeiten für die Wissenschaftsforschung.

Letztendlich kann man die BürgerInnen in drei Gruppen aufgrund ihrer Einstellungen zu der Europäischen Union und mancher soziodemografischen Faktoren, die bei den Untersuchungen von CVVM immer auftauchen, zusammenfassen. Die EuroenthusiastInnen sind die AnhängerInnen der ODS, SZ und US(-DEU), Personen im Alter von 15 bis 44 Jahren, Personen mit einem höheren Ausbildungsgrad, vor allem die HochschulabsolventInnen, Personen mit einem deklarierten guten Lebensniveau, mit höherem Gehalt, StudentInnen, hochqualifizierte und führende MitarbeiterInnen und UnternehmerInnen und Gewerbetreibende. Zu den EuroskeptikerInnen gehören die AnhängerInnen der KSČM und die traditionellen NichtwählerInnen, Personen mit Grund- und Lehrausbildung, im Alter von 60 und mehr Jahren, Personen mit einem deklarierten schlechten Lebensniveau und niedrigem Gehalt, Pensionisten, ArbeiterInnen, unqualifizierte MitarbeiterInnen und Arbeitslose. Die AnhängerInnen der Parteien ČSSD und der KDU-ČSL und die im Alter von 45 bis 60 Jahren, die weder ein gutes noch ein schlechtes Gehalt haben, stehen irgendwo in der Mitte dieser zwei Kategorien.

5 Zusammenfassung

Der Euroskeptizismus ist ein Begriff, der seinen Ursprung im Mediendiskurs hat und der im Allgemeinen die Kritik an und die Unzufriedenheit mit dem Prozess der europäischen Integration darstellt. Im Kontext des Vertrags von Maastricht, kommt es in den 1990er zu einer Zunahme der euroskeptischen Strömungen nicht nur unter den politischen Eliten sondern auch in der Bevölkerung. Dazu tragen vor allem die Verbreitung und die Erweiterung der Europäischen Union bei.

In den 1990er Jahren gewinnt der Euroskeptizismus auch in der wissenschaftlichen Literatur an Bedeutung und eine Reihe an WissenschaftlerInnen versucht ihn zu definieren. Die wohl einflussreichste Definition kommt von Aleks Szczerbiak und Paul Taggart, die zwischen zwei Typen von Euroskeptizismus unterscheiden. Unter dem harten Euroskeptizismus verstehen sie eine prinzipielle Opposition gegenüber dem gesamten europäischen Integrationsprozess und unter dem weichen Euroskeptizismus eine qualifizierte Opposition gegenüber manchen politischen Bereichen oder gegenüber der aktuellen oder zukünftigen Trajektorie der Europäischen Union. Das Verhalten der Akteure, in Form einer politischen Partei oder eines Bürgers/einer Bürgerin, wird durch unterschiedliche Motive gesteuert. Ausgehend davon, wo die politische Partei in dem politischen Spektrum steht und Unterschieden nach ihrer Beziehung zu den anderen Parteien, könnten die Einstellungen zu der europäischen Integration groÙteils erklärt werden. Es gibt drei Hauptmodelle – das wirtschaftliche, kulturelle und institutionelle –, die erläutern, was die Akteure dazu motiviert, die europäische Integration zu unterstützen oder abzulehnen.

Diese Arbeit liefert eine spezifische Darstellung des Phänomens Euroskeptizismus am Fallbeispiel der Tschechischen Republik mit Fokus auf die Demokratische Bürgerpartei. Dabei wurde untersucht, inwieweit sich die Einstellungen der politischen Elite in der Tschechischen Republik gegenüber der Europäischen Union seit dem Jahr 1989 änderten und welche Rolle dabei die euroskeptischen Strömungen dieser politischen Elite innerhalb der tschechischen Bevölkerung spielen.

Nach dem Kollaps des kommunistischen Regimes besteht in der Tschechischen Republik, wie auch in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern, einen Konsens über die Eingliederung des eigenen Staates in die Europäische Union unter dem Motto „Rückkehr nach Europa“. Die politische Elite arbeitet ein neues Konzept der Außenpolitik aus, verfolgt die schnelle Mitgliedschaft in der Europäischen Union und unternimmt wirtschaftliche, institutionelle und gesellschaftliche Reformen, um die

Beitrittskriterien möglichst bald zu erfüllen. Europäische Themen stehen jedoch nicht im Mittelpunkt der politischen Debatten und die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist zwar ein wichtiges aber ein sehr entferntes Ziel. Die Zeit unmittelbar nach der Wende ist somit durch eine Euphorie und einen Euroenthusiasmus gekennzeichnet. Die Tschechische Republik eröffnet die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union offiziell im Jahr 1998. Die Übernahme der Beitrittskriterien in der Tschechischen Republik wird ab diesem Zeitpunkt regelmäßig von der Europäischen Kommission sehr kritisch bewertet. Wegen dieser Kritik und anderen sehr sensiblen Themen (Atomkraftwerk Temelín, Beneš-Dekrete, Übergangsperiode für den freien Verkehr von ArbeitnehmerInnen) kommt es am Ende der 1990er Jahren zu einer Ernüchterung und Skepsis. Manche politische Parteien sprechen immer mehr über die Probleme, die mit der Mitgliedschaft verbunden sind und in der Tschechischen Republik kristallisieren sich zunehmende euroskeptische Strömungen heraus.

In Bezug auf die zwei Kategorien des Euroskeptizismus von Taggart und Szczerbiak – weich und hart – gehören die Stellungnahmen der Demokratischen Bürgerpartei aufgrund der gewonnen Daten zum weichen Euroskeptizismus und der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens zum harten Euroskeptizismus. Der Euroskeptizismus ist somit ein Bestandteil des tschechischen politischen Systems, da beide Parteien immer im Parlament der Tschechischen Republik vertreten waren. Alle anderen relevanten Parteien – ČSSD und KDU-ČSL – sind euroenthusiastisch und ihre Einstellungen zu der europäischen Integration änderten sich im Laufe der letzten 20 Jahren nicht, da sie immer die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und weitere Vertiefungen der europäischen Integration unterstützten.

Der Grund für den harten Euroskeptizismus der KSČM liegt in ihrer Ideologie (Kommunismus) und Parteienposition (Weit-Links-Partei in der Opposition). Die KSČM ist die einzige im Parlament der ČR vertretene Partei, die von Anfang an gegen die volle Mitgliedschaft in der Europäischen Union war und die wollte, dass die tschechischen BürgerInnen darüber selbst entscheiden, ob sie der Europäischen Union beitreten wollen oder nicht. Die KSČM hat eine stabile WählerInnenschaft, die auch eine euroskeptische Haltung vertritt. Aufgrund eines Vergleichs der Wahlprogramme spricht die KSČM das Thema der europäischen Integration am meisten im Jahr 2002, vor dem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union an. Vor- sowie auch nachher ist das Thema der europäischen Integration präsent, wird aber in keinem von den Wahlprogrammen in Detail erläutert. Was die KSČM angeht, haben sich beide Hypothesen bestätigt.

Die Demokratische Bürgerpartei ist eine weich-euroskeptische Partei, die die Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der Europäischen Union unterstützt, jedoch gegen manche politische Bereiche der Europäischen Union und gegen weitere Vertiefung der europäischen Integration ist. Aufgrund ihres ideologischen Charakters (Wirtschaftsliberalismus und (National-)Konservatismus) findet sie den europäischen Binnenmarkt zu überreguliert, interventionistisch und zu sehr wohlfahrtsorientiert und die Europäische Union insgesamt als zu bürokratisch, zentralistisch und anti-demokratisch. Die ODS betont die wirtschaftliche Seite der Europäischen Union und setzt sich für ein „Europa der Nationen“ ein. Die Souveränitätsfrage, das nationale Interesse und die tschechische Kultur sind von besonderer Bedeutung für sie.

Die Beziehungen der Demokratischen Bürgerpartei zur europäischen Integration begehen eine dynamische Entwicklung ab dem Jahr 1991. Zu Beginn ihrer Existenz kann man die ODS als einen eindeutigen Befürworter der europäischen Integration bezeichnen. Dies geschieht aber noch in der Zeit vor Maastricht. Durch die zunehmende Aufnahme der Kontakte der Tschechischen Republik mit der Europäischen Union und unter der Führung von Václav Klaus kommt es ab 1998 zur ausführlichen Erfassung der europäischen Integration in den Wahlprogrammen der Demokratischen Bürgerpartei. Die Rolle der Demokratischen Bürgerpartei in der Opposition löst ein erhöhtes Bedürfnis an Betonung der europäischen Themen in der nationalen Politik aus. Die europäischen Themen werden zum Mittel des politischen Kampfes auf der nationalen Ebene und die Demokratische Bürgerpartei artikuliert ihre „realistische“ Stellungnahme zu der europäischen Integration mit einer ziemlich konkreten Sprache. Der europäische Integrationsprozess und der Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union führen eher zu einer Präzisierung als zu einer Erhärtung der Einstellungen der Demokratischen Bürgerpartei zur Europäischen Union. Die Grundfundamente der parteilichen Stellungnahme zur europäischen Integration bleiben ab 1998 eher konstant.

Die erste Hypothese wird dadurch bestätigt, da sich die ODS mit dem sich nähernden Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union immer mehr, präziser und konkreter dem Thema der europäischen Integration in ihren Wahlprogrammen widmet. Nach dem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union werden die europäischen Themen weiterhin konkret behandelt, jedoch wird diesem Thema nicht mehr so viel Aufmerksamkeit gewidmet, wie es der Fall vor dem Beitritt war. Die zweite Hypothese wird in Bezug auf die ODS widerlegt, da ihre WählerInnenschaft zu der am positivsten eingestellten Gruppe der europäischen Integration gehört. Auch die

ČSSD widmet sich dem Thema der europäischen Integration am meisten im Jahr 2002. Interessant ist zu beobachten, da gerade diese euroenthusiastische Partei von denjenigen gewählt wird, die eher skeptischer gegenüber der Europäischen Union eingestellt sind. Auch im Fall der ČSSD bestätigt sich die zweite Hypothese nicht.

In den letzten Jahren kurz vor der Volksabstimmung über den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union gibt es immer mehr Personen, die sich für dieses Ereignis interessieren. Nach dem Beitritt stellt man fest, dass das Interesse für das politische Geschehen in der Europäischen Union unter den tschechischen BürgerInnen sinkt. Nur ein Drittel der BürgerInnen in der Tschechischen Republik interessiert sich heutzutage für das Geschehen in der europäischen Union, ist mit der Europäischen Union zufrieden und findet die Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der Europäischen Union als eine gute Sache. Für die Mehrheit der BürgerInnen stellt die Europäische Union etwas Neutrales dar. Ungefähr 40 % der BürgerInnen sind weder zufrieden noch unzufrieden mit der Europäischen Union und 45 % finden die Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der Europäischen Union als eine weder gute noch schlechte Sache. Es heißt jedoch nicht, dass es keine kritischen Strömungen in der tschechischen Gesellschaft gäbe. Im Vergleich zu den anderen MOE-Staaten kann man im Allgemeinen die Stellungnahme der tschechischen BürgerInnen zu der Europäischen Union als sehr vorsichtig und mit einer Prise Euroskeptizismus charakterisieren. Zu der Europäischen Union könnte man sagen, dass die tschechischen BürgerInnen einen gewissen Abstand nehmen und dass sie nicht nur die positiven sondern auch die negativen Seiten der europäischen Integration aufnehmen. Überzeugte Euroskeptiker sind in der Tschechischen Republik in Minderheit, denn sie werden nur von einem Zehntel der Gesellschaft vertreten, und meistens handelt es sich um solche Personen, die auch eine kritische Haltung zum innenpolitischen Geschehen im Allgemeinen haben. Die erste Hypothese bestätigt sich somit in Bezug auf die tschechische Öffentlichkeit.

Besteht es eine Verbindung zwischen den politischen Parteien und ihrer WählerInnenschaft, was ihre Einstellungen zu dem europäischen Integrationsprozess angeht?

Die euroskeptischen sowie auch die euroenthusiastischen Strömungen der politischen Parteien spielen innerhalb der tschechischen Bevölkerung aufgrund der gewonnen Daten eher keine Rolle, denn nur ein Drittel der tschechischen Bevölkerung sich für die Politik der Europäischen Union interessiert. Dazu fühlen sich die WählerInnen nicht wirklich als VertreterInnen der gleichen Meinungen von ihren Präferenzparteien

sondern eher als SympathisantInnen. Wenn sie sich in den Wahlen für eine politische Partei entscheiden, spielt somit die europäische Politik dieser Partei kaum eine Rolle. Wenn sich die euroenthusiastischen WählerInnen für die euroskeptische ODS und andersrum die euroskeptischen WählerInnen für die euroenthusiastische ČSSD entscheiden, ist es nicht aufgrund ihrer Einstellung zum europäischen Integrationsprozess sondern eher aufgrund der innenpolitischen Situation.

Wie schon in der Arbeit erwähnt wurde: die Europäische Union ist kein abgeschlossenes Projekt. Wie sich die Europäische Union entwickelt, können sich auch die Einstellungen der politischen Parteien oder auch der BürgerInnen zum Prozess der europäischen Integration ändern. Für die Zukunft der Europäischen Union ist somit ein Dialog zwischen diesen zwei Gruppen sehr wichtig, da beide Gruppen eine bedeutende Rolle in der Europäischen Union spielen können. Einerseits gewinnen die politischen Parteien als RepräsentantInnen ihrer WählerInnen immer mehr Kompetenzen auf der europäischen Ebene. Andererseits können sich auch die BürgerInnen direkt im Rahmen von Volksabstimmungen und indirekt im Rahmen der Wahlen ins Europäische Parlament dem politischen Geschehen in der Europäischen Union äußern. Die Studie zeigt, je mehr die BürgerInnen über die Europäische Union wissen, desto mehr sind sie mit ihr zufrieden. Die Europäische Union stellt für die meisten BürgerInnen etwas Entferntes da, auch dadurch dass manche Verhandlungen auf der europäischen Ebene „hinter geschlossenen Türen“ stattfinden.

Hierzu wird diese Studie mit einem Zitat von Marie Skłodowska Curie abgeschlossen:

„Man braucht nichts im Leben zu fürchten, man muss nur alles verstehen.“

Literaturverzeichnis:

- ABTS, Koen; KROWEL, André. Varieties of Euroscepticism and Populist Mobilization: Transforming Attitudes from Mild Euroscepticism to Harsh Eurocynicism. *Acta Politica*. Juli 2007, 42, 2-3, S. 252-270.
- BALÍK, Stanislav. *Občanská demokratická strana a česká politika: ODS v českém politickém systému v letech 1991-2006*. Brno: Centrum pro studium demokracie a kultury (CDK), 2006.
- BAUN, Michael; DÜRR, Jakub; MAREK, Dan; ŠARADÍN, Pavel. The Europeanization of Czech Politics: The Political Parties and the EU Referendum. *Journal of Common Market Studies*. Juni 2006, 44, 2, S. 249-280.
- BEICHELT, Timm. Die Folgen der Osterweiterung für politische Kultur und Demokratie in Mitteleuropa. In BRUNN, Moritz; et al. [Hrsg.]: *Transformation und Europäisierung. Eigenarten und (Inter-)Dependenzen von postsozialistischem Wandel und Europäischer Integration*. Münster: Lit Verlag, 2009. S. 107-130.
- BRAUN, Mats. *Understanding Klaus – The Story of Czech Eurorealism*. EPIN Working Paper Nr. 26, 25. November 2009.
- BRUNCLÍK, Miloš; KLÍČ, Zbyněk [Hrsg.]. *Z periferie do centra Evropy: 20 let vývoje vztahu ČR k EU*. Praha: Cevro Institut, 2009.
- BRUSIS, Martin. Zwischen europäischer und nationaler Identität – Zum Diskurs über die Osterweiterung der EU. In KLEIN, Ansgar; et al. [Hrsg.]. *Europäische Öffentlichkeit – Bürgergesellschaft – Demokratie*. Opladen: Leske + Budrich, 2003. S. 255-272.
- CONTI, Nicolo. Party Attitudes to European Integration: A Longitudinal Analysis of the Italian Case. *Sussex European Institute Working Paper 70*. Brighton, 2003.
- CONTI, Nicolo. Domestic Parties and European Integration: the Problem of Party Attitudes to the EU, and the Europeanisation of parties. *European Political Science*. Juni 2007, 6, 2, S. 192-207.
- DE VRIES, Catherine E.; EDWARDS, Erica E.. Taking Europe to its Extremes: Extremist Parties and Public Euroscepticism. *Party Politics*. Januar 2009, 15, 1, S. 5-28.
- EICHENBERG, Richard C.; DALTON, Russell J.. Post-Maastricht Blues: The Transformation of Citizen Support for European Integration, 1973-2004. *Acta Politica*. 2007, 42, 2-3, S. 128-152.
- EUROPÄISCHER RAT. *Schlussfolgerungen des Vorsitzes*. Kopenhagen, 21.-22. Juni 1993. URL: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf
- FAJMON, Hynek [Hrsg.]. *Cesta České republiky do Evropské Unie*. Brno: Centrum pro studium demokracie a kultury, 2004.
- FIALA, Petr; MIKŠ, František [Hrsg.]. *Česká konzervativní a liberální politika: Sborník k desátému výročí založení revue Proglas*. Brno: Centrum pro studium demokracie a kultury (CAD), 2000.

- FIALA, Petr; PITROVÁ, Markéta [Hrsg.]. *Evropská referenda*. Brno: Centrum pro studium demokracie a kultury (CDK), 2005.
- FLOOD, Christopher. *Euroscepticism: A Problematic Concept*. Paper presented to the UACES 32nd Annual Conference and 7th Research Conference. Queen's University Belfast. 2002.
- FLOOD, Christopher; USHERWOOD, Simon. *Ideological Factors in Party Alignments on the EU: A Comparison of Three Cases*. Paper presented at EUSA Tenth Biennial International Conference, Montreal, 17-19. Mai 2007.
- FUCHS, Dieter; MAGNI-BERTON, Raul; ROGER, Antoine [Hrsg.]. *Euroscepticism: Images of Europe among mass publics and political elites*. Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers, 2009.
- GAISBAUER, Helmut P.. Ideologie oder Strategie?: Polnischer Euroskeptizismus nach dem EU-Beitritt. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*. 2006, 35, 2, S. 173-187.
- GÜTTEL, Wolfgang H.. Programmatische Innovation und Parteienwettbewerb: eine empirische Analyse der Wahlprogramme der österreichischen Parteien von 1983 bis 1995. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*. 1998, 2, S. 193-210.
- HANLEY, Seán; SZCZERBIAK, Aleks. Explaining the Success of Centre-Right Parties in Post-Communist East Central Europe: A Comparative Analyses. *Sussex European Institute Working Paper 94*. Brighton, 2007.
- HANLEY, Seán. *Referendum Briefing No 6: The Czech EU Accession Referendum, 13-14 June 2003*. OERN Opposing Europe Research Network.
- HANLEY, Seán. *The New Right in the New Europe: Czech transformation and the right-wing politics, 1989-2006*. Oxon: Routledge, 2008.
- HARMSSEN, Robert; SPIERING, Menno. *Euroscepticism: Party politics, national identity and european integration*. Amsterdam : Editions Rodopi B.V., 2004.
- HAVLÍK, Vlastimil; KANIOK, Petr [Hrsg.]. *Euroskepticismus a země střenění a východní Evropy*. Brno: Masarykova Univerzita, 2006.
- HAVLÍK, Vlastimil. Euroskepticismus a krajně pravicové strany v České republice. *Rexter – časopis pro výzkum radikalismu, extremismu a terorismu. Centrum strategických studií*. Brno, 2007, 6, 1, S. 32-40. http://casopis.rexter.cz/01-2007/rexter_01_2007-4.pdf
- HAVLÍK, Vlastimil. Jak je měřit? Přístupy a metody analýzy postojů politických stran k evropské integraci. *Central European Political Studies Review*. Brno, 2008, X, 4, s. 340-369. URL: <http://www.cepsr.com/dwnld/havlik20080403.pdf>
- HAVLÍK, Vlastimil. *České politické strany a evropská integrace: Evropeizace, evropanství, euroskepticismus?*. Brno: Masarykova Univerzita, Mezinárodní politologický ústav, 2009.
- HAVLÍK, Vlastimil. Mluvití stříbro, mlčení zlato? Aneb Několik poznámek k evropeizaci volební programatiky Komunistické strany Čech a Moravy. *Rexter – časopis pro výzkum radikalismu, extremismu a terorismu*. Brno: Centrum strategických studií, 2009, 7, 2, S. 34-63. <http://www.rexter.cz/wp-content/issues/2009/02/rexter-3.pdf>

- HIX, Simon. Euroscepticism as Anti-Centralization: A Rational Choice Institutional Perspective. *European Union Politics*. 2007, 8, 1, S. 131-150.
- HOOGHE, Liesbet. Europe Divided?: Elites vs. Public Opinion on European Integration. *European Union Politics*. 2003, 4, 3, S. 281-304.
- HOOGHE, Liesbet. What Drives Euroscepticism?: Part-Public Cueing, Ideology and Strategic Opportunity. *European Union Politics*. 2007, 8, 1, S. 5-12.
- HOOGHE, Liesbet; MARKS, Gary. *European Integration and Democratic Competition*. Bonn: Fridrich Ebert Stiftung, Internat. Politikanalyse, 2004.
- HOOGHE, Liesbet; MARKS, Gary. Calculation, Community and Cues: Public Opinion on European Integration. *European Union Politics*. 2005, 6, 4, S. 419-443.
- HOOGHE, Liesbet; MARKS, Gary. Sources of Euroscepticism. *Acta Politica*. 2007, 42, 2-3, S. 119-127.
- HOOGHE, Liesbet; MARKS, Gary. A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus. *British Journal of Political Science*. 2008, 39, S. 1-23.
- HOOGHE, Liesbet; MARKS, Gary; EDWARDS, Erica; NELSON, Moira. *Party Ideology and European Integration: An East-West Comparison*. Paper prepared for the UNC workshop on European integration and party system change, 22-23 April 2004.
- HOOGHE, Liesbet; MARKS, Gary; WILSON, Carole J.. Does left/right Structure Party Positions on European Integration?. *Comparative Political Studies*. 2002, 35, 8, S. 965-989. URL: <http://www.unc.edu/~gwm/uncmarks/assets/doc/hoghe,%20marks,%20wilson%20-%20does%20left%20right%20structure%20party%20positions%20on%20European%20integration.pdf>
- HUGHES, James; SASSE, Gwendolyn; GORDON, Claire. Saying 'Maybe' to the 'Return To Europe': Elites and the Political Space for Euroscepticism in Central and Eastern Europe. *European Union Politics*. 2002, 3, 3, S. 327-355.
- ILGENFRITZ, Karl. *Tschechien: Euroskeptizismus*. München: Centrum für angewandte Politikforschung (C-A-P), 14. April 2009. <http://www.cap-lmu.de/themen/europawahl/download/europa09-Ilgenfritz-Euroskeptizismus-Tschechien.pdf>
- KATZ, Richard S.; MAIR, Peter. Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Part. *Party Politics* 1. 1995, S. 5-28.
- KLAUS, Václav. Vystoupení prezidenta republiky na 19. kongresu ODS. Praha, 6. Dezember 2008. URL: <http://www.klaus.cz/clanky/1715>
- KOPECKÝ, Petr; MUDDE, Cas. The two sides of Euroscepticism: party positions on European integration in East Central Europe. *European Union Politics*. 2002, 3, 3, S. 297-326.
- KOPEČEK, Lubomír; ŠEDO, Jakub. Czech and Slovak Political Parties and their Vision of European Integration. *Středoevropské politické studie – Central European Political Studies*

- Review*. Brno: Mezinárodní politologický ústav, Frühling 2003, 5, 1, S. 1-10.
<http://www.cepsr.com/clanek.php?ID=12>
- KUNŠTÁT, Daniel. České veřejné mínění a Evropská unie. In BRUNCLÍK, Miloš; KLÍČ, Zbyněk [Hrsg.]. *Z periferie do centra Evropy: 20 let vývoje vztahu ČR k EU*. Praha: Cevro Institut, 2009. S. 15-50.
- LEWIS, Paul G.. The Impact of the Enlargement of the European Union on Central European Party Systems. *'European Parties Elections and Referendums Network' Working Paper 14*. Brighton: 2003.
- LIPSET, Seymour Martin; ROKKAN; Stein. Cleavage structures, party systems, and voter alignments: an introduction. In LIPSET, Seymour Martin; ROKKAN; Stein [Hrsg.]. *Party systems and voter alignments: cross-national perspectives*. New York: Free Press, 1967, S. 1-64.
- LUBBERS, Marcel; SCHEEPERS, Peer. Political versus instrumental euroscepticism. Mapping scepticism in European countries and regions. *European Union Politics*. 2005, 6, 1, S. 223-242.
- MAIR, Peter. The Limited Impact of Europe on National Party Systems. *West European Politics*. 2000, 23, 4, S. 27-51.
- MALÍŘ, Jiří; MAREK, Pavel [Hrsg.]. *Politické strany: Vývoj politických stran a hnutí v českých zemích a československu 1861-2004, II. Díl: Období 1918-2004*. Brno: Nakladatelství Doplněk, 2005.
- MAREK, Dan. Od neuznání ke společné deklaraci: Československo, RVHP a Evropské společenství v období 1980-1989. In Marek, Pavel [Hrsg.]. *Acta Universitatis Palackianae Olomouensis: Politologica 5*. Olomouc: Univerzita Palackého, 2006. S. 247-259.
- MARKS, Gary; WILSON, Carole J.. *The Past in the Present: A Cleavage Theory of Party Response to European Integration*. B.J.Pol.S., Cambridge University Press, 2000, Volume 30. S. 433-459.
- MAYRING, Philipp. *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz UTB, 2003.
- MCLAREN, Lauren. Explaining Mass-Level Euroscepticism: Identity, Interests, and Institutional Distrust. *Acta Politica*. 2007, 42, 2-3. S. 233-251.
- MILANESA, Jimmy Oliver. *Europeanization in Central Eastern European Democratic Transition: a multi-level explanation approach*. Paper presented for presentation at the YEN Research Meeting, Siena, 2.-3. November 2001, S. 1-23.
- MINISTERSTVO ZAHRANIČNÍCH VĚCÍ. *Zahraniční politika České republiky: dokumenty: Prezident České republiky*. April 2003.
- MUDDE, Cas. EU Accession and a New Populist Center-Periphery Cleavage in Central and Eastern Europe. *Center for European Studies, Central and Eastern Europe Working Paper 62*, Antwerp, 2004, S. 1-10.

- MÜLLER, David. Cesta České republiky do Evropské Unie. In FAJMON, Hynek [Hrsg.]. *Cesta České republiky do Evropské Unie*. Brno: Centrum pro studium demokracie a kultury, 2004. S. 13-53.
- NEDOMOVÁ, Alena; KOSTELECKÝ, Tomáš. The Czech National Identity: Basic Results of the 1995 National Survey. *Czech Sociological Review*. 1997, 5, 1, S. 79-92.
- NOHLEN, Dieter; GROTZ, Florian. *Kleines Lexikon der Politik: Taschenbuch*. 4., aktualisierte und erweiterte Auflage. München: C.H.Beck, 2007. Europäisierung, S. 130-131.
- NOHLEN, Dieter; SCHULTZE, Diner-Olaf. *Lexikon der Politikwissenschaft Bd. 1: A-M: Theorien, Methoden, Begriffe*. 4., aktualisierte und erweiterte Auflage. München: C.H.Beck, 2010. Demokratiedefizit, S. 140-141.
- PENNINGS, Paul. An Empirical Analyses of the Europeanization of National Party Manifestos, 1960 – 2003. *European Union Politics*. 2006, 7, 2, S. 257-270.
- RAY, Leonard. *Chickens and Eggs: Untangling the Party Electorate Link*. Paper presented at the European Community Studies Association conference, Seattle WA, 1997.
- RAY, Leonard. *When Parties Matter: The Conditional Influence of Party Positions on Voter Opinions about European Integration*. Paper prepared for the presentation at the European Community Studies Association conference, Pittsburgh, 3.-5. Juni 1999.
- RAY, Leonard. Reconsidering the Link between Incumbent Support and Pro-EU Opinion. *European Union Politics*. 2003, 4, 3, S. 259-279.
- RAY, Leonard: Mainstream Euroscepticism: Trend or Oxymoron?. *Acta Politica*. Juli 2007, 42, 2-3, S. 153-172.
- RIISHØJ, Søren. Europeanisation and Euro-scepticism: Experiences from Poland and the Czech Republic. *Central European Political Studies Review*. Brno, 2004, 6, 4. <http://www.cepsr.com/clanek.php?ID=211>
- ROVNÝ, Jan. Conceptualising Party based Euroscepticism: Magnitude and Motivations. In Collegium. *Does Euroscepticism have a passport?*. 2004, 1, S. 31-47. URL: <http://www.coleurop.be/content/publications/pdf/Collegium29.pdf>
- SEGERT, Dieter. Eurorealism or Europopulism – What may we learn from the Czech case?. In SULOWSKI, Stanisław [Hrsg.]. *The Contemporary Study of Politics in Europe. A Selection of Issues*. Warschau: Elipsa, 2007, S. 220-230.
- SEGERT, Dieter. *Schwache Institutionen – starke Persönlichkeiten? Zum Bedingungsgefüge populistischer Politik in Osteuropa*. Beitrag zur Drei-Ländertagung von ÖGPW, SVPW und DVPW 2006 in Wien (AK 1/Panel 2), 9.11.2006. http://www.oegpw.at/tagung06/papers/ak1_segert.pdf
- SITTER, Nick. Opposing Europe: Euro-scepticism, Opposition and Party Competition. *Sussex European Institute Working Paper 56*. Brighton, 2002.
- SZCZERBIAK, Aleks; TAGGART, Paul. Opposing Europe: Party Systems and Opposition to the Union, the Euro and Europeanisation. *Sussex European Institute Working Paper 36*. Brighton, 2000.

- SZCZERBIAK, Aleks; TAGGART, Paul. Parties, Positions and Europe: Euroscepticism in the EU Candidate States of Central and Eastern Europe. *Sussex European Institute Working Paper 46*. Brighton, 2001.
- SZCZERBIAK, Aleks; TAGGART, Paul. The Party Politics of Euroscepticism in EU Member and Candidate States. *Sussex European Institute Working Paper 51*. Brighton, 2002.
- SZCZERBIAK, Aleks; TAGGART, Paul. Theorising Party-Based Euroscepticism: Problems of Definition, Measurement and Causality. *Sussex European Institute Working Paper 69*. Brighton, 2003.
- SZCZERBIAK, Aleks; TAGGART, Paul. Contemporary Euroscepticism in the party systems of the European Union candidate states of Central and Eastern Europe. *European Journal of Political Research*. 2004, 43, S. 1-27.
- SZCZERBIAK, Aleks; TAGGART, Paul. *Opposing Europe?: the comparative party politics of Euroscepticism Volume 1: Case Studies and Country Surveys*. New York: Oxford University Press, 2008.
- SZCZERBIAK, Aleks; TAGGART, Paul. *Opposing Europe?: the comparative party politics of Euroscepticism Volume 2: Comparative and Theoretical Perspectives*. New York: Oxford University Press, 2008.
- ŠARADÍN, Pavel. Referendum o přistoupení k EU a volební podpora politických stran v České republice. In Šaradín, Pavel: *Regionální aspekty formování politických systémů ČR a SR*. 2005.
- ŠEDO, Jakub [Hrsg.]: *Evropská otázka ve volebních kampaních*. Brno: Masarykova Univerzita, Mezinárodní politologický ústav, 2003.
- TAGGART, Paul. *The Populist Politics of Euroscepticism*. Paper prepared for presentation at the 5th Biennial Conference of the European Community Studies Association, Seattle: 29. Mai – 1 Juni 1997.
- TAGGART, Paul. A touchstone of dissent: Euroscepticism in contemporary Western European party systems. *European Journal of Political Research*. 1998, 33, S. 363-388.
- TIERSKY, Roland. *Euro-Skepticism: A Reader*. Lanham: Rowman and Littlefield Publishers, 2001.
- TUNKROVÁ, Lucie. Soft eurosceptic parties in East and Central Europe. In: Marek, Pavel [Hrsg.]: *Acta Universitatis Palackianae Olomouensis: Politologica 5*. Olomouc: Univerzita Palackého, 2006. S. 219-236.
- VILÍMEK, Petr. Česká Republika. In FIALA, Petr; PITROVÁ, Markéta [Hrsg.]. *Evropská referenda*. Brno: Centrum pro studium demokracie a kultury (CDK), 2005. S. 155-176.
- VODIČKA, Karel. *Politisches System Tschechiens: Vom kommunistischen Einparteiensystem zum demokratischen Verfassungsstaat*. Münster: LIT Verlag, 1996.
- VODIČKA, Karel: *Das politische System Tschechiens*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.

- WEISS, Stephanie. Zwischen Euphorie und Euroskeptizismus: Die Erweiterung aus der Sicht der Beitrittskandidaten. In Landeszentrale für politische Bildung [Hrsg.]. *Die Osterweiterung der EU*. Baden-Württemberg: Landeszentrale für politische Bildung, Heft 1/2004. http://www.buergerimstaat.de/1_04/sicht.htm
- WEßELS, Bernhard. Discontent and European Identity: Three Types of Euroscepticism. *Acta Politica*. 2007, 42, 2-3, S. 287-3006.
- WEßELS, Bernhard. Spielarten des Euroskeptizismus. In DECKER, Frank; HÖRETH, Marcus [Hrsg.]. *Die Verfassung Europas: Die Perspektiven des Integrationsprozess*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009. S. 50-68.
- WISSENSCHAFTLICHER RAT DER DUDENREDAKTION [Hrsg.]. *Duden: Deutsches Universalwörterbuch*. 6., überarbeitete und erweiterte Auflage. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich: Dudenverlag, 2007.

Parteiendokumente

ČSSD

ČSSD. URL: www.cssd.cz

ČSSD. Program Československé sociální demokracie. 1990. URL: http://www.cssd.cz/soubory/ke-stazeni/program_cssd_brezen_1990.pdf

ČSSD. Program České strany sociálně demokratické. 1993. URL: http://www.cssd.cz/soubory/ke-stazeni/volebni_program_hradec_kralove_1993.pdf

ČSSD. Lidskost proti sobectví: Volební program České strany sociálně demokratické. 1996. URL: http://www.cssd.cz/soubory/ke-stazeni/volebni_program_lidskost_sobectvi_1996.pdf

ČSSD. Volební program ČSSD 2002. 2002. URL: http://www.cssd.cz/soubory/ke-stazeni/volebni_program_cssd_2002.pdf

ČSSD. Základní (dlouhodobý) program: Otevřenost novým výzvám – věrnost tradici: Schválený XXXII. Sjezdem ČSSD. Brno, 25.-27. März 2005. URL: http://www.cssd.cz/soubory/ke-stazeni/dlouhodoby_program_cssd_2005_otevrenost_novym_vyzvam.pdf

ČSSD. Jistoty a prosperita: Volební program ČSSD pro volby do Poslanecké sněmovny Parlamentu ČR. 2006.

ČSSD. Program změny a naděje: Lepší budoucnost pro obyčejné lidi. 2010. URL: http://www.cssd.cz/soubory/ke-stazeni/volebni_program_velky.pdf

ČSSD. Vize pro Českou republiku do roku 2025: Otevřeme českou cestu k národnímu blahobytu. 2010. URL: http://www.cssd.cz/soubory/ke-stazeni/vize_pro_cr_do_roku_2025.pdf

PAROUBEK, Jiří. *Práce a prosperita: Ekonomický plan ČSSD*. Prag, 19. Mai 2010. URL: <http://www.cssd.cz/prace-a-prosperita/>.

KDU-ČSL

KDU-ČSL. URL: <http://www.kdu.cz/>

KDU-ČSL. Volební program 2010-2014. URL:
http://www.kdu.cz/Kdu/media/Kdu/Volby/KDU_program.pdf

SLAVÍČEK, Václav. Tisková conference KDU-ČSL. In KDU-ČSL. 7. Jänner 1999. URL:
<http://www.kdu.cz/Zpravy/Aktualne/1999/Tiskova-konference-KDU-CSL.aspx>

KSČM

DOLEJŠ, Jiří. Bez včasného řešení úskalí na cestě k euro by zbyl jen odklad. In KSČM. 17. August 2006. URL: <http://www.kscm.cz/uvodni-stranka/31174?previev=archiv>

KSČM. URL: <http://www.kscm.cz/>

KSČM. Co chtějí komunisté? Volební program KSČM. 1992.

KSČM. Volební program Komunistické strany Čech a Moravy 1996 – 2000: Socialismus – Šance pro budoucnost. 1996.

KSČM. Jiní o lidech my s lidmi: Chcete změnu? Volte KSČM!. 1998.

KSČM. Volební program KSČM: S lidmi pro lidi. 2002.

KSČM. Volební program Komunistické strany Čech a Moravy na období 2006 – 2010. 2006.

KSČM. Otevřený program KSČM pro volby do PS PČR 2010. 2010.

KSČM. Otevřený volební program KSČM pro volby do PS PČR 2010. 2010. URL:
<http://www.kscm.cz/volby-a-akce/poslanecka-snemovna-pcr6/programove-cile-kscm/volebni-program-2010-2014>

ODS

ODS. URL: www.ods.cz

ODS. Svoboda a prosperita: Volební program Občanské demokratické strany. 1992. URL:
http://www.ods.cz/docs/programy/program_1992.pdf

ODS. Svoboda a prosperita. 1996. URL: http://www.ods.cz/docs/programy/program_1996.pdf

ODS. Hlava vzhůru: Volební program ODS '98. 1998. URL:
http://www.ods.cz/docs/programy/program_1998.pdf

ODS. Volební desatero ODS 2002: Vstříc novému osudu. 2002. URL:
http://www.ods.cz/docs/programy/program_2002.pdf

ODS. IV. Ideová konference ODS: Když do EU tak s ODS. Praha, 17. Mai 2003. URL:
http://www.ods.cz/docs/publikace/IV_ik.pdf

ODS. Modrá šance pro Evropu: stejné šance pro všechny: program pro volby do Evropského parlamentu. 2004. URL: http://www.ods.cz/docs/programy/program_2004e.pdf

ODS. Společně pro lepší život: Volební program 2006. 2006. URL:
http://www.ods.cz/docs/programy/program_2006.pdf

ODS. Řešení pro budoucnost: program psaný s občany. 2009. URL:
<http://www.ods.cz/docs/programy/volebni-program2009.pdf>

ODS. Řešení, která pomáhají: Bez vašeho hlasu to nepůjde. 2010. URL:
<http://www.ods.cz/docs/programy/volebni-program2010.pdf>

Internetquellen

ANO pro Evropu. URL: www.anoproevropu.cz.

Centrum pro výzkum veřejného mínění: Sociologický ústav AV ČR, v.v.i.. URL: <http://www.cvvm.cas.cz/>

Český statistický úřad. URL: www.volby.cz

Europa: Zusammenfassungen der EU-Gesetzgebung: Erweiterung: Erweiterungen 2004 und 2007: Tschechische Republik – die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes. URL:

http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/2004_and_2007_enlargement/czech_republic/index_de.htm

Europäische Kommission: Erweiterung. URL: http://ec.europa.eu/enlargement/index_de.htm

Europäische Zentralbank: Organisation: EZB, EZSB und das Eurosystem: Konvergenzkriterien. URL: <http://www.ecb.int/ecb/orga/escb/html/convergence-criteria.de.html>

European Commission: Public Opinion Analysis, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Ministerstvo zahraničních věcí České republiky: O ministerstvu: Archivy článků: Měsíčník "Zahraniční politika České republiky". URL: http://www.mzv.cz/jnp/cz/o_ministerstvu/archivy/mesicnik_zahranicni_politika_ceske.html

Ministerstvo zahraničních věcí České republiky: Zahraniční vztahy: Výroční zprávy a dokumenty. URL: http://www.mzv.cz/jnp/cz/zahranicni_vztahy/vyrocní_zpravy_a_dokumenty/index.html

Parlament České republiky, Poslanecká sněmovna: Ústav České republiky. URL: <http://www.psp.cz/docs/laws/constitution.html>

SC&C spol. s r.o.. URL: <http://www.scac.cz>

Václav Klaus. URL: www.klaus.cz

(Alle hier angegebenen URL wurden zuletzt am 30. Juni 2011 abgerufen.)

Abkürzungsverzeichnis

CVVM	Zentrum für die Erforschung der öffentlichen Meinung (<i>Centrum pro výzkum veřejného mínění</i>)
ČSSD	Tschechische Sozialdemokratische Partei (<i>Česká strana sociálně demokratická</i>)
ČR	Tschechische Republik (<i>Česká republika</i>)
ČS	Tschechoslowakei (<i>Československo</i>)
ČSFR	Tschechische und Slowakische Föderative Republik (<i>Česká a Slovenská Federativní Republika</i>)
ČSR	Tschechoslowakische Republik (<i>Československá republika</i>)
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik (<i>Československá socialistická republika</i>)
ECR	Europäische Konservative und Reformisten (<i>European Conservatives and Reformists</i>)
EFD	Europa der Freiheit und Demokratie (<i>Europe of Freedom and Democracy</i>)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EVP-ED	Europäische Volkspartei (Christdemokraten) und europäische Demokraten
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (<i>General Agreement on Tariffs and Trade</i>)
GUE/NGL	Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (<i>European United Left/Nordic Green Left</i>)
IVVM	Institut für die Erforschung der öffentlichen Meinung (<i>Institut pro výzkum veřejného mínění</i>)
KDS	Christlich-Demokratische Partei (<i>Křesťanskodemokratická Strana</i>)

KDU-ČSL	Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei (<i>Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová</i>)
KSČM	Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (<i>Komunistická strana Čech a Moravy</i>)
MEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MOE	Mittel- und Osteuropa
ODA	Demokratische Bürgerallianz (<i>Občanská demokratická aliance</i>)
ODS	Demokratische Bürgerpartei (<i>Občanská strana demokratická</i>)
OF	Bürgerforum (<i>Občanské fórum</i>)
PS PČR	Abgeordnetenhaus des Parlaments der Tschechischen Republik (<i>Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky</i>)
RGW	Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SNK-ED	Unabhängigen – Europäische Demokraten (<i>Sdružení nezávislých – Evropští demokraté</i>)
SZ	Partei der Grünen (<i>Strana Zelených</i>)
TOP09	Tradition, Verantwortung, Prosperität 09 (<i>Tradice, odpovědnost, prosperita 09</i>)
US	Freiheitsunion (<i>Unie Svobody</i>)
US-DEU	Freiheitsunion – Demokratische Union (<i>Unie Svobody – Demokratická unie</i>)
VV	Öffentliche Angelegenheiten (<i>Věci Veřejné</i>)

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Typologie der Parteipositionen zu Europa.	15
Abb. 2: Kategorisierung der Parteieinstellungen zur europäischen Integration.	16
Abb. 3: Soll die Tschechische Republik nach einem Beitritt zur Europäischen Union streben?	73
Abb. 4: Wie würden Sie wählen, wenn Morgen die Volksabstimmung über den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union wäre?	75
Abb. 5: Sind Sie mit der Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der Europäischen Union zufrieden?	84
Abb. 6: Denken Sie, dass die Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der Europäischen Union eine „gute Sache“ ist?	85
Abb. 7: Wie oft fühlen Sie sich nicht nur als BürgerIn der Tschechischen Republik, sondern auch als BürgerIn der Europäischen Union?	86
Abb. 8: In wie weit sind Sie stolz darauf, dass Sie BürgerIn der Europäischen Union sind?	86
Abb. 9: In wie weit hat sich die Lebenssituation in Bezug auf den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union verändert? (in %)	89
Abb. 10: Glauben Sie, dass die Entscheidungen in der Europäischen Union im Interesse der Tschechischen Republik sind?	89
Abb. 11: Glauben Sie, dass die Europäische Union im Interesse der Personen entscheidet?	90
Abb. 12: Stimmen Sie für oder gegen die Einführung von Euro als Währung in der Tschechischen Republik?	93
Abb. 13: Wissen Sie, was der Begriff Vertrag von Lissabon heißt?	94
Abb. 14: Haben Sie genug Informationen über den Vertrag von Lissabon?	95
Abb. 15: Interessieren Sie sich um das Geschehen in Bezug auf den Vertrag von Lissabon?	95
Abb. 16: Sollte man den Vertrag von Lissabon Ihrer Meinung nach ratifizieren?	97

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Inwieweit interessieren Sie sich für die Politik im Allgemeinen und für das politische Geschehen im Inland, in der EU und in der Welt? (in %)	71
Tab. 2: Interesse für die Politik, Zeitvergleich (in %)	71
Tab. 3: Wann (bzw. ob überhaupt) sollte Ihr Land den EG beitreten?	73
Tab. 4: Image der Europäischen Union in den mittel- und osteuropäischen Staaten 1	74
Tab. 5: Image der Europäischen Union in den mittel- und osteuropäischen Staaten 2	74
Tab. 6: Die geplante Art und Weise der Abstimmung der deklarierten WählerInnen	75
Tab. 7: Wie würden Sie wählen, wenn Morgen die Volksabstimmung über den EU-Beitritt wäre?	76
Tab. 8: Interesse für den Beitritt der ČR in die EU	76
Tab. 9: Haben Sie genug Informationen zum Prozess des EU-Beitritts der ČR?	77
Tab. 10: Genügende Informationen über den EU-Beitritt	77
Tab. 11: Was bringt die EU-Mitgliedschaft den tschechischen BürgerInnen?	80
Tab. 12: Die Volksabstimmung über den Beitritt der Beitrittsländer zur Europäischen Union im Jahr 2003.	81
Tab. 13: Exit poll Daten über die Volksabstimmung der tschechischen BürgerInnen zum Beitritt zur Europäischen Union im Juni 2003 (in %).	82
Tab. 14: Wie vertrauen Sie den ausgewählten Institutionen der Europäischen Union? (in %)	83
Tab. 15: Denken Sie, dass man in der Europäischen Union folgende Werte zur Geltung bringt?	87
Tab. 16: Ist Ihrer Meinung nach die europäische Integration in den ausgewählten Bereichen nützlich oder schädlich?	87

Lebenslauf

Angaben zur Person

Vorname / Nachname **Alena Havlová**

Staatsangehörigkeit Tschechisch

Geburtsjahr 1986

Geschlecht Weiblich

Ausbildung

10/2005 → Politikwissenschaft
Universität Wien, Fakultät für Sozialwissenschaften - Institut für Politikwissenschaft
Universitätsstrasse 7/2. Stock, A-1010 Wien (Österreich)
Diplomstudium

03/2006 → Spanisch
Universität Wien, Philologisch- Kulturwissenschaftliche Fakultät - Institut für Romanistik
Universitätscampus AAKH, Hof 8 Spitalgasse 2, A-1090 Wien (Österreich)
Bakkalaureat

09/1999 – 05/2005 Matura
Gymnázium Dr. Karla Polesného (Zweisprachiges Gymnasium: deutsch-tschechisch)
Nám. Komenského 4, 669 75 Znojmo (Tschechische Republik)

Praktikum

09/2009 - 11/2009 Assistentin des stellvertretenden ständigen Vertreters;
Teilnahme an Versammlungen und Konferenzen der OSZE und der Vereinten Nationen, vor allem für die Menschliche Dimension der OSZE zuständig.
Ständige Vertretung der Tschechischen Republik bei der OSZE, der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Wien
Penzingerstraße 11-13, 1140 Wien (Österreich)

Sprachen

Tschechisch Muttersprache

Deutsch C2

Englisch C1

Spanisch B2

Französisch A2/B1

Russisch A1/A2